

Protokoll der 25. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Montag, dem 2. Dezember 1996; Beginn: 9.30 Uhr; Halle/Saale, Franckesche Stiftungen, Franckeplatz 1; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Mittelstand in den neuen Bundesländern

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 10

Grußwort

Klaus Rauen, Oberbürgermeister der Stadt Halle/Saale 13

Vortrag

Die systematische Demontage des Mittelstandes in der DDR und die sich daraus ergebenden Gegenwartsprobleme

Spiridon Paraskewopoulos 16

Vortrag

Probleme und Erfolge des Mittelstandes im ostdeutschen Transformationsprozeß nach 1990

Joachim Dirschka 24

Diskussion

..... 32

Zeitzeugen

Martin Fischer 48

Martina-Elvira Lotzmann 52

Bernd Werner 57

Wolfgang Fell 62

Diskussion

..... 66

Podium

Finanzielle Ausstattung und Förderung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern

Matthias Hühn 83

Carl-Ludwig Wagner 87

Veit Pöpping 90

Reinhardt Oehler	93
Bernhard Lageman	95
Diskussion	100
Schlußwort	
Rainer Eppelmann	109

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe jungen Freunde!

Ich begrüße Sie alle zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ganz herzlich.

Ich möchte zunächst ein Wort der Erklärung dafür sagen, daß die Mitglieder der Enquete-Kommission, wenn ich das richtig sehe, heute nur zur knappen Hälfte hier versammelt sind. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß ein Mitglied des Deutschen Bundestages, der zugleich Vizepräsident des Deutschen Bundestages gewesen ist, unser Kollege Jonny Klein, verstorben ist, und daß heute um 14.00 Uhr in Bonn der Staatsakt zu seiner Beerdigung sein wird, und ein Teil der Kolleginnen und Kollegen deswegen heute nicht hier sind, sondern an diesem Staatsakt teilnehmen.

In der heutigen hier stattfindenden Veranstaltung zum Thema „Mittelstand in den neuen Bundesländern“ haben wir mittelständische Unternehmer aus der Region eingeladen, außerdem Vertreter von Bundes- und Landesministerien, der Wissenschaft, von Verbänden und Banken, um mit ihnen gemeinsam über Erfolge und Probleme des Mittelstandes in den neuen Bundesländern zu diskutieren.

Der Mittelstand mit seiner Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen und vielfältigen Strukturen ist eine wesentliche Stütze und Motor der sozialen Marktwirtschaft. Der wirtschaftliche Aufbau des Mittelstandes in den neuen Bundesländern war deshalb von Beginn an ein besonderer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik. Ziel war und ist es, auch in den neuen Bundesländern einen breiten, leistungsfähigen Mittelstand in den Bereichen Industrie, Handwerk, Handel, Gastgewerbe, in den sonstigen Dienstleistungsbereichen und den Freien Berufen als Grundlage einer modernen und leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Blick zurück in die Zeit der systematischen Demontage des Mittelstandes in der DDR unter der Führung der SED.

Bereits in den Jahren 1945/49 setzte eine Welle von Enteignungen ein, die vor allem die privaten mittelständischen Betriebe traf.

Durch Benachteiligung – z. B. bei der Beschaffung von Rohstoffen und Investitionsgütern – sowie durch steuerliche Nachteile wurde den privaten Unternehmen und halbstaatlichen Betrieben das Überleben in den folgenden vierzig Jahren zusätzlich erschwert. So betrug der Steuersatz mitunter bis zu 95 %, um mögliche Gewinne sofort wieder abzuschöpfen.

Ich habe es erlebt, wie kleine Handwerksbetriebe in unserer Nachbarschaft auch durch Steuerverfahren unter Anschuldigung von Wirtschaftsvergehen und durch die Verweigerung von Mitarbeitern und Lehrlingen kaputtgemacht wurden.

Nach der letzten großen Verstaatlichungswelle in der ehemaligen DDR, bei der im Jahre 1972 insgesamt 11.800 kleine und mittlere Unternehmen, vornehmlich aus dem industriellen Bereich, zusammengefaßt und in bestehende Kombinatbetriebe integriert worden waren, gab es keine eigentümergeleiteten selbständigen Unternehmen mehr.

Zwar bestanden zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung noch ca. 80.000 sogenannte Privat- oder halbstaatliche Betriebe, vorwiegend im Handwerk oder im Kleinhandel, die aus versorgungspolitischen Erwägungen heraus toleriert wurden. Von wirklicher wirtschaftlicher Selbständigkeit konnte jedoch nicht mehr die Rede sein.

Das Herrschaftsmonopol der SED-Führung auf dem Gebiet der Wirtschaft und die Zerstörung des Mittelstandes führten zu katastrophalen Folgen, auch für das wiedervereinigte Deutschland.

Nach dem Vollzug der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten am 1. Juli 1990 galt dem Neuaufbau eines selbständigen wirtschaftlichen Mittelstands in der DDR eine der höchsten wirtschaftspolitischen Prioritäten. Die ehemalige DDR-Regierung ließ im März 1990 die Gründung und Tätigkeit von selbständigen Unternehmen mit und ohne ausländische Beteiligung zu und bekannte sich zum Prinzip der Gewerbefreiheit.

Die Bundesregierung flankierte diese Maßnahmen durch die Bereitstellung von Fördermitteln, zuerst aus dem ERP-Programm (European Recovery Program) und kurze Zeit später aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm zur Gründung selbständiger Existenzen.

Mit dem Einigungsvertrag vom September 1990 und dem Vollzug der Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die neuen Bundesländer in die im Bundesgebiet geltenden Regelungen des Bundes zur Wirtschaftsförderung einbezogen.

Die Politik konnte sich dabei auf drei Säulen stützen:

Auf die Unternehmensgründungen, die Reprivatisierung der 1972 verstaatlichten Unternehmen durch Rückgabe an ihre ehemaligen Eigentümer und auf die Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe durch die Treuhandanstalt.

Wichtige Voraussetzungen für die Gründung mittelständischer Unternehmen sind mittelstandsfreundliche rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen, ein Netz von Industrie- und Handelskammern und Verbänden, ein funktionsfähiges Bankensystem, eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung sowie eine funktionsfähige Infrastruktur.

Im Vordergrund der Mittelstandsförderung standen und stehen Existenzgründungs- und Unternehmensfestigungsförderung, Förderung von Modernisierungsinvestitionen und Unternehmensberatungen, Informations- und Schulungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zum verstärkten Absatz ostdeutscher Produkte. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß nicht wenige Produkte der ehemaligen DDR durchaus konkurrenzfähig sind.

Der Aufbau des Mittelstandes in den neuen Ländern ist vorangekommen. Seit dem Jahre 1990 hat es einen sprunghaften Anstieg der Gewerbebeanmeldungen gegeben. Etwa jede zweite Existenzgründung wurde durch öffentliche Mittel gefördert. Es entstanden in den neuen Bundesländern bis 1996 etwa 500.000 mittelständische Unternehmen, die rund 3,4 Mio. Arbeitsplätze geschaffen haben. Damit gewinnt der Mittelstand die so wichtige Rolle als eigenständige Gruppe im Wirtschaftsgefüge zurück.

Defizite gibt es nach wie vor im industriell-produzierenden Mittelstand. Gründe dafür sind in den meist hohen und komplexen Anfangsinvestitionen, deutlich höheren Markteintrittsbarrieren in Märkte mit westdeutschen und ausländischen Konkurrenten sowie der schmalen Basis von industriellen Großbetrieben zu suchen.

Um die Überlebensfähigkeit der bisher entstandenen mittelständischen Unternehmen zu sichern, sind weiterhin öffentliche Hilfen erforderlich, die das Wachstum dieser jungen Unternehmen abfedern müssen.

Neue Arbeitsplätze entstehen zumeist in neugegründeten Unternehmen und im Mittelstand. Vor allem hier kann die notwendige Flexibilität vorausgesetzt werden, um mit Innovation und Kreativität neue Beschäftigungsfelder zu finden.

Es werden sich in dieser Anhörung zu unserem wichtigen Thema viele interessante Anregungen ergeben. Mich interessieren folgende Fragen besonders:

- Welches sind die wichtigsten positiven Faktoren, welches die größten Hemmnisse für den Aufbau und Erfolg mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern?
- Wie ist die Eigenkapitalbasis und die Ertragsentwicklung der meisten mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern zu beurteilen und – sofern erforderlich – wie zu verbessern?

Zur Finanzierung und Förderung des Mittelstandes sollten wir folgenden Fragen nachgehen:

-
- Welche Förderinstrumente haben sich am besten bewährt, welche als eher fragwürdig erwiesen?
 - Gibt es Möglichkeiten, die Mittelstandsförderung mit Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung in breiten Bevölkerungsschichten zu verbinden?

Heute sind Sie zu unserer Anhörung gekommen. Unternehmer aus dem Mittelstand und Experten aus Wirtschaft, der Politik und Wissenschaft sind unserer Einladung gefolgt. Sie opfern Ihre Zeit, lassen uns teilhaben an Ihrer Lebenserfahrung und Sachkenntnis und bekunden mit Ihrer Anwesenheit und Ihren Beiträgen Ihr Interesse an dem Thema „Mittelstand in den neuen Bundesländern“.

Ich denke, daß gerade Ihr vielfältiges Engagement ein sehr wichtiger Beitrag – auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten – für die Zukunft der Gesellschaft im vereinten Deutschland ist.

Dafür möchte ich Ihnen in unser aller Namen ganz herzlich danken!

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen Tag, der uns auf den gemeinsamen wichtigen Weg der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland weiterbringen möge.

Ich freue mich, außer all den Genannten, unter uns auch den Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Klaus Rauen, begrüßen zu können. Das möchte ich hiermit in unser aller Namen tun, und bitte Sie nun höflich um ein freundliches Wort an uns.

Oberbürgermeister der Stadt Halle/Saale, Dr. Klaus Rauen: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Gäste und auch liebe Schülerinnen und Schüler, über deren Anwesenheit ich mich ganz besonders freue. Ich hoffe, das ist nicht nur eine Pflichtübung, die Ihr dem Lehrer zuliebe heute morgen unternimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer wieder und vielleicht auch immer häufiger, wenn ich das richtig beurteile, wird die Frage gestellt, ob denn diese Enquete-Kommission jetzt so viele Jahre nach den dramatischen Ereignissen 1989/90 noch eine Berechtigung hat. Immer wieder wird gefragt: Ist denn das jetzt nicht alles schon vorbei? Ich denke, diese Kommission ist heute noch wichtiger. Und deswegen freue ich mich auch, daß junge Menschen da sind, die sich für das Thema interessieren, das uns in Deutschland noch längere Zeit beschäftigen wird. Denn die unmittelbaren Ereignisse sind vorbei, aber die Wirkungen, die nicht nur in diesem Teile Deutschlands eingetreten sind, beschäftigen uns noch lange, dessen bin ich sicher. Und wenn man in der täglichen Arbeit steht, dann sieht man jeden Tag immer wieder neu in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern, wie wenig wir über manches ausreichend nachgedacht haben, und wie wenig wir uns alle immer wieder klarmachen, daß vieles von dem, an dem wir heute „herumoperieren“ – lassen Sie mich das mal so in Anführungszeichen sagen – die Folge der Vergangenheit ist und dies ist

vielen Menschen nicht bewußt. Ich will nur einige wenige Beispiele anreißen. Das heutige Thema, dazu sind so viele Experten da, daß ich mich jetzt nicht auf dieses Feld wage, obwohl es natürlich auch ein Feld der täglichen Auseinandersetzung etwa in der kommunalen Arbeit ist. Aber ich will noch ein Schritt darüber hinausgehen. Viele Themen sind noch gar nicht angepackt. Im Westen muß man sich ehrlich die Frage stellen, wer interessiert sich wirklich noch für das, was in der DDR passiert ist und welche Folgen sich daraus für das gesamte Deutschland ergeben. Im Osten wird vieles verdrängt, vieles tabuisiert, wenn ich etwa an das Verhältnis DDR/Sowjetunion mit seinen ausbeuterischen Tendenzen denke. Wenn ich daran denke, daß viele Menschen immer noch in der Illusion befangen sind, als hätten sie in der DDR einen sicheren Arbeitsplatz gehabt. Gerade hier in der unmittelbaren Nähe von Buna und Leuna, wo viele zigtausend Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben, wird das der heutigen Bundesrepublik angelastet, ohne daß man sich ernsthaft fragt: Waren denn diese Arbeitsplätze wirklich, jedenfalls in den letzten zehn oder 20 Jahren der DDR, sicher? Und so geht es weiter. Scheinbar waren die Wohnungen ein sicherer Besitz, der preiswert mit allen Nebenkosten zu haben war. Aber waren diese Wohnungen wirklich sicher, wenn man sich den Zustand der Häuser und der Wohnungen heute ansieht? Wenn Sie durch unsere Stadt gehen, sie ist eine der am meisten – ich sage immer vom Sozialismus heimgesuchten Städte – dann waren im historischen Bereich der Stadt 15.000 unbewohnbare leerstehende Wohnungen und erst 5.000 davon haben saniert und repariert werden können, um auch einmal ein quantitatives Element in diese Diskussion hineinzubringen. Und wenn ich mich an manche Diskussion erinnere, dann offenbart dies auch wieder ein sehr kurzes Gedächtnis, denn im Wahlkampf 1994, der ja auch Kommunalwahlkampf war, wurde ich in einer Wahlversammlung heftig beschimpft, ich sei schuld an der totalen Verwahrlosung der Stadt und an dem Niedergang vieler historischer Bauwerke.

Ich bin 1991 hierher gekommen. Meine Damen und Herren, alles kleine aber ganz zentrale und wichtige Beispiele, warum ich mich über die Arbeit Ihrer Kommission, lieber Herr Eppelmann, und der entsprechenden Arbeit, die sie auslöst, und der Denkanstöße, die sie gibt, nach wie vor freue. Und ich wünsche Ihnen noch viel mehr Resonanz. Ich wünsche Ihnen viel mehr Diskussion, die Sie auslösen, durch das, was Sie zu Tage fördern mit Ihren Kollegen und den Sachverständigen.

Vielleicht ein kurzes Wort zu dem Gebäude, in dem wir uns heute treffen, meine Damen und Herren, ein kleiner lokaler Hinweis muß ja durchaus auch sein, über die allgemeinen Gesichtspunkte hinaus. Diese Franckeschen Stiftungen sind ebenfalls ein Stück gesamtdeutscher, geistiger Besitz. Deswegen hat der Bund sich auch entschlossen, sie in das „Leuchtturmprogramm“ der Bundesregierung aufzunehmen und nur mit Hilfe dieses „Leuchtturmprogramms“ hat auch dieser Saal, den Sie kaum noch in seinem Zustand 1990 oder 1991 erahnen können, wieder seine heutige, aber auch seine frühere Gestalt gefunden. Das ganze Haus, so wie diese Franckeschen Stiftungen, die eine Stadt in der Stadt waren, sind wieder im Aufbau. Wir sind noch weit davon

entfernt, den Erfolg erreicht zu haben, aber das Haupthaus und dieser schöne Saal werden wieder mit Leben und mit geistigem Leben erfüllt, und das ist eine wunderschöne Erfahrung, daß hier an dieser sehr traditionellen Stätte, wo vor mehr als 300 Jahren August Hermann Francke, der Pietist, wesentliche Anstöße für die Entwicklung in Deutschland gegeben hat.

Unser heutiges Schulwesen mit dem Thema Naturwissenschaften, der Kanon der Humboldtschen Bildung, wäre gar nicht denkbar ohne die Anstöße, die von hier ausgegangen sind. Sie können sich, wenn Sie das nicht glauben, handgreiflich und augenscheinlich im obersten Stockwerk an den naturwissenschaftlichen Sammlungen aus der damaligen Zeit einen unmittelbaren Eindruck und eine Sicherheit verschaffen, daß dies nicht nur eine plakative Aussage ist. Hier ist zum ersten Mal in Europa systematisch naturwissenschaftlicher Unterricht erteilt worden, und Schülerinnen und Schüler z. B. aus England sind hierher gekommen, um diesen systematischen Unterricht mitzumachen. Hier sind wesentliche Anstöße für das Gesundheitswesen entwickelt worden. Wenn Sie z. B. die Kinderheilkunde nehmen, dann hat sie hier ihre ersten Impulse bekommen und so geht es weiter. Und dieser Pietist Hermann Francke hat zugleich einen wichtigen Einfluß in der Gründungsphase der Universität gehabt, weil er über seine eigene pietistische Auffassung und Menschenbetrachtung und Haltung hinaus außerordentlich aufgeschlossen den Dialog mit den Frühaufklärern begann, zwei Denkrichtungen, die eigentlich gar nicht in einem Atemzug genannt werden können, die aber hier eine ganz eigentümliche Symbiose eingegangen sind, und Thomasius auf der Seite der Frühaufklärer, der berühmte Jurist an unserer Universität, hat mit ihm in einem ständigen Dialog gestanden.

Meine Damen und Herren, aus diesem Dialog zwischen zwei eigentlich ganz andersartigen Denkrichtungen sind viele Anstöße für die Entwicklung unserer Stadt und darüber hinaus gegeben worden. Möge das, was Sie heute tun, dazu beitragen, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren der Enquete-Kommission, vielleicht auch ein bißchen von den Ideen zu profitieren, daß Dinge, die scheinbar ganz gegensätzlich sind einander in der Auseinandersetzung außerordentlich befruchten können. Möge der eine oder andere Anstoß für die praktische Arbeit, aber vor allen Dingen für die geistige Bewältigung der Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, von Ihrer Arbeit ausgehen.

Ich heiße Sie herzlich hier in der Saalestadt Halle willkommen und da es auch nicht nur bedauerliche, sondern sehr viel schöne und über die Zeit erhaltene Dinge in unserer Stadt gibt, wie z. B. ein außerordentlich reichhaltiges Kulturleben, möchte ich Ihnen noch ein kleines Stück Hallischer Kultur gleich auf den Tisch legen, nämlich eine wunderschöne CD mit Händels Messias in der Mozartversion, die hier in der Marktkirche von Hallischen Künstlern aufgenommen worden ist. Dies mag Sie dann ein bißchen mit der harten Arbeit, die Sie zu tun haben, in einer Mußstunde versöhnen. Herzlich willkommen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Verehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen, wir danken Ihnen für Ihre herzlichen Worte und für Ihre Gabe. Wir

werden darum Sie und Halle an der Saale ganz gewiß in freundlicher Erinnerung behalten.

Herr Professor Paraskewopoulos, wir haben Sie gebeten, uns zur systematischen Demontage des Mittelstandes in der DDR und den damit zusammenhängenden Problemen heute einführend ein Referat zu halten. Ich bitte Sie ums Wort.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren der Enquete-Kommission. Es ist für mich eine Ehre, heute hier referieren zu dürfen. Eine Ehre deshalb, weil ich als nicht echter Deutscher (ich bin naturalisierter Deutscher, inzwischen auch naturalisierter Ossi, da ich seit 1991 in Ostdeutschland bin) die Thematik, mit der wir es heute zu tun haben und allgemein das Thema Zentralverwaltungswirtschaft und ihre Folgen, jahrelang als Forschungsthema bearbeitet habe. Deshalb freue ich mich, heute etwas über den Mittelstand und seine Entwicklung in der ehemaligen DDR sagen zu dürfen. Wie ich sagte, ich bin naturalisierter Deutscher, ich lebe seit 1961 in Deutschland, ich habe in Deutschland studiert und meine berufliche Laufbahn auch hier gemacht und wie Sie sehen, ich bin hiergeblieben und freue mich darüber. Vielleicht ist es auch gut, daß ich über dieses Thema rede. Ich möchte sagen, daß ich etwas neutraler sein kann und nicht so emotionell rede wie ein echter Deutscher, eventuell ist das auch ein Pluspunkt, das werden wir nachher sehen. Zum Mittelstand, für diejenigen, die sich mit dieser Thematik nicht beschäftigen, vielleicht ein paar einführende Bemerkungen:

Der Mittelstand allgemein in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Basis der Volkswirtschaft. Über 70 % leistet der Mittelstand sowohl im Bereich des Bruttoinlandsprodukts, aber auch was den Bereich der Beschäftigung anbetrifft. Die Lebensbasis einer Volkswirtschaft, die marktwirtschaftlich strukturiert und orientiert ist, ist der Mittelstand. Dieser Mittelstand war in Mitteldeutschland bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sehr ausgeprägt und Mitteldeutschland war die Region Deutschlands, die eine Spitzenposition in Deutschland gehabt hat, was die industrielle Leistungsfähigkeit anbetrifft. Ein paar Zahlen, um das zu verdeutlichen:

Die durchschnittliche industrielle Leistung je Einwohner war 1939 in Mitteldeutschland nicht nur höher als die durchschnittliche industrielle Leistung in Gesamtdeutschland, sondern auch höher als die Leistung Westdeutschlands. Im einzelnen betrug die industrielle Nettoproduktion im Jahr 1939 pro Kopf der Bevölkerung in Berlin 855 Reichsmark (RM), in Mitteldeutschland 725 RM, im Gebiet der alten Bundesländer ohne Berlin 609 RM. Im Gebiet östlich der Oder/Neiße 249 RM und der Durchschnitt Gesamtdeutschlands war 600 RM. Das Gebiet Mitteldeutschland, ehemaliger Raum DDR, lag mit 725 RM also weit über dem Durchschnitt.

Diese kurzen einleitenden Bemerkungen sollten zum einen das Ausmaß der Folgen der Abkoppelung der mitteldeutschen Wirtschaft von der marktwirt-

schaftlichen und der technologischen Entwicklung Westdeutschland andeuten, und zum anderen auch zeigen, daß man es hier eindeutig mit systembedingten Entwicklungen zu tun hat, die zu der wirtschaftlichen Rückständigkeit geführt haben. Die steht im Gegensatz zu der immer wieder vorgebrachten Auffassung, es habe nicht das System, sondern die Menschen hätten irgendwie versagt. Das stimmt nicht, wir haben es mit einer systembedingten Rückständigkeit zu tun.

Fehler bei wirtschaftlicher Planung, Irrtümer oder auch das individuelle Versagen einzelner können nur dann zu volkswirtschaftlichen Störungen führen, wenn sie eine Massenerscheinung werden. Dies kann man nicht ernsthaft für die Erwerbsbevölkerung und für die verantwortlichen Manager der ehemaligen DDR behaupten. Die wirklichen Ursachen liegen tief in dem praktizierten Wirtschaftssystem einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, das die Menschen zwingt, zwar einzelwirtschaftlich, nicht aber gesamtwirtschaftlich rational zu handeln.

Den Grundstein für diese wirtschaftliche Rückständigkeit hat die sowjetische Besatzungsmacht 1945 gelegt. Bereits in dieser Zeit der unmittelbaren Besetzung durch die Sowjetunion (1945-1949) hat man auf dem Gebiet Mitteldeutschlands [sowjetische Besatzungszone (SBZ)] mit der schrittweisen Einführung eines Wirtschaftssystems einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung begonnen, welches später mit der Gründung der DDR (1949) seine massive Fortsetzung fand.

Mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft wurden sowohl die ordnungspolitische Gestaltung des Wirtschaftssystems als auch das wirtschaftspolitische Entwicklungsmuster in der ehemaligen DDR festgelegt. Die hiermit verwirklichte Zentralisierung der Willensbildung wirtschaftlicher Art wirkte sich unvermeidlich auf alle Lebensbereiche aus.

Ordnungstheoretisch und -politisch betrachtet wurde dies durch die Konstituierung einer hierarchisch gegliederten staatlichen Organisation, die für die Planung, Allokation und Kontrolle der Güterproduktion und -verteilung verantwortlich war, erreicht.

Damit waren auch de facto die staatliche Kontrolle und weitgehend auch die Verfügung über das Produktionsmitteleigentum eingeführt.

In dieser wirtschaftspolitischen Konzeption einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung war bereits die dominante Unternehmensform des „Staatsbetriebes“, des sogenannten volkseigenen Betriebes (VEB), in allen Bereichen der Volkswirtschaft angelegt.

Entsprechend diesem Modell haben bereits 1945 die Sowjets mit Enteignungen, vor allem des NS-Vermögens sowie der Banken und Sparkassen, der Versicherungen und der Betriebe des Energiesektors, begonnen. Auch landwirtschaftliches Großvermögen über 100 ha wurde in dieser Zeit entschädigungslos enteignet und verstaatlicht.

In der Zeit der unmittelbaren sowjetischen Besetzung und Militäradministration bis zur Gründung der DDR (Oktober 1949) wurden ca. 66 % des Industrievermögens und etwa 40 % der Bauwirtschaft verstaatlicht. Dennoch existierten zum Zeitpunkt der Gründung der DDR ca. 36.000 kleine und mittlere Privatbetriebe, die überwiegend mittelständische Struktur hatten.

Den Prozeß der Enteignung und schrittweisen Verstaatlichung hat die DDR zunächst auf der Grundlage der von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwendeten Methoden mit relativ großer Intensität weiter betrieben. In dieser Zeit (1949-1952) wurden vor allem Eigentümer, die als „Nazi- und Kriegsverbrecher“ galten, entgegen Artikel 23 der DDR-Verfassung, der eine angemessene Entschädigung vorsah, entschädigungslos enteignet.

Eine weitere planmäßige und systematische de-facto-Enteignung ohne Entschädigung betraf alle diejenigen, die vor Juni 1953 das Territorium der SBZ bzw. später der DDR „gesetzwidrig“, d. h. ohne Beachtung der jeweils geltenden Vorschriften, verlassen haben. Auch das Eigentum derjenigen, die nach diesem Datum die DDR „widerrechtlich“ verlassen haben, wurde unter staatliche Verwaltung genommen. Dabei wurde jegliche Abführung von Einkommen an die Eigentümer verboten.

Der Staat hatte weitgehende Rechte, da er das unter staatliche Verwaltung genommene Eigentum belasten, veräußern, umgestalten oder liquidieren konnte. Davon hat der Staat planmäßig durch eine Vielfalt von Einfällen Gebrauch gemacht.

Man hat zum einen die Liquidation dieses Eigentums durch eine permanente Abwertung zu erreichen versucht, und zum anderen wurde mit überhöhten Verwaltungsgebühren und Steuern eine Überschuldung dieses Vermögens angestrebt mit der Folge der Überführung in Volkseigentum.

Die Konsequenz war auch in diesem Fall eine schrittweise de-facto-Enteignung dieses Eigentums. Von diesen Enteignungsmaßnahmen könnten theoretisch ca. 3,3 Mio Personen betroffen sein, da so viele bis 1966 aus der ehemaligen SBZ geflüchtet sind. Über 80 % davon haben die DDR bis November 1961 verlassen.

Diejenigen Betriebseigentümer, die irrtümlicherweise geglaubt haben, ihre privatwirtschaftlich geführten Betriebe auch im Rahmen einer Zentralverwaltungswirtschaft weiterführen zu können, haben sehr schnell die Konsequenzen ihres Irrtums erfahren.

Sie standen den vielfältigen und mannigfaltigen Methoden der planmäßigen und systematischen Enteignungsversuche des DDR-Staates machtlos gegenüber. Abgesehen von den zahlreichen Sanktionen des politischen und des Wirtschaftsstrafrechts, die nicht selten bis zum Entzug der Gewerbeerlaubnis führten, kam eine Anzahl von mittelbaren Enteignungsinstrumenten hinzu, wie die Kreditverweigerung des staatlichen Bankensystems, die Nichtlieferung der erforderlichen Rohstoffe und Zwischenprodukte, die konfiskatorische Steuer-

politik sowie die staatlich verordneten Absatzverpflichtungen für private Betriebe. Diese Sanktionen und Diskriminierungen führten letztlich entweder zur völligen Aufgabe des Betriebes oder zur Aufnahme einer staatlichen Kommanditbeteiligung.

Diese aufgezwungene Staatsbeteiligung, die bereits seit 1956 schrittweise praktiziert wurde, war eine indirekte Enteignungsform industrieller Betriebe. Schätzungsweise wurden zwischen 1949 und 1972 von den mannigfaltigen Enteignungsformen 7.000 bis 10.000 Unternehmen betroffen.

Mit der Verordnung schließlich über die Bildung von halbstaatlichen Betrieben vom 26.03.1959 öffnete sich für den Staat der Weg, von der Möglichkeit der Staatsbeteiligung in großem Umfang Gebrauch zu machen. Die halbstaatlichen Betriebe hatten zunächst aus staatlicher Sicht den Vorteil, zentralverwaltungswirtschaftlich konform zu sein, da sie in das zentrale Planungssystem eingeordnet werden konnten. Aus betrieblicher Sicht schien dies positiv, da sie nahezu eine Gleichstellung mit den volkseigenen Betrieben erreichten, und damit von den staatlichen Diskriminierungen weitgehend befreit wurden.

Die halbstaatlichen Betriebe hatten die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft. Darin war der Staat als Kommanditist durch die Deutsche Investitionsbank oder einen volkseigenen Betrieb vertreten. Der ursprüngliche Eigentümer als Komplementär durfte weiterhin die Geschäftsführung haben.

Selbst diese Konstruktion erschien der SED auf Dauer nicht nur mit der Ideologie einer kommunistisch geführten Gesellschaft, sondern auch mit der Funktionsweise einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht vereinbar. Insofern war es aus dieser Sicht konsequent, daß man versucht hatte, eine vollständige Verstaatlichung durchzusetzen. Beim Vorgehen war man äußerlich bemüht, die Form einer „Rechtsstaatlichkeit“ zu wahren. Dazu diente 1966 die „Anordnung über die Umbewertung der Grundmittel in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung“. Das angestrebte Ziel der Verstaatlichung versuchte man hier mit einer Abwertung des privaten und einer Aufwertung des staatlichen Anteils, die eine Verschiebung der Eigentums- und Machtverhältnisse zugunsten des Staates zur Folge hatten, vorzubereiten.

Der Enteignungs- und Verstaatlichungsprozeß des industriellen Vermögens in der ehemaligen DDR hat seine Vollendung in den Enteignungen von 1972 gefunden. Nachdem die Experimente im Zusammenhang mit dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ (NÖS, 1963) sowie mit dem „Ökonomischen System des Sozialismus“ (1968) der sechziger Jahre, die zunächst eine Hoffnung auf eine Liberalisierung des Wirtschaftssystems erzeugten, mit dem Beginn der Ära Honecker zu Ende gingen, unternahm Anfang der siebziger Jahre die Staats- und Parteiführung den Versuch der endgültigen Abschaffung des privaten Produktionsmitteleigentums.

Dieser massive Prozeß von Enteignungen im Jahre 1972 wurde öffentlich als eine freiwillige Übergabe an den Staat gegen eine Entschädigung dargestellt.

Als Grundlage für diese Entwicklung diente allerdings ein unveröffentlichter Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 09.02.1972, der die Überführung des verbliebenen Privateigentums verfügte.

Da die vorgenommenen Entschädigungen gemäß der Kapitaleinlage bzw. des Buchwertes der eingebrachten Kapitalmittel des Privateigentümers bemessen wurden, stellten sie in der Regel keine akzeptablen Gegenleistungen der enteigneten Vermögensgegenstände dar. Die enteigneten Eigentümer blieben allerdings in den meisten Fällen in einer Leitungsposition im Unternehmen.

Die Enteignungswelle von 1972 hat insgesamt 11.800 Unternehmen betroffen. Davon waren 6.700 halbstaatliche, 3.400 private Betriebe und 1.700 Produktionsgenossenschaften des Handwerks. In diesen Betrieben waren zum Zeitpunkt der Enteignung ca. 1 Mio. Personen beschäftigt. Die überwiegende Zahl (ca. 75 %) der enteigneten Unternehmen waren mittelständische Industrie-, Bau- und Handwerksbetriebe.

Schumpeter, der – m.E. zu Recht – von vielen als einer der größten Ökonomen dieses Jahrhunderts angesehen wird, hatte eine pessimistische Prognose aufgestellt, die allerdings bis heute noch nicht in der vorgestellten Weise hinsichtlich der Entwicklung der marktwirtschaftlichen (kapitalistischen) Systeme eingetreten ist.

Er hat nämlich den Zusammenbruch des kapitalistischen und die Durchsetzung eines sozialistischen Wirtschaftssystems vorausgesagt. Seine These ist allerdings deshalb interessant, weil er den Zusammenbruch des Kapitalismus mit einer dem Marxismus entgegengesetzten Position begründet hat.

Wie bekannt, hat Marx das Ende des kapitalistischen Systems mit der Existenz und der Funktionsweise des Privateigentums an den Produktionsmitteln begründet. Mit der Beseitigung des kapitalistischen Produktionsmitteleigentums würden nach dieser Vorstellung auch die Ursachen, die für Wirtschaftskrisen verantwortlich sind, eliminiert und damit die Entfesselung der Produktivkräfte eingeleitet.

Gerade mit der Abschaffung des Privateigentums und mit der damit verbundenen Ausschaltung des mittelständischen Pionierunternehmers (Initiativunternehmers) verlöre nach Schumpeter die wirtschaftliche Entwicklung ihre innovative Kraft mit der Folge, daß der Wirtschaftsprozeß in einer Stagnation und in der Mittelmäßigkeit ende. Ein Zustand, den Schumpeter Sozialismus nennt.

Mit der oben beschriebenen schrittweisen Enteignung von Privateigentum an Produktionsmitteln und mit der notwendig damit verbundenen Ausschaltung des persönlich haftenden Unternehmers in der ehemaligen DDR ist in den 40 Jahren ihrer Existenz die Befürchtung Schumpeters, allerdings bezogen auf das sozialistische Wirtschaftssystem, weit übertroffen worden, da nicht nur eine wirtschaftliche Stagnation und Mittelmäßigkeit, sondern eine Rückständigkeit entstanden ist. Die Folgen für die heutige ökonomische Entwicklung der mitteleuropäischen Wirtschaft sind sehr gravierend.

Die Sowjetisierung der Wirtschaft Mitteldeutschlands hat dazu geführt, daß die Volkswirtschaft mehrere große Nachteile bekam, deren negative Wirkungen bis heute ausstrahlen.

Der erste äußere (exogene) Nachteil bestand in der Abkoppelung dieses Wirtschaftsraumes vom Westen. Die fast stürmische innovative Entwicklung in den Marktwirtschaften der westlichen Industrienationen und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland hatte kaum Einfluß auf den durch den sowjetischen eisernen Vorhang abgeschirmten mitteldeutschen Wirtschaftsraum.

Die Wirtschaftsstrukturen Mitteldeutschlands mußten sich nach dem Krieg planmäßig auf die Bedürfnisse und die Erfordernisse der Volkswirtschaften Osteuropas bzw. des ehemaligen RGW-Wirtschaftsraumes orientieren, die vergleichsweise ein viel niedrigeres Entwicklungsniveau hatten und haben als die Volkswirtschaft des Westens.

Dies hatte zur Folge, daß der permanente Strukturwandel auf technologischem, ökonomischem und organisatorischem Gebiet, der eine ständige Begleitererscheinung offener und marktwirtschaftlich geführter Volkswirtschaften ist, entweder nicht oder, wenn überhaupt, nur sehr langsam und auf einem relativ niedrigen Niveau in der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR stattgefunden hat. Die Konsequenzen dieser Isolierung sind, um einige zu nennen, folgende:

- das nach der Wende vorhandene Sachkapital war unter den neuen Bedingungen kaum verwendbar,
- der Verwaltungsaufwand der Reprivatisierung bzw. der Privatisierung ist, wie die bisherige Entwicklung zeigte, sehr hoch,
- die Kosten der Modernisierung dieses Sachkapitals sind nicht nur enorm hoch, sondern die Modernisierung, die nach marktwirtschaftlichen Bewertungskriterien vorgenommen wird, erfordert neue Akteure und viel Zeit, wodurch sich die Kosten weiter erhöhen,
- das mit den alten Strukturen beschäftigte Humankapital kann unmittelbar weder von seiner Qualität her, noch in dem vorhandenen Umfang von den langsam entstehenden neuen Strukturen absorbiert werden. Kostspielige Umschulungen und hohe Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

Ein zweiter Nachteil, dessen Folgen heute in den neuen Bundesländern besonders spürbar sind, war die durch die Verstaatlichung des Produktionsmitteleigentums und durch die Funktionsweise der Zentralverwaltungswirtschaft verursachte Vernichtung des mittelständischen Unternehmertums.

Spätestens seit Schumpeter ist uns bekannt, daß eine der besonderen Eigenschaften des marktwirtschaftlichen (kapitalistischen) Wirtschaftssystems die Fähigkeit ist, den mittelständischen innovativen Unternehmertyp (Pionierunternehmer) zu erzeugen. Eine mittelständische Tradition, die auch vor dem Krieg in Mitteldeutschland vorhanden war und auf der heute die Wirtschaftskraft der alten Bundesländer basiert, muß jetzt sehr mühsam in den neuen

Bundesländern aufgebaut werden. Es wird noch viel Zeit kosten, bis eine neue Generation mittelständischen Unternehmertums in Mitteldeutschland entsteht.

Ein dritter Nachteil der damaligen Enteignungen, der die Volkswirtschaft insgesamt nach der Wende enorm belastete und noch belastet, sind die hohen Transaktionskosten, die mit den Reprivatisierungs-, Privatisierungs- und Neugründungsprozessen von Unternehmungen entstanden sind. Hierzu gehört zuerst der hohe Verwaltungsaufwand, der vor allem mit der Entstehung der notwendigen Gesetzgebung und mit dem daraus resultierenden und erforderlichen institutionellen Rahmen zusammenhängt.

Bereits in der Regierung Modrows ist das „Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen“ (Unternehmensgesetz) vom 7.3.1990 verabschiedet worden, welches mit den entsprechenden Durchführungsverordnungen zuerst die Reprivatisierung von Unternehmungen regeln sollte, die vorwiegend auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 9.2.1972 in volkseigene Betriebe übergeleitet worden waren.

Das Unternehmensgesetz vermochte die große Welle von Eigentumsansprüchen, die durch dieses Gesetz erst ermöglicht wurden, nicht befriedigend zu klären. Daher wurde im „Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ (Staatsvertrag) die DDR verpflichtet, das Unternehmensgesetz im Zusammenhang mit den bisher ungeklärten Eigentumsverhältnissen zu ändern (Anlage III, Abschnitt II, Nr. 15 des Staatsvertrags zwischen der BRD und der DDR).

Durch die Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde eine weitere Anpassung der Bestimmungen des Unternehmensgesetzes erforderlich. Diese zweite Durchführungsverordnung zum Unternehmensgesetz regelte unter anderem die Umbewertung von Mark der DDR in DM aller bis zum 1.7.1990 ausgewiesenen bzw. berechneten Positionen.

Nach drei Monaten, mit dem Tag der Deutschen Wiedervereinigung (3.10.1990), wurde das Unternehmensgesetz außer Kraft gesetzt und durch das „Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen“ (Vermögensgesetz) ersetzt (Anlage II, Kapitel III, Sachgebiet B, Abschnitt I, Nr. 5 des Einigungsvertrags). Da man dabei dem grundsätzlichen Recht auf Rückgabe der enteigneten Vermögenswerte (Restitution) gegenüber der finanziellen Entschädigung den Vorzug gab, entstand eine lebhafte Diskussion über die Richtigkeit dieses Weges. Daß die enteigneten Personen in einer angemessenen Weise eine „Wiedergutmachung“ erfahren sollten, war im wesentlichen nicht umstritten gewesen. Gesamtwirtschaftlich gesehen, sprach allerdings vieles dafür, daß man der Entschädigung den Vorzug hätte geben sollen. Eigentum ist in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften primär Mittel zum Zweck und nicht der Zweck selbst.

Andererseits erwarten die Enteigneten vom Rechtsstaat, daß er das erlittene Unrecht durch Rückgabe des enteigneten Eigentums wiedergutmacht.

Unabhängig davon, wie man zu dieser Frage steht, machten diese Diskussionen und die unbefriedigenden Investitionsaktivitäten in den neuen Bundesländern erneut Handlungsbedarf des Gesetzgebers notwendig. Bereits in den Erläuterungen zu Artikel 41 des Einigungsvertrages wird auf die investitions-hemmenden Wirkungen der ungeklärten Eigentumsfragen an Grund und Boden hingewiesen. Deshalb hat man das „Gesetz über besondere Investitionen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet“ (Investitionsgesetz) in den Einigungsvertrag aufgenommen (Anlage II, Kapitel II, Sachgebiet B, Abschnitt I, Nr. 4). Dieses Gesetz relativierte das investitions-hemmende Restitutionsprinzip für Grund und Boden, nicht aber für Unternehmen. Gerade dies machte den Handlungsbedarf des Gesetzgebers erforderlich.

Am 28.03.1991 ist deshalb das „Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen“ (Hemmnisbeseitigungsgesetz) in Kraft getreten. Dieses sogenannte „Artikel-Gesetz“ enthält eine Anzahl von Veränderungen für eine Reihe von bestehenden Gesetzen (Investitions-, D-Mark-Bilanzgesetz, Grundstücksverkehrsverordnung).

Die angesprochenen Gesetze und Verordnungen machten letztlich auch eine Fülle von Ämtern erforderlich (Ämter und Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen), die sich mit den Regelungen der Gesetze auseinandersetzen müssen. Es entstand dabei ein umfangreicher Behördenapparat mit verschiedenen Ebenen, wie Landesämter als oberste Landesbehörde mit mehreren Außenstellen, so beispielsweise das Sächsische Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen mit Sitz in Dresden (Außenstellen in Dresden, Chemnitz und Leipzig), oder die Zentralstelle zur Regelung offener Vermögensfragen, die bei der Oberfinanzdirektion Berlin eingerichtet worden war und inzwischen in den Rang eines Bundesamtes mit Sitz in Berlin erhoben worden ist.

Diese Aufzählung sollte nicht nur den unmittelbaren finanziellen Aufwand für diese gesetzlichen Regelungen und Gestaltungsmöglichkeiten verdeutlichen, sondern auch zeigen, wieviel Zeit erforderlich ist, bis über alle berechtigten und nicht berechtigten Ansprüche im Rahmen dieser Institutionen entschieden sein wird. Die Informationskosten, die Bemühungen von Gerichten und Schiedsgerichten, die Unsicherheiten bei gewonnenen Prozessen hinsichtlich der Lebensfähigkeit der Unternehmen, zeigen das Ausmaß der volkswirtschaftlichen Kosten des Transformationsprozesses.

Trotzdem ist die Entwicklung meines Erachtens bisher als zufriedenstellend zu bewerten. Wenn man sich die Zahlen der mittelständischen Betriebe ansieht, die inzwischen entstanden sind, so ist dies ein Zeichen für Optimismus. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Paraskewopoulos, ich danke Ihnen in unser aller Namen ganz herzlich für Ihre Ausführungen.

Wir kommen jetzt zu unserem nächsten Referenten, Herrn Dirschka, Präsident der Handwerkskammer zu Leipzig. Ich habe mir sagen lassen, er ist nicht nur

in Leipzig geboren, sondern immer auch in Leipzig geblieben. Herr Dirschka ist Elektromeister, geschäftsführender Gesellschafter eines Betriebes mit 30 Mitarbeitern und acht Lehrlingen. Seit 1990 ist er Präsident der Handwerkskammer in Leipzig und Mitglied des Präsidiums des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Ich bitte Sie ums Wort.

Joachim Dirschka: Schönen Dank Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Bundestagsabgeordnete, liebe Damen und Herren. Das Handwerk und der Mittelstand haben mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit in den neuen Ländern eine rasante Entwicklung erfahren – dieses Aufblühen der mittelständischen Wirtschaft wirkte sich katalysierend auf die gesamten neuen Bundesländer aus.

Die Zahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen wuchs im Zuge der Gründungswelle von 1990 bis 1993 auf nahezu eine halbe Million an. Der Aufbau dieser Unternehmen stellte den Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den neuen Ländern zur Verfügung. Während die industriellen Großbetriebe im Zuge der Privatisierung und Neustrukturierung Arbeitsplätze in Größenordnungen abbauten bzw. infolge der mangelnden Produktivität bedeutungslos wurden, entstanden in den sich entfaltenden kleinen und mittelständischen Unternehmen Arbeitsplätze für Tausende Menschen. Mit dieser Entwicklung wurde ganz maßgeblich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern und zur Durchführung des politischen Umwandlungsprozesses beigetragen.

Sechs Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit besteht in den neuen Ländern eine breite Basis kleiner und mittelständischer Unternehmen, die aber auf sehr wackligen Füßen steht und einer dringenden Konsolidierung bedarf.

Die Unternehmen in der DDR agierten bis 1989 in einem Markt, der durch die Bilanzierung der Betriebe im System der Planwirtschaft recht deutlich abgesteckt war. Die Kapazität der Betriebe wurde über den verlängerten Arm der Planwirtschaft reguliert, indem verfügbare Materialien und Ausstattungen nur im Umfang des dem Unternehmen in der Wirtschaft zugedachten Segments zur Verfügung standen und das Produktionsvolumen definiert war. Die Unternehmen operierten in einem abgeschotteten System, das kaum Freiheitsgrade für unternehmerisches Risiko und Expansion ließ.

Im Zuge der politischen Veränderungen sahen sich die Unternehmen im Jahre 1990 dem marktwirtschaftlichen Bedingungsgefüge gegenüber, in dem sich das Element „Markt“ als äußerer Zwang der Unternehmensentwicklung etablierte. Diese Situation erzwang von allen Unternehmern eine grundlegende Umstellung sowie ein grundlegendes Umdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, einige der vollzogenen Änderungen an wenigen Beispielen aus dem Wirtschaftsbereich Handwerk zu illustrieren, um die Tragweite der vollzogenen wirtschaftliche Veränderungen anschaulich zu machen:

Die Handwerksbetriebe in Ostdeutschland agierten zum Großteil im Bereich der Versorgung und Dienstleistung für die Bevölkerung bzw. waren im produzierenden Gewerbe als Zulieferer an die Industriebetriebe gebunden. Insbesondere im mitteldeutschen Raum mit seiner stark ausgeprägten Großindustriefunktionierte diese Symbiose auf einem sehr hohen Niveau. So waren im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen zahlreiche Handwerksbetriebe als Zulieferer für die metallverarbeitenden Betriebe sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau tätig. Diese Unternehmen befanden sich aufgrund der relativen Konstanz im Bereich der Produktpalette und der zentralistischen Planung des Produktionsausstoßes in der Industrie in einer sehr stabilen wirtschaftlichen Situation.

Mit dem Niedergang der Industriebetriebe nach 1990 und der fehlenden bzw. ungenügenden Industrieansiedlung wurden diese Betriebe in eine schwierige Situation gestürzt, da der einstige Hauptauftraggeber nicht mehr existent und adäquate Ersatzaufträge nicht in Sicht waren. Der Anteil der Zulieferleistungen reduzierte sich innerhalb kürzester Zeit auf schätzungsweise ein Zehntel des vorherigen Volumens. Die produzierenden Metall- und Elektrobetriebe im Handwerk haben, regional unterschiedlich, noch heute unter dem fehlenden Industriebesatz zu leiden und müssen unter sehr schwierigen Bedingungen nach neuen Aufträgen suchen. So konnte im Regierungsbezirk Leipzig bereits 1994 von einer weitestgehend erfolgten Stabilisierung der produzierenden Metall-/Elektrobetriebe ausgegangen werden, während im Raum Chemnitz dieses Problem noch bis in die Gegenwart hineinreicht. Im Raum Leipzig konnten sich zahlreiche der einstigen Industriezulieferer aufgrund des einsetzenden Baubooms im Ausbaugewerbe etablieren und durch eine Umstellung der Angebots- und Produktpalette ihre Existenz sichern.

In den erfolgten Industrieansiedlungen von bundesweit operierenden Unternehmen im Freistaat Sachsen wurde oft auf bestehende Zuliefererstrukturen zurückgegriffen, so daß die einheimischen Unternehmen nur schwer an die begehrten Aufträge gelangten. Hier spielt zumeist nicht die Qualität bzw. die verfügbare Kapazität der Unternehmen eine Rolle, sondern es wird auf gewachsene Zulieferstrukturen zurückgegriffen, die teilweise auch in die Billiglohnländer hineinreichen.

Einen besonderen starken Auftrieb erlebte in den neuen Ländern das kleine und mittelständische Baugewerbe. Waren zu DDR-Zeiten wenige Baukombinate dominant, die den staatlichen Wohnungs- und Gewerbebau unter sich aufteilten, so drängten mit der deutschen Einheit und der einsetzenden Bautätigkeit sowohl die industriellen Großunternehmen der Bauwirtschaft als auch zahlreiche handwerkliche Anbieter auf den Markt, die nachhaltig die Baulandschaft prägten. Gerade die handwerklichen Bauunternehmen entwickelten sich sehr schnell und konnten einst von Staatsunternehmen beanspruchte Bereiche für sich erschließen. Mit diesen Unternehmen wurde die in den neuen Ländern vorher in diesem Ausmaß nie gekannte Baunachfrage befriedigt, wodurch die dringend notwendigen Investitionen überhaupt realisierbar wurden. Gerade in

unserem mittelständischen Raum entstanden unzählige neue Bauten und Infrastrukturelemente, die den Aufschwung Ost erst möglich machten.

Diese sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung in einem zunächst ungesättigten Markt hat zu einer Expansion der Unternehmenskapazitäten und einem sehr schnellen Wachstum der Unternehmen geführt, so daß heute im Bau- und Ausbaugewerbe im Vergleich zu den Altbundesländern Überkapazitäten bestehen, die in Zukunft einer Normalisierung unterzogen werden müssen. Als besonders kritisch erweist sich, daß durch die schnelle Vergrößerung und die notwendige starke Investitionstätigkeit heute zahlreiche Unternehmen eine Unterhöhung im Bereich Eigenkapital aufweisen. Der sich rasch entwickelnde Konkurrenzdruck hat die Bildung von Rücklagen weitestgehend verhindert, so daß erschreckend niedrige Eigenkapitalanteile zu verzeichnen sind, die zu einer schlechten Liquidität und einer hohen Anfälligkeit der Unternehmen gegenüber konjunkturellen Schwankungen geführt haben. Diese Situation wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß in den Unternehmen Lohnforderungen bestehen, die das Maß der erzielten Produktivität deutlich übersteigen. So konstatierten im Sommer 1996 der Sächsische Baugewerbeverband und der Sächsische Bauindustrieverband im Baustatistischen Bericht eine Produktivität der sächsischen Bauunternehmen, die bei lediglich 83 % des Niveaus in den alten Ländern lag.

In den kommenden Jahren ist eine Verminderung der bestehenden Überkapazitäten im Bau- und Ausbaugewerbe unumgänglich – dieser Bereich der Wirtschaft wird sich auf einem Niveau stabilisieren müssen, das dem der alten Länder angenähert ist. Dieser Prozeß ist unvermeidbar – es liegt jedoch im Bereich der politischen Verantwortlichkeit, einen Massenexodus von Bauunternehmen zu verhindern, indem auch weiterhin Anreize für Investitionen geschaffen werden.

Ich möchte die Erfahrungen im Transformationsprozeß noch mit einer dritten Branche belegen – dem Nahrungsmittelgewerbe. In der DDR hatte das Nahrungsmittelhandwerk den spezifischen Auftrag, die Versorgung der Bevölkerung mit Frischprodukten zu realisieren, die sich am Bestand verfügbarer Rohstoffe orientierte. Ein Angebot an industriell produzierten, haltbaren Backwaren existierte nur auf sehr niedrigem Niveau – Brot mit der heutigen Konsistenz bzw. ein breites Tiefkühlangebot an Fleisch gab es nicht. Mit Hilfe des Nahrungsmittelhandwerks wurde der bestehende Mangel an diesen Produkten sowie das bestehende Defizit in der Logistik durch die Verbrauchernähe der Handwerksbetriebe kompensiert.

Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft boten sich den Handwerksunternehmen neue Möglichkeiten, aufgrund des breiten Spektrums verfügbarer Rohstoffe das Angebot zu verbreitern und die Produktpalette zu diversifizieren. Zahlreiche Betriebe expandierten und wuchsen im Zuge der Filialgründung zu Unternehmen mittlerer Größe heran. Im Schatten der schlagzeilenträchtigen Bauwirtschaft etablierte sich das Nahrungsmittelhandwerk in den neuen Ländern in aller Stille zu einem sehr leistungsfähigen Gewerbe.

Der Druck aus dem Discountbereich und die Verunsicherung zahlreicher Kunden durch Nahrungsmittelskandale in der jüngeren Vergangenheit hat zu einem zurückhaltenden Verbraucherverhalten geführt, das konjunktionelle Einbrüche auch in diesem Wirtschaftsgebiet hervorgerufen hat. Damit sind auch im Bereich des Nahrungsmittelhandwerks rezessive Auswirkungen zu spüren, die sich mit dem Bild des gesamtdeutschen Nahrungsmittelhandwerks decken, wengleich das Nahrungsmittelhandwerk in den neuen Ländern aufgrund der Vielzahl getätigter Investitionen ein sehr hohes Entwicklungsniveau erreichen konnte.

In allen Branchen in den neuen Ländern wurden 1990 große Investitionen notwendig, um sich der Marktwirtschaft zu stellen. Die Unternehmen sind diesen Weg gegangen, wengleich sie durch den Umtauschkurs von 2:1 a priori im investiven Bereich gegenüber den Altbundesländern benachteiligt sind. Rücklagen, die zu DDR-Zeiten in Unternehmen gebildet wurden, fielen der Halbierung zum Opfer. Aus volkswirtschaftlicher Sicht war und ist der durchgeführte Umtausch auf dem Hintergrund des Bankrottes der DDR ein Geschenk, da diese Regelung eine großzügige Geste darstellte. Aus der Sicht der Unternehmen war die Halbierung der Finanzeinlagen ein Handicap, das die heutige Situation des Eigenkapitalmangels in einer Vielzahl von Unternehmen durchaus mitverursacht hat.

Ich möchte im folgenden einige der Veränderungen umreißen, die sich für die Unternehmen ergaben, da eine Gesamtdarstellung in Anbetracht der Tiefenwirkung der vollzogenen Veränderungen kaum gelingen kann. Die Unternehmen in den neuen Ländern sahen sich innerhalb einer sehr kurzen Zeit einem neuen Bedingungsgefüge gegenüber und waren gezwungen, sehr schnell auf die veränderte Situation zu reagieren. Prinzipiell möchte ich feststellen, daß im Bereich der privaten Unternehmen in der DDR klar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden mußte, da hier kein staatlicher Subventionismus bestand. Im Gegenteil, die Unternehmen mußten oft unter sehr kritischen Umständen die Versorgung mit Material und Ausstattungen realisieren, um vorhandene Aufträge erfüllen zu können. Diese Situation führte aber auch dazu, daß in den privaten Betrieben eine sehr hohe Flexibilität ausgeprägt wurde, von der die kleinen und mittelständischen Unternehmen auch in der Gegenwart profitieren können.

Eine recht große Herausforderung für die Unternehmen bildete die Einführung der bundesdeutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die für zahlreiche Unternehmer eine echte Tortur darstellte. Ich möchte an dieser Stelle nur den Bereich des Steuerrechts hervorheben, der den Unternehmen in den ersten Jahren große Schwierigkeiten bereitete. In diesem Sektor haben die Kammern und Verbände eine sehr starke Unterstützungsarbeit geleistet, um den Unternehmen über die Anfangshürden hinwegzuhelfen. Die Rolle der Beratung durch die Kammern war um so größer, da zu dieser Zeit ein Potential unseriöser Finanzberater in die neuen Länder einfiel und in vielen Unternehmen sehr tiefe Spuren hinterließ.

Gemeinsam mit unseren Partnerkammern in den alten Ländern wurde der Know-how-Transfer organisiert, um so den Unternehmen die dringend benötigte Unterstützung zu geben. Dieser Vorgang war um so schwieriger, da sich die Kammern selbst in einer Aufbau- und Restrukturierungsphase befanden.

Zudem war in vielen Bereichen der Verwaltung im Zuge der Änderung der Verwaltungsabläufe eine Unsicherheit gegeben, die zu Verzögerungen bei verschiedenen Entscheidungen führte. Ich möchte nur an die Baugenehmigungsverfahren erinnern, die erst durch entsprechende Verwaltungsvorschriften und die konsequente Anwendung des Investitionsvorranges zu einer Entspannung gelangte.

Ein völlig neues Aufgabenfeld stellte das öffentliche Auftragswesen dar, das unseren Handwerksbetrieben in der Anfangsphase große Probleme bereitete. Plötzlich reichte es nicht mehr aus, eine Leistung in guter Qualität erbringen zu können, sondern auch noch eine umfangreiche Bewerbung abzugeben, deren Erstellung dem praktisch veranlagten Handwerker in den ersten Monaten schwere Sorgen bereitete. Flankiert wurde dieser Prozeß durch das große Maß zu berücksichtigender rechtlicher Grundsätze, um bei Ausschreibungen Erfolg zu haben.

Die Überwindung des DDR-Systems hat aber nicht nur den Wettbewerb unter den Anbietern gebracht, sondern hat auch andere Tücken der Marktwirtschaft auf den Plan gerufen. Es läßt sich sicher nicht bestreiten, daß in den ersten Jahren Unternehmen der neuen Länder Opfer von Übervorteilungen wurden. Zum Teil wurden Geschäfte geschlossen, ohne die Bonität des Auftraggebers zu kennen. Die Folge hiervon waren Zahlungsausfälle und Verluste. Inzwischen sind die Unternehmen sehr viel kritischer geworden, wenngleich Forderungsausfälle durch Nichtzahlung gelegter Rechnungen nach wie vor ein großes Problem darstellen.

Nach wie vor bestehen in den neuen Bundesländern noch immer Probleme, finanzielle Forderungen effizient durchzusetzen. Wir haben dazu in Sachsen bereits Gespräche mit dem Justizministerium und dem Innenministerium geführt, um für eine Straffung der gesetzlichen Regelungen zu werben. In bezug auf die Zahlungsfristen könnte die DDR als Positivbeispiel Pate stehen. Handwerkerrechnungen wurden mit Zahlungsfristen von 15 Tagen gelegt, bei Verzug wurde ein Strafzins von 18 % fällig. Dieses Maß erscheint recht angemessen, wenn man die Folgen von verschleppten Zahlungen auf die Unternehmen vor Augen hat.

Ich möchte an dieser Stelle an alle Verantwortungsträger appellieren, im Zusammenhang mit der Zahlungsunwilligkeit in der Wirtschaft, ich vermeide bewußt das positiv klingende Wort „Zahlungsmoral“, auf ein höheres Durchgreifen zu drängen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch bietet sicher gute Möglichkeiten, um Zahlungsforderungen durchzusetzen und den Auftragnehmer zu schützen. Es ist aber äußerst schwierig, wenn der Auftraggeber über eine übermächtige Monopol-

stellung verfügt und in der Lage ist, den Handwerker buchstäblich „verhungern“ zu lassen. Sei es durch eine juristische Verschleppungstaktik oder durch den Ausschluß von der weiteren Auftragsvergabe. In diesem Bereich benötigt der Mittelstand dringend politische Hilfe – zumal in einer Empfehlung der Europäischen Kommission auf die Anwendung recht spürbarer Verzugszinsen orientiert wird. Eine konsequente Umsetzung dieser Empfehlung könnte den kleinen und mittelständischen Unternehmen dringend benötigte Liquidität verschaffen.

Aufgrund der dargestellten starken Investitionstätigkeit sind die Unternehmen gegenwärtig von hohen finanziellen Belastungen betroffen, die nur noch einen geringen oder gar keinen Spielraum für notwendige Investitionen lassen. Nahezu alle Unternehmen weisen eine angespannte Liquidität auf, so daß auch Zahlungsverzug bei kleineren Rechnungsbeträgen bereits ein die Unternehmenssubstanz gefährdender Tatbestand ist.

Die Entwicklung der Unternehmen läßt sich sehr gut anhand der Erfahrungen unserer Betriebsberater belegen. Bis 1993/94 zielte die Hauptberatungstätigkeit auf die Existenzgründung ab, d. h. die Berater erstellten Stellungnahmen zu Unternehmenskonzepten, berieten die Existenzgründer und begleiteten sie zu den Banken. Die bestehenden Förderreglementarien erwiesen sich nach unserer heutigen Einschätzung als sehr effizient und praktikabel. In dieser Gründungsphase waren die Banken sehr kooperativ und trugen die Konzepte der Gründer mit. Das Hausbankprinzip hat sich im Zusammenhang mit der Ausreichung von Förderkrediten bewährt. Die Zahl der erfolgreichen Existenzgründungen ist ein deutlicher Beleg dafür. Allein im Freistaat Sachsen stieg die Zahl der Unternehmen auf den anderthalbfachen Wert des Jahres 1989.

Aber die Existenzgründung ist noch nicht der Garant der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung – die derzeitige Lage setzt den jungen Unternehmen sehr stark zu, so daß heute eine verstärkte Beratung zur Sicherung der bestehenden Unternehmen notwendig ist. Die Existenzsicherung erweist sich jedoch bei vielen Unternehmen als sehr schwieriges Unterfangen, da für konsolidierende Maßnahmen ein Grundbestand an finanziellen Sicherheiten benötigt wird, der in vielen Unternehmen nicht mehr gegeben ist. In dieser Situation entsteht sehr leicht der Eindruck überhöhter Sicherungsansprüche der Banken – das Hausbankprinzip erweist sich derzeit in einigen Situationen als Hemmschuh für dringend notwendige Investitionen bzw. Konsolidierungsmaßnahmen. Der Zugang zu Risikokapital ist für die Unternehmen noch immer ein großes Problem. Es findet sich kaum ein Kapitalgeber, wenn es gilt, ein gutes Konzept zu realisieren, ohne daß eine allseitige Absicherung existiert. Ich denke, damit werden in der deutschen Wirtschaft Chancen vertan. Viele inzwischen renommierte Unternehmen haben unter chronischem Geldmangel gelitten und doch mit Risikokapital die Wende geschafft. Die vielen Beispiele sollten in Deutschland zu einem weiteren Nachdenken anregen, wie Risikokapital stärker als bisher als Konsolidierung Verwendung finden kann.

Nicht nur das Risikokapital erweist sich für den Mittelstand als Problem – schwierig gestaltet sich für kleine Unternehmen auch nach wie vor die Entwicklung neuer Produkte und deren Markteinführung. Während für Hightech-Produkte ein sehr gutes Förderangebot besteht, können für neue Produkte mit geringerem technischen Anspruchsniveau kaum Fördermittel erschlossen werden. Dies ist um so bedenklicher, wenn durch diese Produkte und deren Markteinführung Arbeitsplätze entstehen oder gesichert werden.

Trotz der Verringerung des Förderanteils in einigen Programmen, ist das Spektrum der Fördermöglichkeiten in der Bundesrepublik im allgemeinen als gut einzuschätzen. Die gleiche Aussage kann für die bestehenden Förder- und Beratungseinrichtungen getroffen werden – die KfW, die Deutsche Ausgleichsbank, das RKW sowie die verschiedenen Einrichtungen in den Bundesländern – all diese Institutionen haben sich im Prozeß des Aufbaus der neuen Länder bewährt und haben große Leistungen für die hiesigen Unternehmen erbracht. Diese Institutionen und Instrumentarien sind aber auch in der näheren Zukunft weiterhin notwendig, um den Bestand der Unternehmen zu sichern. Die beschriebene Eigenkapitalsituation und die Lage der ostdeutschen Wirtschaft erfordern zwingend auch künftig eine gesonderte Unterstützung der neuen Länder. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich damit keinen blinden Subventionismus meine, sondern eine konstruktive Unterstützung des Aufbaus.

Trotz aller unterstützenden Maßnahmen ist in diesem Jahr auch im Bereich des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft ein Anstieg der Insolvenzen zu verzeichnen. Die Ursachen für den Zusammenbruch von Unternehmen sind recht vielschichtig. Neben der allgemeinen Wirtschaftslage und der schlechten Eigenkapitalsituation sind recht oft Managementfehler Ursachen für einen Unternehmenszusammenbruch. Im Bereich Handwerk zeigt sich, daß insbesondere nach 1990 gegründete Betriebe häufiger von Gesamtvollstreckungen bzw. von Betriebsaufgaben aus wirtschaftlichen Gründen betroffen sind. Ursache hierfür ist, daß im Zusammenhang mit dem rasanten Wachstum keine finanziellen und organisatorischen Anpassungen erfolgt sind, die eine Lenkbarkeit des Unternehmens gewährleisten. In einem Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten kann der Inhaber nicht jeden einzelnen Mitarbeiter kontrollieren oder die Zahlungsüberwachung dem Zufall überlassen. Es gibt aber auch Fälle, in denen durch wenig vorausschauende Planung auf der Grundlage des Booms Anfang der 90er Jahre Investitionen getätigt wurden, die unter den Bedingungen einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung nicht refinanzierbar sind.

All diese Situationen sind aus Sicht der praktischen Betriebsberatung nicht ausweglos, solange nur rechtzeitig auf die Krisensituation reagiert werden kann – gerade dies ist zumeist nicht der Fall, da aus Stolz bzw. in Verkennung des Ernstes der Lage zu spät der Kontakt zum Betriebsberater der Kammer gesucht wird. Wenn die Überschuldung perfekt ist, bleiben meist nur wenige Alternativen. Die Kammern bemühen sich daher den engen Kontakt zu den Un-

ternehmen zu wahren, um so sehr früh informiert zu werden und die helfende Hand zu reichen. Gerade die Erfahrungen des Schneider-Crashes in Leipzig und der EBL-Gesamtvollstreckung haben aufgezeigt, daß mit einem rechtzeitigen Krisenmanagement unter Einbeziehung der Banken und der Kammern gute Erfolgsaussichten bei der Rettung von Unternehmen bestehen. In Folge beider Ereignisse in Leipzig ist nicht ein Handwerksbetrieb in Gesamtvollstreckung gegangen, womit der Beweis für die Qualität bestehender Regularien erbracht ist.

In den neuen Ländern besteht derzeit ein sehr ausgeprägter zweiter Arbeitsmarkt, der durch den mangelnden Industriebesatz entstanden ist. Der zweite Arbeitsmarkt ist zeitweilig und in begrenztem Umfange nötig – er darf aber nicht in die Extremform der Massen-ABM übergehen. Die beteiligten Arbeitnehmer für die einzelnen Maßnahmen sollten sehr genau ausgewählt werden, um so diesen Sektor den aus Gesundheits- oder Altersgründen benachteiligten Arbeitnehmern zu reservieren. Die auszuübenden Tätigkeiten sollten sehr genau durchleuchtet werden und strikt von allen gewerblichen Tätigkeiten abgegrenzt sein. Es kann nicht angehen, daß ABM-Betriebe mit mehreren tausend Beschäftigten entstehen, die auf dem Niveau von Großbetrieben operieren und in das Auftragspotential des Mittelstandes einfallen. Wenngleich die Kammern die Unbedenklichkeit zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit handwerklichem Inhalt geben müssen, zeigt die Praxis häufig den klaffenden Spalt zwischen beantragter Maßnahme und den tatsächlich ausgeführten Arbeiten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur Maßnahmen im Sanierungsbereich nennen, wo der Versuch unternommen wurde, freistehende Wohnungen städtischer Gesellschaften mittels ABM zu sanieren – vorbei an den handwerklichen Anbietern. Diese Methodik demontiert den ersten Arbeitsmarkt. Seitens der Handwerkskammer zu Leipzig wurde unter diesem Gesichtspunkt der Vorschlag geäußert, künftig mit Vergabe-ABM zu arbeiten, indem Aufträge mit der befristeten Übernahme von ABM-Kräften vergeben werden, so daß eine betriebliche ABM etabliert wird. In dieser Form wird der betreffende Arbeitnehmer in ein Unternehmen eingegliedert und erlangt praktische Erfahrungen. Gleichzeitig wird der Aufbau staatlich geförderter Verwaltungsstrukturen verhindert, die in den ABM-Trägern entstehen.

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung wird jedoch nicht nur durch die Schnittstellen mit dem zweiten Arbeitsmarkt auf eine Probe gestellt, sondern auch durch die Präsenz von Schwarzarbeitern und Schwarzarbeitsfirmen. Das große Auftragspotential und die rege Bautätigkeit in den neuen Ländern lockte zahlreiche Schwarzarbeiter an, die mit immer schwerer zu durchschauenden Methoden ihrem Stück vom großen Kuchen nachjagen. Die Arbeits- und Zollämter sind schlechthin überlastet, in Anbetracht des ständig nachrückenden Potentials. Trotz der Strafandrohung gelingt es Unternehmen, die Schwarzarbeiter beschäftigen bzw. Niedriglöhne zahlen, immer wieder bei der Auftragsvergabe den hiesigen Unternehmen voraus zu sein. Diese Situation führt zu Resignation und Verzweiflung im Handwerk, die in der Ansicht münden, mit ehrlichen Mitteln sei keine Auftragsvergabe zu erzielen.

Die Kammern arbeiten auf diesem Gebiet fieberhaft und konnten enge Kontakte zu den staatlichen Stellen knüpfen – der Übermacht des derzeitigen Einkerns von Schwarzarbeitern kann das kaum standhalten.

Die Umgestaltung der Gesamtwirtschaft der neuen Länder wurde von einem umfassenden Lernprozeß der Unternehmer begleitet. Viele Betriebe haben moderne Managementmethoden erprobt, um die Qualität und Effizienz in ihren Betrieben zu steigern. Im Ergebnis dieser Anstrengungen kann davon ausgegangen werden, daß die Betriebe das Qualitätsniveau der alten Bundesländer erreicht haben. Diese Entwicklung wurde im Bereich des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft durch eine stärkere Identifikation des Arbeitnehmers mit dem Unternehmen gewährleistet, die in der Übergangsphase eine katalysierende Wirkung hervorbrachte. Als Beleg für das Bekenntnis zur Qualität und zu einer leistungsfähigen Organisation der mittelständischen Unternehmen kann eine ganze Reihe von Zertifizierungen gewertet werden, wobei eine Nichtzertifizierung nicht als Negativerklärung aufgefaßt werden darf, da in diesem Zusammenhang sehr deutlich zwischen Kosten, Nutzen und Notwendigkeit unterschieden werden muß.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen einen kleinen Überblick über die Veränderungen in der mittelständischen Wirtschaft in den zurückliegenden sechs Jahren geboten zu haben. Auch die Zukunft wird große Anforderungen an die Unternehmen stellen, die in den neuen Ländern auch künftig eine eigene Spezifik haben werden. Ich bedanke mich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick in die Tagesordnung zeigt, daß wir jetzt noch im grundsätzlichen Teil der öffentlichen Anhörung sind. Erst nach der Mittagspause werden wir anhand von Erfahrungsberichten ins Detail gehen. Wir haben, wenn ich das richtig sehe, noch 50 Minuten Zeit, in diesem grundsätzlichen Teil an die beiden Referenten Fragen zu stellen, mit ihnen zu reden. Moderator dieses Gespräches wird der geachtete, geschätzte Kollege Professor Dr. Rainer Ortleb sein.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Damen und Herren, unlängst hatten wir eine öffentliche Anhörung zum Thema „Industrieforschung in der ehemaligen DDR“. Diese Anhörung – die Kollegen, die daran teilgenommen haben, werden es noch im Gedächtnis haben – hat uns gezeigt, daß die Situation nach dem Zusammenbruch der DDR, insbesondere die Industriepotentiale beseitigt hat, die nicht mehr marktfähig gewesen sind. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, was man hätte machen können, wenn man quasi einen gleitenden Übergang von der Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft versucht hätte. Nur das wären Planspiele, die wir im Nachhinein vollziehen müßten, die nur schwierig an den tatsächlichen Verhältnissen gemessen werden können. Der Zusammenbruch der Märkte für die Industrie der ehemaligen DDR, man bedenke welches Exportvolumen beispielsweise durch die ehemalige Sowjetunion aufgefangen worden ist, macht besonders deutlich, warum der Mittelstand besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Denn, im Gegen-

satz zur Industrie, zum Großbetrieb, der seine Märkte in der Regel natürlich nicht nur in der Region hat, sondern global wirkt, hat der Mittelstand die Chance, den regionalen Markt zu befriedigen. Er ist also praktisch dadurch, daß er am Ort ist, auch der Bessere, mit der Chance versehen, marktführend tätig zu werden, wenn denn entsprechende Qualität angeboten wird. Was wiederum zur Folge hat, daß, wenn man eine natürliche Entwicklung zur Gesundung der Wirtschaftslandschaft in den neuen Bundesländern erreichen will, man insbesondere die Kristallisationskerne Mittelstand braucht, um die herum sich dann sinnvoll auch wieder wirtschaftswirkende größere Industrie gestalten kann. Es ist nicht Aufgabe eines Moderators, ein Ko-Referat zu halten, sondern Aufgabe, Zusammenhänge zu anderen Themen und Problembereichen dieser Kommission herzustellen, was ich damit versucht habe. Jetzt, nach üblicher Tradition und Sitte, bitte ich die Mitglieder der Kommission Fragen zu stellen, dabei auch durchblicken zu lassen, an welchen der beiden Referenten die Fragen vorwiegend gerichtet sind. Abgeordneter Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dirschka. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bereitet Ihnen die Struktur des Mittelstandes in Ostdeutschland Sorge, weil es eine gewisse Überbesetzung im Bereich Bau- und Ausbaugewerbe gibt. Sie erwarten, daß es auf absehbare Zeit dort eine „Anpassung nach unten“ geben muß, um das freundlich auszudrücken. Auf der anderen Seite seien aber, sagten Sie, für den Handwerksbereich, der eine gewisse Industrienähe hat, die Aufträge mit dem Verschwinden oder mit dem Rückgang von Industrieproduktion in Ostdeutschland auch stark zurückgegangen.

Meine Frage: Inwieweit ist inzwischen die Fertigung für Abnehmer, die der Industrie zuzuordnen sind, wieder in Gang gekommen? Wie hoch ist dabei der Anteil, oder wie hoch schätzen Sie den Anteil am Umsatz, den Aufträge von westdeutschen oder ausländischen Abnehmern an solchen Fertigungen haben? Sind Sie nach Ihrer Kenntnis in der Lage zu berichten, ob es sich dabei überwiegend um Lohnfertigungen handelt oder aber auch um Fertigungen eigenständig entwickelter Produkte, die die Zulieferer sozusagen selber entwickelt haben und die dann auch ihre Absatzchancen finden außerhalb der Region?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ja, vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen inzwischen sechs bis sieben Wortmeldungen vor. Ich bitte Sie, daß wir jetzt so verfahren, wie wir das immer geübt haben, daß wir drei, vier Fragestellungen hintereinander aufnehmen und dann die Redner im Podium beantworten lassen. Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich habe zwei kurze Fragen, die sich voraussichtlich nicht ganz so kurz beantworten lassen. Die Fragen richten sich an beide Referenten.

Die erste Frage ist: Haben Sie Erkenntnisse darüber, aus welchen Bevölkerungskreisen sich die ostdeutschen Unternehmer nach 1990 rekrutierten? Insbesondere interessiert mich, inwiefern diejenigen, die 1972 praktisch ihr Un-

ternehmen verloren haben, inwieweit die an den Unternehmensprozessen nach 1990 beteiligt waren, bzw. inwieweit in diese Unternehmensbildungsprozesse MfS- und SED-Kapital mit einfloß?

Die zweite Frage hängt ganz wesentlich mit der letzten Bemerkung von mir zusammen. Inwieweit haben Sie Erkenntnisse darüber, wie „Seilschaften“ auch den Mittelstand beeinflussen bzw. auch durchaus in seiner Entwicklung behindern?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Manfred Wilke: Ich habe zunächst einmal eine Frage an den Kollegen Paraskewopoulos. Die ökonomische Darstellung der Vernichtung des ostdeutschen Mittelstandes ist in präziser Form von Ihnen vorgetragen worden. Aber es gab ja auch politische Prozesse, z. B. hat es in der Deutschen Demokratischen Republik zwei, drei Parteien gegeben, die der SED als Massenorganisationen für die kleinbürgerlichen Schichten dienten. Könnten Sie vielleicht noch Ausführungen machen zur Beteiligung von CDU, LDPD und NDPD an der Beseitigung des Mittelstandes? Zweitens möchte ich von Ihnen gerne wissen, inwieweit die Forschungskapazitäten der westdeutschen ökonomischen Institute in den Jahren 1990/91 irgendwelche, wenigstens ad-hoc-Planungen erstellt haben, angesichts der Aufgabe einer bewußten Mittelstandsförderung in der beigetretenen DDR? Gab es da irgendwelche Planungen, die der Politik an die Hand gegeben worden sind?

Herr Dirschka, die Fragen, die ich an Sie habe, richten sich auf ein Problemfeld, mit dem Handwerker heute in den neuen Bundesländern zu kämpfen haben. Der Bereich ist von Ihnen nur mit zwei Sätzen angerissen worden. Daß nach 1990 nicht nur Helfer aus dem Westen in die neuen Bundesländer gekommen sind, sondern auch Abzocker, Täuscher und Vereinigungsgewinnler, dies gehört für jemanden, der wie ich aus den alten Bundesländern kommt, zu den beschämendsten Kapiteln des Vereinigungsprozesses.

Gibt es aus Ihrer Erkenntnis besondere Anstrengungen der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), um einige besonders üble Figuren zu überführen? Ist dies überhaupt regional ein Thema? Haben Sie das Gefühl, daß im Bereich Regierungs- und Vereinigungskriminalität regional etwas geschieht?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb: Danke! Herr Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich habe eine Bemerkung zu der Aussage von Herrn Paraskewopoulos, der den Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung als Investitionshemmnis ausgemacht hat. Diese These hört man verhältnismäßig häufig, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie durch Wiederholung richtig wird. Natürlich kann man darüber streiten, ob dieser Grundsatz oder seine Umkehrung politisch sinnvoller gewesen wäre. Tatsache ist jedoch, daß die Wieder-

vereinigung Deutschlands der Herstellung der Rechtseinheit bedurfte. Wenn Sie sich vor Augen führen, daß es in der DDR an die 100 verschiedenen Typen von Besitz- und Eigentumsverhältnisse gab, daß Grundbücher jahrzehntelang nicht geführt worden sind, daß die DDR bei dem Vollzug ihre Enteignungsgesetze ihre eigenen Rechtsvorschriften häufig nicht beachtet und die entsprechenden Einteignungsbeschlüsse auch nicht richtig exekutiert hat, zumindest die entsprechenden Enteignungsbeschlüsse auch nicht richtig exekutiert hat, so hätte dies auch bei der Umkehrung des Grundsatzes – Entschädigung vor Rückgabe – zu einem Klärungsbedarf im Einzelfall geführt und damit einen vergleichbaren Verwaltungsaufwand erfordert. Daher kann ich den unter Investitionsgesichtspunkten großen Vorzug einer umgekehrten Klärung der Rechtslage nicht erkennen. Wie man sie insgesamt bewertet, ist eine ganz andere Frage.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr. Rainer Jork (CDU): Ich habe auch zwei Fragen. Die erste möchte ich an Herrn Professor Dr. Paraskewopoulos richten. Sie haben gesagt, daß das System versagt habe, nicht die Menschen. Es wäre auch für die Zukunft hilfreich, wenn Sie uns noch einmal konkret sagen würden: was war an dem System typisch, so daß es zu dem Versagen in der Wirtschaft beigetragen hat. Und vielleicht können Sie sagen, wie die Menschen in der DDR damals damit umgingen, wie sie sich engagiert haben, um diese Polarisierung zwischen dem System und dem Einsatz der Menschen zu überwinden.

Und eine zweite Frage zum Thema Entschädigung vor Rückgabe. Inwieweit sind Schlußfolgerungen tatsächlich gegeben, auch heute noch, angesichts des Umstandes, daß es ja gesetzliche Regelungen gibt, die die erkannten funktionalen Fehler versuchen zu mildern? Inwieweit müssen wir aus Ihrer Sicht mit Problemen heute noch leben und was bereitet uns dabei Schwierigkeiten? Dann noch eine Unterfrage: Hätten Entschädigungen zu besseren Effekten führen können, bei der Bildung und Neubildung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern? Hätte also der umgekehrte Weg dem Mittelstand eher geholfen?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich würde Sie, Herr Professor Dr. Paraskewopoulos, als ersten bitten, die Fragen, die Ihnen gestellt worden sind, zu beantworten, und danach Herrn Dirschka.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Ich beginne mit den letzten Fragen. Sie haben aufgegriffen, was ich im Zusammenhang mit dem Systemversagen und nicht Menschenversagen gesagt habe und Sie fragten jetzt, was das Typische sei? Wenn ich von der Theorie bzw. Ideologie einer Zentralverwaltungswirtschaft ausgehe, dann nahmen die Schöpfer dieses Systems an, daß man es zunächst mit Menschen zu tun hat, die altruistisch sind, die nicht egoistisch sind; man hatte damals vom „sozialistischen Menschen“ gesprochen. Das setzt voraus, und das ist etwas, was den Menschen weit überfordert, in dem Sinne wie das Christentum verlangt, liebe Deinen Nächsten wie dich selbst. Das ist für

meine Begriffe das Höchste, was ein Mensch erreichen kann. Der Sozialismus forderte, daß der Mensch den Nächsten mehr liebt als sich selbst, wenn ich das so formulieren darf. Und darauf war das ganze System aufgebaut.

Speziell ist in einer Zentralverwaltungswirtschaft ein sehr großes Problem, den Bedarf festzustellen. Sie sind davon ausgegangen, ich glaube, das stammt von Lenin, er hatte da eine Militäreinheit vor sich gehabt und hatte überlegt, welchen Bedarf gibt es und wie kann man den Bedarf planen. Man kann Befehle geben, dann werde dieser Bedarf produziert, so ist die Konstruktion gedacht. Das heißt, der Planer setzt voraus, daß er in der Lage ist, zu wissen, was die Menschen in dieser Gesellschaft wollen. Wir Ökonomen sagen, das ist etwas Unmögliches. Aber wenn man jetzt das als bekannt voraussetzen würde, ist die DDR so vorgegangen, sie haben versucht festzustellen, was braucht der Mensch. Ich übertreibe so ein bißchen: 3.000 Kalorien im Durchschnitt pro Tag. Wie kann ich diese 3.000 Kalorien erreichen, mit wieviel Nahrungsmitteln etc.? So war die Konstruktion gedacht. Und selbst wenn man davon ausgehen würde, daß diese Konstruktion möglich ist, daß man den Bedarf feststellen kann, funktioniert das aus verschiedenen Gründen nicht, es kann so nicht funktionieren.

Erstens ist der Informationsbedarf so enorm, daß der Planer beispielsweise die Informationen braucht, um bedarfsgerecht zu planen. Und jetzt kommt das speziell Typische einer Zentralverwaltungswirtschaft, die dahin führt, daß einzelwirtschaftlich die Menschen eigentlich richtig handeln, gesamtwirtschaftlich falsch. Warum? Der Planer ist darauf angewiesen, Informationen von unten zu bekommen. Und der Planer ist darauf angewiesen, wenn er einen richtigen Plan, der die Möglichkeiten und die Kapazitäten der Volkswirtschaft alle berücksichtigt, die richtigen Informationen, die sachlichen Informationen von unten nach oben zu bekommen, um damit den Plan aufzustellen. Und jetzt kommt diese, wenn Sie so wollen, Dichotomie, die die Sozialisten oder Kommunisten geprägt haben, daß die Menschen ehrlich sind, d. h. sie würden im Sinne der Planenden handeln. Die Menschen handeln nicht im Sinne der Planenden, sondern in ihrem eigenen Sinne. Das heißt jetzt, die Informationen, die von unten nach oben gehen, sie gehen durch die Brille der Leute, die diesen endgültigen Plan erfüllen müssen. Und jetzt beginnt dieser Kampf. Und dieser Kampf bedeutet, daß die Betriebe einzelwirtschaftlich, betriebswirtschaftlich richtig gehandelt haben, d. h. sie wollten Kapazitäten horten, sie wollten alles Mögliche horten, damit sie in der Lage waren, einen Spielraum gegenüber der Zentrale zu haben. Wenn man auf der anderen Seite den Planer sieht, ist er darauf angewiesen, die richtigen Informationen zu bekommen, und ich behaupte, genau dieses Dilemma ist unlösbar. Und genau das hat dahin geführt, daß das Angebot der Volkswirtschaft, die Produktion der Volkswirtschaft, das Problem war. Theoretisch gesprochen ist die Frage nicht lösbar. Und die Menschen handeln richtig. Die Menschen handeln nach ihren Interessen richtig, weil sie eben einen erfüllbaren Plan bekommen wollen mit Konsequenzen der Belohnung, der Prämierung und all dem, was damit verbunden war, und genau das ist für mich der große Mangel einer solchen Konstruktion.

Jetzt zu der zweiten Frage: Rückgabe vor Entschädigung oder umgekehrt? Ich möchte das nicht irgendwie „ideologisch“ bewerten. Ich bin durch und durch Marktwirtschaftler und mir ist die Funktionsweise des Privateigentums total bewußt. Hier geht es um die Frage: Ist Privateigentum, das hatte ich in meinem Referat auch angedeutet, Mittel zum Zweck oder der Zweck selbst? Ich habe oft den Eindruck, daß man eventuell so argumentiert, daß Privateigentum der Zweck und nicht Mittel zum Zweck ist. Ich kann Ihnen sagen, Privateigentum und Monopolsituation ist sehr schädlich. Lieber staatlich in einem demokratischen Staat, als Steuerung und Kontrolle durch private Monopole, d. h. Privateigentum funktioniert unter den Bedingungen des Wettbewerbs, dann erbringt Privateigentum seine höchste Leistungsfähigkeit.

Ich habe keine Patentlösung für den Transformationsprozeß. Ich habe nur makroökonomisch und mikroökonomisch argumentiert. In solchen Situationen brauchen wir Klarheit, die Verfügungsrechte und die Zuordnungsrechte müssen eindeutig definierbar sein. Es gab, und es gibt noch, Situationen, in denen tatsächlich die späteren Gesetze dies gezeigt haben, die gehen von diesem Restitutionsprinzip ein bißchen weg. Ich habe keine Patentlösung und kenne diese Bedenken. Das habe ich auch angedeutet. Z.B. hätten diejenigen, die damals enteignet wurden, dann das Gefühl gehabt, der Rechtsstaat enteignet sie noch einmal. Das ist die Situation des Einzelnen. Aber wenn ich jetzt die marktwirtschaftliche Ordnung ansehe und die Funktionsweise der marktwirtschaftlichen Ordnung, dann basiert sie auf gewissen Prinzipien und nicht direkt auf menschlichem Verlangen oder Anliegen, die ich als berechtigt ansehe und die ich auch verstehen kann. Ökonomisch gesprochen, verlangt die Situation eine Eindeutigkeit, was die Zuordnung von Verfügungsrechten anbetrifft. Und das ist ein Zeitproblem. Im Endeffekt unterscheiden diese Prinzipien sich nicht, aber das ist ein Zeitproblem, was wir haben, und es gibt Studien und es gibt Untersuchungen, die eine Korrelation zwischen dem Restitutionsprinzip und der Verzögerung der Investitionen anzeigen. In diesem Sinne habe ich das gemeint.

Herr Wilke, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Fragen, ob die Blockparteien eine Art Bremswirkung gehabt haben hinsichtlich der Verstaatlichung und Enteignung. Das habe ich so direkt nicht untersucht. Aber ich kann es mir nicht vorstellen, auch wenn die Blockparteien gewollt hätten, von der Systematik der Funktionsweise einer Zentralverwaltungswirtschaft wäre dies langfristig nicht möglich gewesen. Die Entwicklung 1972 hat gezeigt, daß man endgültig von diesem Prinzip überzeugt war und es wurde eingeführt. Ich weiß nicht, inwieweit die Blockparteien eine Bremswirkung gehabt haben hinsichtlich der Verstaatlichung und Enteignung. Also es tut mir leid, ich kann da keine direkte Antwort geben. Was die Forschungsinstitute anbetrifft, waren die in Westdeutschland gemeint? Soviel ich weiß, hat das Bonner Institut für Mittelstandsforschung regelmäßig Berichte zum Mittelstand veröffentlicht. Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, haben Sie gefragt, inwieweit wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute politisch Einfluß genommen haben, oder?

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Inwieweit wurden Forschungsergebnisse west-deutscher Institute 1990/91 diskutiert?

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Ich bin auch aufgefordert worden, ein Gutachten für die Bundesregierung zu erstellen. Viele haben solche Gutachten geschrieben. Es ist eine Fülle von Gutachten geschrieben worden. Inwieweit die Ergebnisse von der Politik umgesetzt worden sind, kann ich nur begrenzt beantworten.

Und jetzt zu der Frage, aus welchen Bevölkerungskreisen die Unternehmer sich rekrutierten, und ob die Seilschaften hier eine Rolle gespielt haben. Ich weiß keine konkreten Zahlen. Die Forschung sagt, was Reprivatisierung ist. Danach sind diejenigen, die irgendwie früher Eigentümer waren bzw. ihre Erben, die das weiter betreiben, Reprivatisierer. Zahlen in Prozenten zu Reprivatisierung und Privatisierung kann ich momentan nicht sagen.

Zu Seilschaften kann ich Ihnen nur das sagen, was auch ich aus der Presse weiß. Natürlich gibt es Seilschaften in der Wirtschaft. Aber das ist eine gute Frage. Ich werde sie aufnehmen und prüfen, ob man das in der Forschung so differenziert ausmachen kann. Aber das ist ein Problem der Statistik und der Forschung. Ob das gelingt, weiß ich nicht. Ich habe selber keine Zahlen.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dirschka bitte.

Joachim Dirschka: Ich habe vielleicht das Glück, kein Politiker zu sein und kann deshalb vielleicht frei von der Leber reden, aus dem täglichen Erleben. Ich habe auch schon manchmal meine Probleme mit den Begriffen Ordnungspolitik und Haushaltsrecht, weil ich natürlich zunächst davon ausgehe, wo man im Handwerk oder in der mittelständischen Wirtschaft die Aufträge herbekommt. Wer hat das Geld, wo kann es freigesetzt werden? Das ist natürlich für mich etwas einfacher, weil ich praktisch nicht in irgendwelchen Zwängen stehe.

Ich möchte versuchen, die Fragen kurz zu beantworten. Die Struktur des Mittelstandes, die macht mir schon Sorgen, das ist gar keine Frage. Denn wir haben eine stürmische Entwicklung gehabt nach 1990 und Sie kennen ja die Zahlen der Unternehmensgründungen. Wir haben zu verzeichnen, das sagen auch unsere Konjunkturen, daß wir schon in den Regulierungsprozeß hineingehen. Das heißt, wir werden uns wieder in Richtung Normalität der Betriebe pro Kopf der Bevölkerung praktisch hinarbeiten.

Wenn ich Ihnen das einmal anhand eines Beispiels sagen darf: Die Dachdecker in Sachsen, und ich will mal sagen, unsere Dächer sind bestimmt reparaturbedürftiger als die in Bayern. Es gibt also viermal soviel Dachdecker in Sachsen, im Freistaat Sachsen, wie in Bayern, pro Kopf der Bevölkerung. Das sagt im Prinzip alles aus. Und das ist in der Bauwirtschaft ganz genau so. Es gibt natürlich auch strukturschwächere Bereiche, wenn ich mir zum Beispiel den Bereich der Tischler ansehe. Dort gibt es eigentlich noch eine relativ solide Basis. Wir haben im Regierungsbezirk Leipzig 1.400 Elektriker. Das müssen Sie sich

einmal vorstellen, wie der tägliche Kampf ist. Deshalb muß und wird auch hier eine Regulierung eintreten. Wir sehen aber heute Lichtblicke am Horizont. Wenn ich die Firma Siemens sehe, hier werden etwa 1.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. 3.000 Arbeitsplätze entstehen durch Zulieferertätigkeit und auch durch Dienstleistungen. Wir haben das gleiche positive Problem bei VW in Mosel, wo also die Zuliefererwirtschaft, das geht bis in den Leipziger Raum hinein, sich mittlerweile festigt. Aber das sind ja nur Leuchttürme, und uns fehlt im Osten Deutschlands die Industrialisierung. Letztlich kann das Handwerk ohne die Industrie nicht leben und im Prinzip die Industrie nicht ohne das Handwerk. Hier ist eine Symbiose notwendig. Wir haben im Bereich der Zulieferer Möglichkeiten erschlossen, z. B. im Außenhandel mit Polen. Wir erarbeiten momentan Kooperationsmöglichkeiten auch im handwerklichen Bereich. In Chemnitz und Dresden sind die Gegebenheiten, bedingt durch die Grenznähe zu osteuropäischen Ländern, günstiger. Wir haben momentan wenig Erfolge mit westlichen Staaten, obwohl wir Versuche aus Leipziger Sicht starten. Wir haben Kontakte mit Frankreich, mit Italien, aber das sind alles immer so Kooperationen, wo man möglicherweise bei uns etwas verkaufen will, aber wir weniger die Leistungen und Waren exportieren können.

Zur Frage der Rekrutierung des Mittelstandes: Die Unternehmen, die sich im Osten Deutschlands rekrutiert haben, kommen in der Regel aus dem eigenen Bereich, d. h. also aus den Bevölkerungsschichten, die im Osten groß geworden sind. Natürlich gibt es auch selbständige Niederlassungen aus den alten Bundesländern. Aber wir haben im handwerklichen Bereich ca. 95 % Unternehmensgründungen von ostdeutschen Bürgern. Das hat natürlich im handwerklichen Bereich auch seinen Grund. Normalerweise ist es nicht möglich, denn die Ordnung des deutschen Handwerks hat Prämissen und kann entscheiden, wer einen Handwerksbetrieb eröffnen kann und wer nicht. Aber durch das Gesetz, das damals noch der Herr Minister Möllemann erlassen hat, daß auch die volkseigenen Meister adäquat wie ein Handwerksmeister behandelt werden können, war natürlich ein Reservoir gegeben, in deren Folge Handwerksbetriebe praktisch wie Pilze aus dem Boden schossen.

Auch die drohende Arbeitslosigkeit war häufig ein Grund zur Selbständigkeit und Existenzgründung. Alte Seilschaften existierten sicherlich in den Anfangszeiten 1990/91. Mir ist zumindest im handwerklichen Bereich nicht bekannt, daß man mit alten Seilschaften zu kämpfen hat. Ich kann dies aber wirklich nur aus meiner Sicht sagen. Sie müssen auch davon ausgehen, Handwerksbetriebe sind nicht in diesen Größenordnungen strukturiert, sie sind sehr flexibel und sie arbeiten doch sehr selbständig und müssen tagtäglich kämpfen. Ich möchte den Begriff „Seilschaften“ mal unpolitisch ausdrücken. Außerdem ist es auch kein schlechter Begriff, eine Seilschaft im Gebirge ist immer etwas Gutes, hat man mir mal im Sächsischen Landtag gesagt.

Zur Frage der sogenannten Einheitsabzocker und ihrer Bestrafung. Dazu kann ich wenig sagen. Vielfach ist es ja so gewesen, daß das „Abzocken“ eine individuelle Tätigkeit gewesen ist, und viele Handwerksbetriebe oder kleine oder

mittlere Unternehmen natürlich dort in etwas hineingestürzt worden sind, was sie am Anfang gar nicht übersehen konnten. Heute ist dieses Thema nicht mehr das Thema. Das Selbstbewußtsein unserer ostdeutschen Mittelständler hat immer existiert bzw. ist schnell gewachsen, so daß sie sehr schnell unterscheiden konnten, ob es sich hier um Abzocker handelt oder nicht. Und bedenken Sie einmal bitte, ich sage das immer aus einer ganz anderen Sicht, wir haben ja einen Riesenvorteil als Ostdeutsche, wir mußten 1990 vollkommen umdenken, d. h. also wir haben die alten Strukturen ja praktisch gar nicht gekannt in den alten Bundesländern. Wir mußten sie über „Bord werfen“ und sehen natürlich alles viel kritischer als mancher Altbundesdeutsche. Und demzufolge haben wir natürlich sehr schnell unterscheiden gelernt, wer will etwas von uns und wer will uns über den Tisch ziehen. Damit will ich nicht sagen, daß das heute nicht mehr vorkommt, aber in der Phase, wie das vielleicht 1990/91 gewesen ist, bin ich überzeugt, ist das heute kein Thema mehr.

ABM macht mir momentan viel größere Probleme, und dazu möchte ich noch einige Worte sagen. Wir müssen sehr stark unterscheiden zwischen sozial gefährdeten Menschen, die also ein gewisses Alter erreicht haben, weil wir wissen, daß wir sie eigentlich leider nicht mehr in die Wirtschaft integrieren können. Ich habe das in meinem eigenen Betrieb gesehen, daß wir selbst auch ältere Leute durchaus sehr gut einsetzen können, man muß da nur ein bißchen Einfühlungsvermögen haben. Das ist natürlich im großen Stil nicht möglich. Ich bin auch der Meinung, daß von der Seite auch sehr differenziert mit ABM gearbeitet werden kann. Nur das, was zur Zeit abläuft, hat eigentlich das Maß überschritten. Ich kann es Ihnen aus Leipziger Sicht schildern. Dort ist eine Gesellschaft zur Sanierung von Altbauten entstanden. Das sind vier Mitarbeiter und etwa 3.000 oder 4.000 ABM-Kräfte, die arbeiten mittlerweile nach der Devise, die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft kann es nicht bezahlen, d. h. weil sie es nicht bezahlen kann, machen wir es über diesen, aus dem anderen Topf finanzierten, praktisch zweiten Arbeitsmarkt. Das bedeutet unter dem Strich, daß uns im handwerklichen Bereich Aufträge weggenommen werden. Das ist auch ungesetzlich, weil das Gesetz zur Ordnung des deutschen Handwerks ein Bundesgesetz ist und im Prinzip klar festgelegt ist, wer wo arbeiten darf und was er machen darf.

Und wenn ich Ihnen das einmal an einem anderen Beispiel belegen darf, am Beispiel der Schulen. Dort haben wir es am allerbesten erlebt. Ich verstehe ja, daß die Eltern, oder daß die Kinder in ordentlichen Schulen ihr Lernbedürfnis stillen sollen. Ich habe überhaupt keine Probleme damit. Aber nur weil die kommunalen Einrichtungen kein Geld haben, werden über ABM-Maßnahmen diese Schulen renoviert. Das heißt, es werden Malerleistungen an den Schulen durchgeführt und zwar in nicht unerheblichem Stil. Wir kämpfen dagegen an, weil das wiederum Arbeitsplätze gefährdet. Unsere Maler haben auch ihre Probleme, danach fragt bloß niemand. Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel. Deshalb haben wir vorgeschlagen, eine ABM-Vergabe durchzuführen, d. h. wir ziehen ABM-Kräfte mit in den Handwerksbereich und könnten da-

durch den zweiten Arbeitsmarkt entlasten und viele Arbeitskräfte wieder in den ersten Arbeitsmarkt hineinführen.

Zur Frage Entschädigung vor Rückgabe. Ich möchte diese Frage aus einer anderen, pragmatischen Sicht beantworten. Der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung hat im investiven Bereich des Handwerks, bei der Auftragsvergabe oder Auftragsabwicklung, einiges behindert und Hemmnisse aufgebaut. In diesem Maße, insbesondere im handwerklichen Bereich, war der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung nicht die günstigste Entscheidung. Das Investitionsvorrangsgesetz kam aus verschiedenen Gründen etwas zu spät, denn damals war vielleicht ein bißchen mehr Geld da als heute.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Herren Referenten, wir sind in der uns nicht ungeläufigen Lage, daß uns die Zeit davonrennt. Rechne ich jetzt hoch, das Antwort-Fragewechselspiel, wie es bisher gelaufen ist, auf die noch anstehenden sechs Anmeldungen, dann haben wir bereits, wenn wir im Stil weiter so verfahren, müheles eine Verspätung von 50 Minuten. Mit Rücksicht auf die anderen Komplexe und die dort geladenen Referenten, sollten wir eine Verschiebung vermeiden. Deswegen bitte ich sehr herzlich, daß jetzt bei den noch folgenden Fragen und Antworten berücksichtigt wird, sich auf genau das zu konzentrieren, was durch die ausführlichen Antworten, die jetzt gegeben worden sind, noch nicht behandelt wurde. In diesem Sinne, Frau Kollegin Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Dirschka. Herr Dirschka, Leipzig/Halle, das ist ja eine ganz spezielle Region. Sie wissen ganz genau, in dieser Region wird unwahrscheinlich auch mit Bundesgeldern investiert. Ich denke da an die Großchemie etc., eigentlich das, was ja den mittelständischen Betrieben entgegenkommt. Können Sie einschätzen, inwieweit die mittelständischen Betriebe und die Handwerksbetriebe bei solchen großen Investitionen beteiligt sind? Oder besteht hier die Befürchtung, wie Sie schon einmal andeuteten, daß die Zulieferstrukturen, die Vergabestrukturen, einfach aus dem Westen übernommen werden und die Ostdeutschen dabei unberücksichtigt bleiben? Können Sie da einige genauere Ausführungen geben?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Abg. Reinhold Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich habe zwei Fragen: Zum einen zur Symbiose Industrie und Handwerk. Wenn man das sieht, und die Forscher Recht haben, die allgemein global sagen, daß die Industrie zurückgehen wird, zugunsten von Dienstleistungen, dann befürchte ich Schlimmes, weil diese Symbiose dann keine Realität werden wird.

Also in diesem Zusammenhang die Frage aus Ihrer Sicht: Was kann getan werden, um zusätzliche Arbeitsplätze aus Sicht des Mittelstandes zu schaffen? Das ist mir in der Diskussion zu kurz gekommen. Und die zweite Frage, die ich habe, die ist ganz kurz: Sehen Sie große regionale Unterschiede, hinsicht-

lich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Mittelstandes von der Grenze zum Westen bis nach Polen?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei Fragen an Herrn Dirschka. Die eine Frage hat Herr Professor Wilke eigentlich schon weitgehend gestellt. Ich wollte nur noch zusätzlich fragen: Kann ich aus Ihrer Antwort an Herrn Wilke in bezug auf die Einheitsgewinnler und Abzocker folgern, daß das heute keine psychologischen Auswirkungen mehr hat, daß also z. B. bei mittelständischen Unternehmen keine Vorbehalte mehr aus diesen negativen Erfahrungen bestehen gegenüber westdeutschen Unternehmen und der Zusammenarbeit mit diesen Unternehmen? Meine zweite Frage: Sie haben vorhin von einer wachsenden Zahl von Insolvenzen gesprochen. Können Sie das vielleicht noch ein bißchen differenzieren? In welchen Branchen gab es Insolvenzen und wie sieht es mit Neugründungen von mittelständischen Unternehmen in jüngerer Zeit aus?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Professor Dr. Paraskevopoulos. Sie sind ja der „klassische“ Marktwirtschaftler und uns ist ja allen nicht entgangen, daß mit der Wende, mit diesem brutalen Umbruch auch dramatische Marktverschiebungen einhergegangen sind. Es ist ja so gewesen, daß die Volkswirtschaft Bundesrepublik (alt) ad hoc die neuen Bundesländer komplett im Konsumgüter- und im Investitionsgüterbereich hätte versorgen können. Gibt es statistische Unterlagen nach sechs oder sieben Jahren Transformationsprozeß, wie sich die Marktanteile in diesen Bereichen, z. B. in der Nahrungsgüterwirtschaft, in der Energiewirtschaft, Chemieindustrie, Schiffbau, Bauindustrie eindeutig definieren? Denn das halte ich für das A und O, um langfristig die ostdeutsche Wirtschaft tragfähig machen zu können.

Eine zweite Frage an den Präsidenten der Handwerkskammer zu Leipzig, Herrn Joachim Dirschka. Sie haben von der Eigenkapital- und Risikokapitalausstattung der KMU-Betriebe in den neuen Bundesländern gesprochen. Es ist auch meine Meinung, daß hier etwas getan werden muß. Mit dem neuen ERP-Programm ist, glaube ich, Eigenkapitalhilfe und Risikokapital eingebaut und soll speziell gefördert werden. Sind die Firmen denn auch in der Lage den entsprechenden Kapitaldienst zu tragen oder sind sie vielleicht schon so überschuldet, daß Hilfe zu spät kommt? Und welche Instrumente würden Sie sich wünschen, von der Politik, aber auch von der Wissenschaft, Markteingangsmöglichkeiten zu verstärken, im PR-Bereich, in der Gestaltung, überhaupt bezüglich der Firmenphilosophie?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Zwei Fragen an beide Referenten. Herr Professor Dr. Paraskevopoulos, Sie sprachen von der durch den Sozia-

lismus hervorgerufenen systembedingten Rückständigkeit in Beziehung auf die Mittelständler. Wie lange wird das dauern, bis es vergleichbare Strukturen gibt, wenn es Sie geben kann, und was könnte man realistisch noch zusätzlich tun, um diese zu fördern und zu beschleunigen? Die zweite Frage: Die öffentliche Hand gibt erhebliche Mittel oder Vergünstigungen für die Mittelstandsförderung aus. Was denken Sie beide über die These, daß es eine Gewinnbeteiligung für die öffentliche Hand geben sollte, wenn diese gegenwärtig unterstützten Mittelstandsbetriebe zukünftig Gewinne erwirtschaften?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dr Moreau bitte.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Eine Frage an Herrn Dirschka. Ich weiß, daß Sie kein Politiker sind, aber trotzdem folgende Frage: Die PDS hat seit zwei Jahren eine Struktur gegründet, eine Mittelstands-, Handwerker- und Freiberuflerorganisation, die sich OWUS nennt. Ein Landesverband Sachsen existiert. Wenn man die spärlichen Daten über diese Organisation analysiert, entdeckt man bei den Biographien der Mitglieder Hinweise auf den Unternehmertyp „erzwungene Freiberufler“ und Handwerker. Meine Frage: Wie aktiv oder einflußreich ist diese PDS-Organisation bzw. indirekt die PDS bei der Gruppe der Handwerker und mittelständischen Betriebe, insbesondere der Handwerker bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Dirschka bitte.

Joachim Dirschka: Ich muß einmal sagen, daß die Akustik hier in dem Raum sehr schlecht ist, und man hier oben manchmal gar nicht so richtig alles verständlich mitbekommt. Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, geht es um den Einfluß der PDS auf den Mittelstand.

Also, ich kenne diese PDS-Vereinigung leider nicht, deshalb kann ich dazu wenig sagen. Ich habe nur immer das Gefühl, jeder entdeckt gegenwärtig sein Herz für den Mittelstand. Das ist eigentlich ein Problem. Wir haben nun mittlerweile schon so viele Organisationen des Mittelstandes. Ich glaube, es gibt aus dem Mittelstand heraus genügend praktische Möglichkeiten, mit eigentlich sehr objektiven Institutionen zu arbeiten. Wir haben die Unternehmerverbände, wir haben die Kammern etc., die für den Mittelstand unterstützend wirken. Ich denke, wir können den Mittelstand also schon sehr gut selber betreuen. Zu viele Organisationen, wenn Sie mir das einmal aus meiner Sicht gestatten, verwirren nur und bringen eigentlich in der Sache nichts Gutes.

Ich möchte vielleicht der Reihe nach die gestellten Fragen ganz kurz abhandeln. Man muß im Prinzip unterscheiden, Frau Kurzhals, was kann sich ein Mittelständler zutrauen oder nicht zutrauen. Wenn ich das Kraftwerk Dippendorf beispielsweise sehe, dort gibt es also mehrere 100 Milliarden Mark. Wenn ich dazu 100 Einzellose habe, und dann teile ich die mal durch die Summe, dann bleibt für den Mittelstand nichts übrig, oder der Mittelstand kann sich auf dieser Grundlage eine Beteiligung gar nicht leisten. Wir haben das bei der Messe in Leipzig ganz eindeutig gesehen, man kann doch Lose nicht allzusehr

zerkleinern. Ich glaube, es gibt genügend andere Möglichkeiten, um dort tätig zu sein. Ich bin selber in dem Vergabeausschuß dieser Region, und wir achten schon darauf, daß die adäquaten Lose auch in dem Mittelstand bleiben. Da ist in der letzten Zeit sehr viel getan worden. Wir haben also ständig die Zahlen aus Leipzig, und wissen praktisch, wie viele Aufträge in der eigenen Region geblieben sind. Und wenn ich das als Präsident der Handwerkskammer mal sage: Wir bauen für 80 Mio. ein Berufs- und Bildungszentrum, was wir als hoheitliche Aufgabe durchführen. Abg. Professor Ortleb hat damals noch den ersten Spatenstich als Minister mitgemacht, und ich muß Ihnen sagen, dort ist alles 90 % im Bereich der Regionen geblieben, der Regionen Sachsen und auch angrenzend Thüringen. Also, wir achten da schon darauf, auch bei den anderen Aufträgen. Nur, man muß es wirklich in der Tat auch mal von der Größe betrachten. Für einen Mittelständler ist ein Einzellos von 10 Mio. DM schon fast eine Nummer zu groß.

Zur Frage der Symbiose von Industrie und Handwerk: Es ist richtig, wir werden uns mit der Frage beschäftigen müssen, daß die Industrie nicht mehr diesen Stellenwert bekommt, den sie in der Vergangenheit hatte. Was wir brauchen, sind neue Berufe und zwar zeitgemäße Berufe, die sich im Endeffekt wieder dem anschließen, wie sich die moderne Zeit momentan entwickelt. Ich denke nur an den ganzen Bereich Medien, in dem ja noch unerschlossene Gebiete sind. Also hier werden wir auf alle Fälle mehr auf den Dienstleistungsbereich übergehen müssen. Und natürlich wird der Zulieferbereich immer noch seine Rolle spielen, aber er wird nicht mehr die dominante Rolle spielen, wie er es vielleicht noch vor einigen Jahren gewesen ist.

Zur Frage der Insolvenzen im Mittelstand: Wir haben momentan Insolvenzen, die sind, vielleicht ist das ein bißchen verwunderlich, sie sind vom Grundsatz, wenn ich sie ins prozentuale Verhältnis zu bestehenden Betrieben setze, noch unbedeutend. Es wird immer Insolvenzen geben. Wir haben auch jetzt in unserer letzten Herbstkonjunkturanalyse im Bezirk Leipzig immer noch per Saldo ein Plus von 150 bzw. 160 Betrieben. Das heißt also, wir haben dennoch eine ansteigende Zahl von Betrieben. Und eigenartigerweise, das mag vielleicht jetzt als Widerspruch klingen, aber es ist eine Tatsache im Baubereich, wir haben immer noch den höchsten Zuwachs im Bau- und Ausbaugewerbe und gleichzeitig dort die größten Insolvenzen. Also, das hat es immer gegeben, habe ich mir sagen lassen, das ist das Wechselspiel des Marktes.

Zur Frage der Förderung von Eigenkapital und Risikokapital: Zunächst bringt es überhaupt nichts, und wir haben das sehr oft in Leipzig praktiziert, wenn man versucht, „fußkranke“ oder schon „scheintote“ Betriebe zu erhalten. Das ist Unsinn. Es gibt ja genügend Instrumente. Ich denke an Maßnahmen der Bürgschaftsbank, der Sächsischen Aufbaubank etc. die Konsolidierungskredite vergeben haben. Auch wir haben mit zinsgünstigen Krediten helfen können.

Zum Risikokapital: Es ist natürlich auch für einen Handwerksbetrieb schwierig, jemanden zu beteiligen, z. B. als einen „stillen Teilhaber“. Da haben wir schon unsere Probleme. Das wird sich vielleicht einmal ändern. Die jungen

Handwerker sind da wesentlich offener und flexibler als die älteren Handwerker. Bei den älteren Handwerkern ist es sehr schwierig. Sie achten auf ihre alten Familientraditionen etc. Ich würde vielmehr sagen, es gibt ein paar Methoden, um Risikokapital zu beschaffen, und die gebe ich gerne mal an die zuständigen Politiker weiter. Sehen Sie, alleine das Thema Mehrwertsteuer. Wir finanzieren den Staat als Unternehmen praktisch mit einem zinslosen Kredit vor. Selbst wenn ich nur die Vorsteuer rechne, und selbst wenn der Betrieb Zahlungsausfälle hat, habe ich die Mehrwertsteuer abzuführen. Ich bekomme sie aber erst dann zurück, wenn die Gesamtvollstreckung vollzogen worden ist. Wissen Sie, was das für die Liquidität bedeutet? Wir sind ja froh, daß wir die Grenze beim Umsatz auf eine Mio. DM gesetzt haben. Das ist trotzdem ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier sollte man was machen. Das ist echte Liquidität, die uns fehlt.

Wir haben das Bürgerliche Gesetzbuch mit allen seinen Vor- und Nachteilen. Natürlich steht da alles drin, auch was die Frage der Zahlungsfristen anbetrifft. Das BGB feiert dieses Jahr seinen 100jährigen Geburtstag. Damals waren die Bedingungen ganz andere, da zählten noch Worte wie Treue und Glauben. Da müssen Sie mir mal heute zeigen, wo es das noch gibt. Damals ist man von zwei gleichstarken Partnern ausgegangen. Die gibt es heute nicht mehr. Heute gibt es einen starken und einen schwachen Partner, und der starke Partner diktiert das, was der schwache Partner zu machen hat. Deswegen fordern wir, daß der Staat eine schützende Hand auf den mittelständischen Unternehmen hält. Auf dem Gebiet der Zahlungswilligkeit muß man mit hohen Strafzinsen versuchen, das Geld wieder reinzubekommen. Wenn ich nämlich nur die Verzugszinsen rechne, die ja im Schnitt im Osten bei 10,5 % liegen, d. h. also Kontokorrent, dann brauche ich Ihnen nicht zu erklären, wieviel dort an Liquidität verloren geht.

Einige Bemerkungen noch zum Problem der Öffentliche Hand. Ich bin der Meinung, Herr Vorsitzender, daß die Öffentliche Hand sich Gedanken machen muß, wie sie in der Zukunft – auch bei leeren öffentlichen Kassen – auch weiterhin öffentliche Aufträge zu vergeben hat. Ich bin ein Verfechter des Leasingmodells, dort wird Fremdkapital zur Verfügung gestellt. Man sollte darüber nachdenken, um alte Strukturen aufzuweichen und neue Strukturen einzuführen; denn Leasingmodelle würden u.U. gerade im Bauleasing auch die Aufträge schaffen, möglicherweise sogar erhöhen. Ohne neue Modelle und Alternativen könnten wir langfristig in große Schwierigkeiten geraten.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Professor Dr. Paraskewopoulos bitte.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos: Sie haben Recht, wenn Sie sagen, der Ordnungswandel hat dazu geführt, daß die gesamten ökonomischen Strukturen der ehemaligen DDR total entwertet wurden. Durch die Abkoppelung des mittelständischen Raumes von der Welt, sozusagen von der offenen Marktwirtschaft, sind die Strukturen, einschließlich des Humankapitals, in vielen Punkten entwertet worden. Den Strukturbruch gab es auch vorher, denn das

Sach- und Humankapital und die Strukturen der ehemaligen DDR waren nicht an Marktbedingungen orientiert. Die Strukturen der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR müssen jetzt an die Strukturen der sozialen Marktwirtschaft herangeführt werden. Das ist schmerzhaft, jeder Strukturwandel, jeder Strukturbruch ist schmerzhaft. Schumpeter spricht in marktwirtschaftlichen Entwicklungen von „schöpferischen Zerstörungen“. Dieses Mal mußte die Zerstörung fast total sein. Das sind die Opportunitätskosten des marktwirtschaftlichen Systems oder der Einführung des marktwirtschaftlichen Systems. Wie lange kann ein solcher Umbruchprozeß dauern? Als Wissenschaftler wäre ich ein Prophet, wenn ich eine solche Prognose abgeben würde. Es gibt bedingte und unbedingte Prognosen. Eine bedingte Prognose ist, wenn ich unter bestimmten Voraussetzungen sage, es wird dies oder jenes eintreten.

Es sind neue Strukturen, neue Entwicklungen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor zu verzeichnen. Wenn ich alle Zahlen summiere, ergeben sie bis Ende 1994 ein Plussaldo von 663.000 Betrieben, davon 75 % im Mittelstand, d. h. ungefähr 500.000 Mittelstandsbetriebe. Diese Zahlen stimmen mich optimistisch, da die Entwicklung nicht so negativ ist, wie sie oft präsentiert wird. Was kann man nun politisch machen? Man hat bereits politisch sehr viel getan, wenn Sie Unternehmer befragen und sich die Ergebnisse des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn ansehen. In der ersten Zeit waren es die fehlenden Infrastruktureinrichtungen, die die Unternehmer immer als Problem angesehen haben. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Verwaltungen und die Erschließung von Gewerberäumen. Wenn man sich gegenwärtig, 1995/96, die Probleme ansieht, lauten sie: Zahlungsmoral der Kunden, Konkurrenzsituation, Nachfrageentwicklung, Preisfindung. Das sind alles marktwirtschaftliche Elemente. Das sind alles Probleme, die eine Marktwirtschaft mit sich bringt. Patentrezepte gibt es diesbezüglich nicht. Die Entwicklungen kann keiner prognostizieren. Aber wenn man international vergleicht, und wenn man sich die Entwicklung der ehemaligen osteuropäischen Staaten ansieht, stehen die neuen Bundesländer ökonomisch gar nicht so schlecht da. Es wird immer gesagt, die Bundesrepublik Deutschland habe zuviel Geld investiert, über 700 Milliarden DM sind vom Westen in den Osten geflossen. Das ist sicherlich richtig. Insgesamt wurde in den neuen Bundesländern die ökonomische Situation enorm verbessert, indem mehr Infrastruktur etc. geschaffen wurde, und der soziale Frieden in Deutschland damit aufrecht erhalten wurde. Diese Ergebnisse darf man nicht unterschätzen. Selbst wenn Sie sich Tschechien ansehen, ein Land, das vergleichbar ist, es liegt wahrscheinlich noch 30 Jahre hinter der ehemaligen DDR zurück. So sind die Prognosen. Soviel zu Ihrer Frage, was die Politik machen kann. Im Zentrum sollten Anpassung und Hilfen stehen, aber nicht Konservierungs- und Erhaltungshilfe. Das ist für meine Begriffe aus marktwirtschaftlicher Sicht zu sagen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dankeschön. Herr Vorsitzender bitte.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Kollege Ortleb. Meine herzliche Bitte wäre, daß wir unsere Pause, die auf 30 Minuten angesetzt war, um 5 Minuten verkürzen, um bereits um 12.40 Uhr wieder beginnen zu können.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer zweiten Runde. Nachdem wir im ersten Teil vor allem Übersichtsvorträge zu dem Thema Mittelstand gehört haben, geht es jetzt um Erfahrungsberichte und ganz konkrete Beispiele. Jeder Fall, den wir hören, der wird natürlich für sich stehen, aber ich meine, daß der unmittelbare Problem- und Basiskontakt für uns auch in der Enquete-Kommission ganz besonders wichtig ist.

In der Überschrift der öffentlichen Anhörung steht „Erfahrungsberichte mittelständischer Unternehmen“. Unternehmen waren in der DDR vor allem volkseigene Betriebe, Kombinate und Genossenschaften im Bereich des Handels und des Handwerks, natürlich auch das Ministerium für Außenhandel und im bürgernahen Bereich die Handelsorganisation (HO) und der Konsum. Wir sind uns klar, daß ein wesentliches Kennzeichen der ökonomischen Schwäche und eine Ursache des Zusammenbruchs damals in der DDR die fehlende Weltmarktorientierung und der Technologierückstand war. Als Dresdner empfinde ich erhebliche Schmerzen und Bedauern, wenn ich an große Betriebe wie z. B. Pentagon denke. Uns wurde gesagt, die Politik habe die Betriebe platt gemacht. Das trifft aus meiner Sicht nicht den Punkt.

Beispiel Kameraproduktion: Wir haben Kameras in Handelsketten im Westen für 250 DM verkauft, die bei uns 1.500 Mark gekostet haben. Die schlagartige Umstellung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion hat eben bedeutet, daß bei nahezu westlichen Gehältern Produkte hergestellt werden, die abatzfähig sein sollten zu einem Preis um 250 Mark. Das konnte so nicht aufgehen. Wir wissen alle, vor allem diejenigen, die in der Industrie und in der Wirtschaft tätig waren, was das für Auswirkungen hatte. Der hohe Anteil von Grundfertigung in der Produktion war an vielen Stellen auch die Ursache für die aufgetretenen Probleme.

Der Mittelstand stellt für uns den neuen Hoffnungsträger dar. Wir wissen um die Probleme, die einerseits dadurch entstanden, daß ein Erfahrungsabbruch über längere Zeit eintrat, und andererseits zu schnell westliche Konkurrenz auftrat. Daß es nicht immer seriöse Partner gab, haben wir heute bereits gehört. Wir wissen, daß die Kapitaldecke für Betriebe zu dünn ist, die Zahlungsfristen oft nicht vertretbar gestaltet sind oder nicht eingehalten werden. Trotzdem, auch das haben wir heute vormittag gehört, ist der Mittelstand zunehmend funktionsfähig, Hoffnungsträger, und ich sage das jetzt auch aus dem Blickwinkel eines Abgeordneten, der im Ausschuß Bildung und Wissenschaft ist: Der Mittelstand, das Handwerk ist erforderlich und funktionsfähig für die Bereitstellung von Lehrstellen. Ohne diese Partner sähe es auf dem Markt des dualen Bildungssystems noch sehr viel schlechter aus.

Wir haben unter den Erfahrungsberichten hier einige Partner aus der Wirtschaft, denen wir für ihre Teilnahme danken. Vorgesehen ist, daß die einzelnen mit ihren persönlichen Berichten beginnen und wir dann in der Diskussion die Möglichkeit haben, vertiefend oder grundsätzlich zu fragen. In diesem Sinne schlage ich vor, daß Herr Fischer, den ich als ersten herzlich begrüßen möchte, beginnt und uns seinen Erfahrungsbericht liefert.

Martin Fischer: Ich bin ein Handwerksmeister aus der ehemaligen DDR, noch dazu ein selbständiger, der so alt ist wie seine Republik war. Ich hatte in meinem 20-jährigen Betriebsüberlebenstraining mehr Schweiß sein müssen als Handwerker.

Als 10-jähriger war das erste Treffen mit zwei Herren im schwarzen Ledermantel, und einen an Kreislaufschwäche in der Backstube liegender Vater. Nach dem Spießrutenlauf als einziger männlicher Konfirmand in einem christlichen Quartett, wurde mir der Besuch der Oberschule verweigert, da nur die Besten für die sozialistische Landwirtschaft und nicht für das Handwerk zum Abitur delegiert wurden.

Nach dem Abitur an der Abendschule natürlich, auf dem zweiten Bildungsweg und dem zeitgleich abgelegtem Facharbeiterbrief mit Fachschulreife weder ein Studium an der TU-Dresden noch ein Fachschulstudium an der Fachschule für Back- und Süßwarentechnik in Dippoldiswalde „frei war“ – 18 Monate NVA-Wehrdienst.

Als Stammpersonal in einem Unteroffiziersausbildungsregiment, zuständig als Stabsfahrer, Stiefelauszieher für seinen Regimentskommandeur, Benzinabrechner für russische Fahrzeuge, Kellner im Offizierskasino, aber auch intensiver Leser des eigenen Wehrstambuches, als ordentlicher Gefreiter entlassen, und trotzdem kein Studienplatz „frei“.

Mitglied einer Partei geworden, zu deren Gründungsmitglied in Sachsen-Anhalt der Onkel zählte, durch den ich nach einem Urteilspruch von 25 Jahren Bautzen den sozialistischen Staatsfrust zu spüren bekam und gerade deshalb unmusikalische Blockflöte wurde. Vorsitzender einer Ortsgruppe, die zahlenmäßig die mächtigste Partei im Heimatort war, obwohl meine Vorgänger in dieser Partei Familienbetriebe enteignet und sie selbst kriminalisiert wurden.

Den seit 1870 in Förderstedt bestehenden Handwerksbetrieb zweimal vor einer Sozialisierung (PGH) gerettet, aber auch unter aktiver Mithilfe der örtlichen und kreislichen CDU-Freunde, aber auch wegen meiner dreisten Art im Umgang mit staatlichen Stellen.

Der 1. Versuch: Die letzten privaten Industriebetriebe wurden in den 70er Jahren enteignet, für den Kreis Staßfurt sollte außerdem eine Bäcker-PGH gegründet werden. Mit mir wurde persönlich gesprochen. Dem Kreisvorsitzenden der CDU, auch ein Bäckermeister, teilte ich die Existenz von Dokumenten mit, die den 1. Stellvertreter des Rates des Kreises Staßfurt und Vorsitzender der Abt. Inneres schwer belasteten und deren Herausgabe die Stasi 1956

schlagkräftig von meinem Vater erhalten wollte. Der verdiente Genosse war Bäckerlehrling im elterlichen Betrieb, aber auch Gestapospitzel. Mit dem 1. Versuch sind wir glimpflich davongekommen.

2. Versuch: Die Versorgungssituation mit Backwaren spitzte sich ab 1978/79 in unserem Kreis weiter zu. Wieder sollte ein leistungsstarker Backbetrieb aufgebaut werden – eine PGH wäre die kostengünstigste Variante gewesen. Der Staat sparte, gerade was Backwaren anbelangte, an Investitionen. Die Preise sind Ihnen ja noch bekannt. Mein Grundstück und meine Ausbildung waren für die damalige Leiterin der Abt. ÖVW des Rates des Kreises Staßfurt, eine gelernte Traktoristin, die Lösung. Aber mit Überreichung meines Personalausweises der DDR unter Hinweis auf die neuen Regelungen zur Familienzusammenführung DDR-BRD, meine Frau und meine mit ihr „gezeugten Nichtstaatsbürger der DDR“, sie befanden sich z.Zt. nicht unter staatlichem Zugriff, schlug auch dieser Versuch fehl.

Für diese Frechheiten bezahlte ich dann bis 1989, da erhielt ich meine erste „besuchswise Ausreise in die BRD“, zum 75. Geburtstag des Onkels, der nach seiner Haftentlassung aus der gelben Hölle in Freiburg/im Breisgau lebt.

Genehmigt mit Auflagen: Der Betrieb durfte nicht geschlossen werden, die Aufenthaltsgenehmigung meiner Frau wurde zwecks „Überarbeitung“ eingezogen – trotzdem Fahrt mit dem noch minderjährigen Sohn, der als Bürger der Republik Polen Reisefreiheit für alle Länder besaß, und auch in meinem Personalausweis verzeichnet war. Der Zug hatte zwei Stunden Verspätung, aber wir durften reisen.

Als ständiger Nutzer eines Telefons „Variant II“ mußte ich zwangsläufig Gehörschäden davontragen und nicht auf alles hören was der Staat, bzw. die Partei sagte.

Wie ich eingangs schon sagte, man mußte mehr Schwejk sein als Handwerker.

Die sieben mageren Jahre nach der Einheit neigen sich wohl auch dem Ende entgegen – jetzt müssen die fetten Jahre folgen, das zweite deutsche Wirtschaftswunder muß durchstarten, sozialer Unfrieden zieht auf.

Die ewig Gestrigen liegen immer noch bzw. schon wieder auf der Lauer. Der braune wie auch der rote Faschismus waren für das deutsche Handwerk in unserer Region eine 57-jährige Geisel, und für einen Handwerksbetrieb, der seit 1870 besteht, ein ständiges Wechselbad der Gefühle.

Die gesamtdeutsche Demokratie, getragen von CDU/CSU, F.D.P., SPD und den Grünen, steht in der nationalen Pflicht, der Wirtschaft in den neuen Ländern Rahmenbedingungen zu schaffen, die unsere Fachverbände seit der Stunde Null fordern. Jedes ihrer parteipolitischen Scharmützel im Bundestag dient leider nur ihrer Selbstdarstellung, aber nicht der Gesundung der Wirtschaft. Besonders trifft es die, die mit ihren Arbeitsplätzen nicht ins Ausland abwandern können.

Parteifreund und Bundesminister Norbert Blüm kann sich persönlich in jedem Handwerksbetrieb überzeugen, wie kräftig wir täglich in die Hände spucken. Die Eckdaten der Ära Ludwig Ehrhards stehen ihm zur Verfügung.

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft – mehr nicht, den Sozialismus hatten wir!

Den Elan der ersten zwei Jahre haben wir DDR-Handwerker geschöpft aus dem Wegfall staatlicher Mangelwirtschaft und Repressalien, die wir, der Restkapitalismus in der DDR, demütig zu ertragen hatten. Bedenken Sie bitte, die DDR ist auch zugrunde gegangen, nachdem das private Handwerk und die mittelständischen Betriebe mit preußischer Gründlichkeit von einem Saarländer fast endgültig vernichtet wurden. Alle demokratischen Parteien des Bundestages sind in Kürze gefordert, wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse zu fassen, um den weiteren Aufbau und den sich festigenden Erfolg des Handwerks und der mittelständischen Betriebe auf Dauer zu garantieren.

100.000 Gesetze und Einzelschriften sind eine zu große Last für eine Volkswirtschaft, d. h. Reformen und Ausforstung der Regelungsdichte müßten Priorität haben. Die Bürokratiekostenbelastung ist zu einem unerträglichen Kostenfaktor für unsere Betriebe geworden.

Gerade wir Handwerker sind durch administrative Aufgaben in doppelter Hinsicht bestraft, gegenüber der Industrie unterscheiden wir uns nur im Zahlenwert, und nicht im Zeitaufwand.

Trotz aller Rationalisierung benötige ich für meinen Betrieb mit jetzt 35 Beschäftigten ca. 60 Stunden pro Mitarbeiter im Jahr für die Erfüllung aller bürokratischen Anforderungen.

Das Bäckerhandwerk vereint Handel und Handwerk, durchschnittlich liegt die finanzielle Belastung für einen Arbeitsplatz zwischen 7.000 und 10.000 DM.

Diese administrationsbedingten Belastungen des Handwerks sind ein großes Hemmnis für die Konsolidierung unserer Betriebe. Daneben verlieren wir an Lebensqualität wegen der enormen Zeitbindung für die Bürokratie. Das Handwerk kann weitere Arbeitsplätze schaffen, aber sie müssen bezahlbar sein. Durch Vereinfachung des Fördermittelschulgels könnten wir durch Eigeninitiative an diese Programme gelangen, ohne die teure Hilfe eines Unternehmensberaters nutzen zu müssen.

Meine Forderung an die Politik: Vereinfachung der Steuergesetze!

Meinen Betrieb mit zwölf VBE habe ich zu DDR-Zeiten auch ohne Steuerbüro geführt. Heute zahle ich horrenden Beträge für das boomende Steuergewerbe, und ich muß feststellen: Durchblick hat keiner, Steuerrecht muß erstritten werden, wieder mit Kosten.

Stop dem Kostenwucherer Berufsgenossenschaften!

Muß ein Professor in einem Handwerksbetrieb kontrollieren? Geht es nicht ein bißchen preiswerter? Vor 1990 zahlten wir 0,9 % von der Bruttolohnsumme, aber da kostete der Krankentransport auch nicht 750 DM für fünf km! Berufskrankheiten wird es immer geben, nur der aufgeblähte Verwaltungsapparat, unsere Berufsgenossenschaft, müßte zuerst zur Kur!

Drosselung aller finanziell überzogenen Sozialleistungen!

Reduzierung von Überlohnung bei ABM, wie auch im Arbeitslosenbereich. Gerade hier zeigt sich, was 40 Jahre Gewerkschaftslobbyismus im Bundestag für eine unbezahlbare Belastung für das Handwerk aufgebaut hat. Handwerk und Mittelstand können diesem Machtpotential quer durch alle Parteien, schon aus zeitlichen Gründen, nichts entgegenen.

Unser täglich Brot muß bezahlbar bleiben. Energie-, Wasser- und Abwasserkosten dürfen unsere Produkte nicht noch durch eine neue Energiesteuer verteuern. Im Preisvergleich mit den alten Bundesländern liegen unsere Produkte bei 70 % gegenüber einem Kostenfaktor von 110 %, deshalb können nur sinnvolle Tarifabschlüsse für das neue Jahr für uns bindend gemacht werden.

Reindustrialisierung und Erhalt traditioneller Industriebetriebe sowie ein breitgefächelter Mittelstand in den neuen Ländern sind für den Erfolg des Handwerks wichtigstes Fördermittel. Wo Geld erarbeitet wird, wird es auch ausgegeben. Ein aktives Berufsleben, mit vielen Überstunden, zwingen vor Ort einzukaufen. Geschenktes für Nichtarbeit plus viel Freizeit exportiert die Kaufkraft in die angrenzenden alten Bundesländer. Das neue Ladenschlußgesetz intensiviert diesen Kaufkraftexport noch.

Unsere Städte und ihre Einzelhändler brauchen jeden Kunden, die Verödung der Innenstädte und der ländlichen Gebiete durch die Verlagerung der Verkaufsflächen auf die „grüne Wiese“, sind jetzt schon zu einem ernsten Problem geworden. Das potenzierte Mißverhältnis von Einkaufszentren vor den Städten, hat den Wettbewerb gegenüber den innerstädtischen Anbietern, tödlich verzerrt. Der Verdrängungswettbewerb ist zu Ungunsten der Innenstädte entschieden. Diese hochgeförderte Kurzsichtigkeit hat auf Dauer Arbeitsplätze vernichtet und der Verfall der Innenstädte bleibt ein Problem der Kommunen. Großfilialisten und Ketten verdrängen zunehmend junge Einzelhändler, ob Bäcker, Uhrmacher oder Reinigungsbetrieb. Preisdumping der Ketten können die eigenkapitalschwachen Einzelunternehmen schwer begegnen. Der finanzschwache Kunde Ost kauft lieber billig und viel, als teure Qualität.

Meinen Respekt den Abgeordneten des Magdeburger Landtages, die versucht haben, einem Ministerpräsidenten etwas abzuwählen, was er nicht besitzt – Vertrauen. Als Handwerker vertrauen uns die Kunden – und das läßt hoffen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, Herr Fischer, für Ihren sehr persönlichen Bericht, aus der Sicht des Bäckerhandwerks. Ich bitte nun Frau Lotzmann, die einen mittelständischen Betrieb

vertritt und Geschäftsführerin einer Bekleidungs-GmbH ist, mit ihrem Bericht zu beginnen.

Martina-Elvira Lotzmann: Ich habe den Erfahrungsbericht zu Papier bringen wollen, das ist mir ganz schlecht gelungen. Ich habe ihn trotzdem abgegeben. Ich denke aber, daß es wichtiger ist, daß ich Ihnen einfach frei von der Leber weg erzähle, was ich so in den letzten sieben Jahren als Unternehmer erlebt habe, und komme damit sicherlich auf den einen oder anderen Schwerpunkt zu sprechen, der heute früh schon angesprochen worden ist.

Zunächst vielleicht so viel: Ich bin in den letzten sieben Jahren vom Händler zum Produzenten geworden. Nachdem ich mich also zunächst mit Groß- und Außenhandel befaßt habe und mit Bekleidung nach Osteuropa gehandelt habe, wollte ich das, womit ich handele auch selbst produzieren. Deshalb habe ich zum einen einen Handelsbetrieb über Management-Buy-Out von der Treuhandanstalt gekauft, und habe später zusätzlich eine Fabrik in Leipzig erworben, wo ich den Nachteil hatte, weil ich wie ein fremder Investor war, und nicht wußte was ich kaufe, sondern einfach gekauft habe. Wie wir das alle gemacht oder auch nicht gemacht haben. Ich selbst habe die persönliche Verantwortung übernommen, dabei hatte ich weder Kapital noch Garantien und Bürgschaften. Ich wurde Nutznießer von Existenzgründungsunterstützungen, die die Bundesregierung geschaffen hatte, die ich natürlich auch genutzt habe. Ich habe davon partizipiert, daß ich im Prinzip den vorhandenen Behördenaufbau genutzt habe, die schon existierenden Strukturen und auch Gesetze, die mir zwar mit dem Neueinstieg in das große Deutschland fremd waren, aber letztlich waren sie schon da. Wenn ich heute z. B. in Usbekistan bin und dort vor Unternehmern über die Privatisierung meiner Unternehmen spreche, dann sagen die als allererstes zu mir, das kann ja alles ganz schwierig sein und viel auch übergestülpt sein, aber ihr habt wenigsten Strukturen und Regelungen. Wir haben überhaupt gar keine Regelungen in Usbekistan, und deshalb ist es für uns um so schwieriger. Und ich glaube genau da ist der Punkt, daß wir in Deutschland – trotz aller Schwierigkeiten – funktionierende Strukturen und Gesetze als Basis gehabt haben, auf der wir unsere Unternehmen aufbauen konnten. Ich darf auch nicht verschweigen, daß ich sicherlich einer der Fälle bin, die nicht unbedingt über die BvS oder früher über die Treuhandanstalt schimpfen muß, weil ich eigentlich, wenn ich zunächst auch erst einmal zweieinhalb Jahre umsonst versucht habe, das erste Unternehmen zu privatisieren, und das, gemeinsam mit einem westdeutschen Unternehmen, gescheitert ist. Ich habe versucht, ein Treuhandunternehmen zu sanieren, das hat die BvS respektiert und hat versucht, mir vernünftige Kaufkonditionen einzuräumen. Das war mein Start als Unternehmerin mit vielen Hemmnissen, aber auch Erfolgen.

Heute früh wurde davon gesprochen, daß wir also im Prinzip dieses Unternehmertum, daß wir den Mittelstand und flexible Unternehmen dringend brauchen. Es gibt eine Menge an Ostdeutschen, die 1990/91 richtig hungrig darauf waren, Unternehmer zu sein. Ich war schon vor der Wende Betriebsdirektorin. In dieser Funktion habe ich mir auch schon manches gedacht, was ich machen

wollte, doch das paßte nicht in die vorhandenen Strukturen. Die Freiheit, unternehmerisch zu beginnen, ein Unternehmen zu gründen, war eine wichtige Grundlage für viele ostdeutsche Menschen. Wer sind eigentlich die Existenzgründer?

Mit der Entscheidung, selbständig zu werden, lebe ich in dem Bewußtsein, und das ist ja eigentlich der Mittelstand, ich bin der Mittelständler, der mit Haut und Haaren für sein Vermögen haftet. Im Unterschied zu allen anderen, die irgendwo in unserem Lande irgend etwas zu sagen haben. Und wenn ich sage, ich hafte mit meinem ganzen Vermögen, dann ist das mein Vermögen und das meiner Familie. Im Moment besteht das Vermögen ja eigentlich nur aus Bankschulden. Die Bank läßt sich alles erst einmal übertragen und wenn es schief geht, stehe ich als mittelständischer Unternehmer vor dem Nichts. Wenn es gut geht, bin ich sicherlich irgendwann ein gemachter Mann oder eine gemachte Frau. Nur diese Risikoentscheidung ist natürlich eine Entscheidung, die nicht einfach mit Risiko zu bezeichnen ist. Denn wenn man sich ansieht, wie unsere Wirtschaft funktioniert, so steht der Unternehmer eigentlich im Zentrum, da alle sich absichern und auf den Unternehmer zielen, und letztlich der Unternehmer mit seiner unternehmerischen Entscheidung immer in allen Richtungen die Konsequenzen selbst tragen muß. Ob nun Gewerkschaften irgend etwas erkämpfen oder nicht, der Unternehmer muß es selbst tragen, und wenn er Mittelständler ist, der mit seinem privaten Vermögen haftet, dann ist es schon ein Thema für sich. Warum spreche ich gerade die Gewerkschaften an? Ich habe mit den beiden Unternehmen einen sehr schweren Weg hinter mich gebracht. Zunächst ging alles nur bergauf, in diesem Jahr ging alles bergab. Es gibt in Weißrußland einen Präsidenten, der heißt Lukaschenkow. Er hat fast einen Bürgerkrieg verursacht, das haben Sie alle erlebt. Ich selbst hatte einen Handelsbetrieb – unsere 100 %ige Tochterfirma – in Weißrußland angesiedelt. Wenn man nicht mehr konvertieren kann und die Gläubiger nicht mehr warten wollen, dann gibt es nur noch den Weg zur Gesamtvollstreckung. Ob man da etwas dafür kann oder nicht, spielt dabei wirklich gar keine Rolle.

In dem Bekleidungsbetrieb hatten wir 110 Leute beschäftigt. Es waren 75, als ich den Betrieb kaufte. Ich habe den Betrieb innerhalb von einem Jahr saniert, habe ihn umgebaut, habe ihn entwickelt, habe dann eine neue Kollektion, also eine Eigenkollektion entworfen, weil der Betrieb, als ich ihn kaufte, aus reiner Lohnarbeit bestand für einen einzigen westdeutschen Betrieb. Was die eigene Kollektion betrifft, habe ich mir erlaubt, Ihnen meinen Katalog mitzubringen, damit Sie zumindest eine Vorstellung haben, was wir selbst machen.

Als im Sommer diesen Jahres dieser westdeutsche Betrieb eine sehr schlechte wirtschaftliche Lage hatte, hat er ohne Vorankündigung seine Aufträge komplett storniert, weil er seine eigene Kollektion eingestampft hat, mit dem Ergebnis, daß unser Unternehmen, das gerade in dem Moment auf dem Stand war, richtig Geld zu verdienen und auch Leuten Beschäftigung zu garantieren, mußte dieser Betrieb um die Hälfte schrumpfen. Ich stand vor der Frage, wenn ich 90 % Kapazitätsausfall habe, kann ich dann überhaupt weiterleben oder

muß ich dann nicht diesen Betrieb schließen? Ich habe mich entschieden, und das ist dieser unternehmerische Hunger, zu kämpfen, einfach dafür zu kämpfen, daß dieser Produktionsbetrieb in Leipzig erhalten bleibt, und wir unter allen Umständen neue Aufträge suchen, und natürlich mit unserer Eigenkollektion auch eine weitere Entwicklung gehen, die dann letztlich irgendwann auch den Anteil der Lohnfertigung immer mehr zurückdrängen soll, und eine Eigenfertigung im Lande bringt. In diesem Rahmen habe ich sowohl die Vorteile, als auch die Hemmnisse für die Entwicklung eines Betriebes erkennen müssen. Wenn ich heute hier sitze, die ganze Situation war im Mai diesen Jahres, dann darf ich Ihnen sagen, wir haben das Ganze überlebt und wir können heute sagen, daß wir auf einem Niveau sind, auf dem wir uns nun wieder schrittweise nach oben entwickeln können. Der Weg bis dahin ist äußerst hart gewesen und muß von zwei Seiten betrachtet werden. Nämlich, und hier schließe ich mich dem an, was Herr Dirschka vorhin sagte, wir können nicht um jeden Preis Betriebe, die möglicherweise hoch überschuldet oder einfach schon Leichen sind, wieder erneut fördern.

Ich stand ja fast vor dieser gleichen Frage. Wenn ich dann zu einer Bank oder zu den Fördereinrichtungen gehe, die es im Land Sachsen gibt, dann werden die alle sagen, definiere doch erst einmal Deine Zukunft neu. Wenn Du sie nicht neu definieren kannst, kannst Du nicht gefördert werden. Das ist eine total richtige Einstellung. Die zweite Einstellung ist aber die, auch wenn dann die Zukunft definiert werden kann, wenn das Konzept funktioniert, es ist trotzdem so, daß die Behördenwege, um Betriebe zu retten, und wir sind ein Rettungsfall gewesen, daß diese Wege äußerst langsam sind. Wenn es wirklich um Zeitnot geht, dann kann es passieren, daß durch zu langsame Behördenwege der Betrieb nicht mehr überlebt. Wir haben es überlebt, weil auch hier die Mannschaft, die hinter mir steht, im wahrsten Sinne des Wortes mitgekämpft hat. Wir haben über Monate keine Löhne zahlen können, weil wir über keine Einnahmen verfügt haben und Ausgaben notwendig waren, um den Produktionsprozeß zu erhalten. Die Mannschaft war motiviert, das hat letztendlich alle Banken vereint, um dann zu sagen, dieser Betrieb wird gefördert und er kann sich jetzt wieder „nach oben“ entwickeln. Aber die Hemmnisse selbst, die langsamen Wege zwischen den einzelnen Fördereinrichtungen, die letztlich alle erst einmal prüfen müssen, Einschätzungen geben müssen, das sind sicherlich Wege, die manchem Unternehmen dann doch den Garaus machen, bevor Fördermittel fließen. Ein weiteres Problem bildet die Zahlungsmoral, da viele Betriebe in Ostdeutschland Liquiditätsschwierigkeiten haben. Die Lieferanten, von denen wir Materialien kaufen, sagen, Du bekommst die Materialien als Vorkasse. Ich selbst verkaufe aber meine Ware an andere, die mir keine Vorkasse leisten. Damit verschärft sich die Liquiditätsschwäche und drückt vielen Unternehmen die Luft ab. Sicherlich haben alle mittelständischen Unternehmen das Problem, im Förderdschungel zurechtzukommen.

Einige Bemerkungen zum Thema Eigenkapital: Unter dem Strich, wenn es gelingt, in mittelständischen Unternehmen die Eigenkapitaldecke massiv zu stärken, dann brauchen wir auch keine anderen Fördermittel. Wenn ich heute das

Messeprogramm mache, und mich frage, auf welche Messen in der Welt gehe ich mit meiner Kollektion, um diese Kollektion in den Markt zu bringen, dann kann ich manche Messe aus Kostengründen nicht besuchen, insbesondere, wenn diese Messen nicht durch den Bund gefördert werden. Andererseits, wenn ich über das nötige Eigenkapital verfüge, dann kann ich mir diese Entscheidungen leisten, weil ich ja nur auf diese Messen gehen werde, wo letztlich auch ein unternehmerischer Erfolg zutage tritt, und dadurch eine Umsatzentwicklung eintritt. Und so gibt es viele andere Dinge, wo immer nach Förderungen und neuen Förderprogrammen gerufen wird. Letztlich blockiert eine zu dünne Eigenkapitaldecke unternehmerische Entscheidungen. In diesem Rahmen, um noch einmal das Eigenkapital zu beleuchten, dürfen wir eben auch nicht vergessen, daß wir unsere Unternehmen ja eigentlich alle auf Verschleiß fahren. Heute früh wurde schon davon gesprochen, Rückstellungen können wir nicht bilden.

Fördermittel waren für mich eine sehr wirksame Hilfe. Die Industrie muß hohe Investitionen leisten. Ich habe im letzten Jahr in erheblichem Maße investiert, ca. 1,5 Mio. DM. Wenn ich das alles über ERP-Mittel finanziere, diese ERP-Mittel stehen auf der Passivseite der Bilanz und, auf der Aktivseite stehen die Abschreibungen. Die Abschreibungen gehen viel schneller nach unten, die ERP-Mittel sind ja langfristig finanziert, und damit zehrt sich das Unternehmen aus.

Ein zweiter Faktor, der vielen Unternehmen zu schaffen macht. Heute Vormittag wurde von großen Losgrößen im Bauwesen gesprochen. Ich selbst nehme an öffentlichen Ausschreibungen nicht teil, weil ich mit hiesiger Produktion einfach zu teuer bin, Armeuniformen oder Polizeijacken zu fertigen. Unsere Produktion ist zumeist eine hochwertige Fertigung. Andererseits ist es aber so, daß auch ich mich fürchten müßte vor zu großen Losgrößen, weil auch ich sie nicht finanzieren könnte, wenn ich denn einen Auftrag bekommen würde. Also auch dieser Teufelskreis spielt, glaube ich, sicherlich eine bestimmte Rolle in allen Branchen. Die Unternehmen der Bekleidungsindustrie, die noch vorhanden sind, und die sich für solche öffentlichen Aufträge bewerben, die stehen letztlich vor diesen Finanzierungsfragen und kommen dann nicht zurecht. Ich will noch ein Wort zur Bekleidungsindustrie sagen. Die Bekleidungsindustrie wird ja eigentlich als ein typischer Fall für das Auslagern der Produktion ins Ausland betrachtet. Es gibt in Ostdeutschland relativ wenige Betriebe, die noch existieren. Sie haben aber in den letzten sieben Jahren enorm gekämpft, um existent zu bleiben. Wenn wir noch existieren, dann letztlich deshalb, weil wir eine hochwertige Bekleidung herstellen und diese hochwertige Bekleidung letztlich auch über die Löhne finanzieren können. Es gibt aber noch andere Dinge, die eine Rolle spielen. Wenn wir kleine Losgrößen produzieren, kann sich nicht jeder leisten, in jeden Laden von jedem Modell 20 Stück zu liefern, weil er die teure Ware dann nicht verkaufen kann. Er produziert also kleine Losgrößen und die kann er im Ausland nicht produzieren. Als wir im Sommer 1996 diesen Auftragswegbruch aus der fremden Lohnarbeit hatten, war ich erstaunt. Ich habe zwar Riesenkopfstände machen

müssen, um an Arbeit zu kommen, ich war erstaunt, wie viele westdeutsche Produzenten sich wieder zu Deutschland bekennen, weil sie sagen, ich kann zwar mit der heißen Nadel schnell irgendwo etwas nähen lassen, aber wenn es das Topsacko sein muß, und wenn das nur 100-stückweise gefertigt wird, und wenn es auch noch schnell gehen soll, das ist wie früher in der DDR. Auch heute kommen die Gewebe nicht so planmäßig wie sie sollen, aber der Ausliefertermin ist der gleiche geblieben, und ich muß dem Kunden gegenüber pünktlich sein, sonst will der nie wieder von mir ein Kostüm kaufen. Also werden die Fristen für den Produzenten immer kürzer und das kann er im Ausland nicht absichern. Sehr viele kommen jetzt und sagen, wir brauchen kleine flexible Einheiten, und das ist natürlich die Chance für ein mittelständisches Unternehmen, auch wenn es zur Bekleidungsindustrie gehört.

Noch ein Wort zur Marktpräsenz. Wir haben es deutlich spüren müssen, wie schwierig es ist, von heute auf morgen in einen anderen Markt zu kommen. In Ostdeutschland ist es sicherlich auch nicht einfach, aber hier kannte man mich und hatte durch den Firmennamen ein bestimmtes Interesse, und es war auch relativ einfach, Kunden zu finden. Ich sage relativ einfach, ohne arrogant wirken zu wollen. Wahnsinnig schwierig war es für mich, in Westdeutschland überhaupt einen Agenten zu finden, der bereit ist, meine Kollektion erst einmal in sein Verkaufslager zu nehmen, weil westdeutsche Unternehmer einfach gar kein Vertrauen in ein ostdeutsches Unternehmen haben. Der Unternehmer im Westen sagt, ich schmeiße jetzt ein anderes Unternehmen raus, mit dem ich seit zehn Jahren hervorragende Beziehungen habe, aber woher weiß ich denn, ob du nächstes Jahr überhaupt noch existierst. Davon ganz abgesehen, daß in erster Linie schon ein bestimmtes Mißtrauen gegenüber neuen Produkten vorhanden ist, was erst mit dem Aha-Effekt beseitigt wird, wenn man sich das Produkt ansieht. Aber man muß erst einmal die Bereitschaft haben, daß das Produkt angesehen wird. Wir haben uns darum bemüht, bei „Quelle“ in einige Aufträge hineinzukommen. Ich weiß, daß „Quelle“ von knapp 700 auf 150 Lieferanten schrumpft, und es ist also fast ein Wunder, daß ich trotzdem die Tür geöffnet bekam und bei „Quelle“ nachfragen durfte, ob ich einen Auftrag bekomme. Und ich muß jeden Tag neu fragen, wann kommt nun der Mantel von Lagerfeld, damit ich den auch wirklich produzieren kann. Ich muß jeden Tag neu sagen, hier bin ich mit meiner Kollektion und es ist nicht das durchschnittliche Produzent-Kundenverhalten. Es ist schon wahnsinnig, erst einmal überhaupt eine Chance zu bekommen, auch nur ein Kostüm in irgendeinem Katalog zu bekommen. Es ist sicherlich unsere Aufgabe, nur, wir haben ja so verdammt wenig Zeit, das alles zu tun und so verdammt wenig Geld und Luft, das alles durchzustehen. In dem Rahmen habe ich feststellen müssen, daß ich im Ausland eine wesentlich bessere Aufgeschlossenheit gefunden habe, auch Bereitschaft uns aufzunehmen, wertfrei, ob ich nun aus dem Westen oder aus dem Osten bin. Ein englischer Unternehmer sagte, das Kostüm gefällt mir und ich kaufe das jetzt bei Dir. Wir mußten jetzt auf die Messen gehen, auch dort, wo wir es uns eigentlich nicht leisten konnten. Wir mußten Geld in Werbung stecken, obwohl wir es uns nicht leisten konnten. Sonst könnten wir heute

nicht sagen, daß wir ein Vertriebsnetz außerhalb von Deutschland aufgebaut haben, was uns in einem bestimmten Umfang doch gewährt, daß wir schrittweise und erfolgreich arbeiten können.

Ein letztes Wort zur Auslandsfertigung und weiteren Inlandfertigungen: Auch wir kommen nicht umhin, ins Ausland zu gehen, und im Ausland zu fertigen, weil einfach auf Dauer ein deutscher Export ins Ausland nicht funktionieren kann. Im europäischen Ausland ist es kein Problem, da gibt es keine Zölle und keine Steuern. Gehe ich aber nach Osteuropa, habe ich ein Riesenproblem, überhaupt zu exportieren, und um dort meine Ware noch zu vernünftigen Preisen anzubieten. Verlagere ich die Produktion nach Osteuropa und verkaufe dann dort, wird es mit Sicherheit einfacher. Wir werden die eigene Produktion, die in Europa verkauft werden soll, aber weiter in Deutschland belassen. Wir werden in anderen Ländern, ich z. B. in Tschechien, in Estland, in Rußland und in Weißrußland, soweit Lukaschenkow nicht doch noch einen Bürgerkrieg verursacht, fertigen, um die Ware, die dort gefertigt wird, dort zu verkaufen. Wir werden dort mit entsprechenden Preisen handeln können, so daß wir dann unsere Arbeit hier in Deutschland subventionieren können, damit unsere Produktionseinheit hier nicht noch weiter schrumpft, sondern sich wieder aufbauen kann.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Lotzmann, ganz herzlichen Dank für ihren engagierten und spannenden Bericht. Ich glaube, wir freuen uns alle schon auf die Diskussion, für die es in Ihrem Bericht eine Menge Ansatzpunkte gibt. Vorher wollen wir aber noch Herrn Werner anhören.

Bernd Werner: Mein Name ist Bernd Werner. Mit diesem Namen firmiere ich als Bernd Werner Bürohaus und Spielzeugland GmbH; d. h. ich bin geschäftsführender Gesellschafter. Ich bin Jahrgang 1939 und habe das Geschäft damals 1961 als jüngster Gewerbetreibender in Leipzig übernommen. Übernommen von meinen Großeltern, die dieses Geschäft 1913 in Leipzig gegründet haben. Und an der gleichen Stelle habe ich bis 1990/91 weiter gehandelt, auch heute noch. Es ist auf und ab gegangen, es kam der Zusammenbruch 1945. Meine Großeltern haben das Geschäft über die Wirren der Nachkriegszeit gerettet. Dann kam die Zeit des 17. Juni 1953, wo es sehr finster für private Gewerbetreibende in unserem Land aussah. Später wurde wieder ein Lichtblick am Horizont gesehen und ich stieg, wie gesagt, 1961 in das Geschäft ein, und bekam damals meinen Gewerbeschein und habe dieses Geschäft als Büro- und Spielwarengeschäft voll privat bis 1972 weitergeführt. 1972 wurde ich Kommissionshändler. Ich möchte ganz laut sagen, das Schlechteste war es nicht. Ich habe bloß ein bißchen spät angefangen. Wir hatten als private Händler überhaupt keine Produktion. Wir hatten auch keine Fertigung. Irgendwann einmal war das Kapital „aufgefressen“ bzw. wir konnten kein neues Geschäftskapital anhäufen. Der Betrieb hat sich natürlich vorwärts entwickelt, aber es war kein Kapital mehr vorhanden. Der Kommissionshandel hat es uns dann ermöglicht, doch vernünftig weiterzumachen. Und

genau in dem Jahr, als die große „Verhonneckerung“ oder die Verstaatlichung begann, wurde ich „halbverstaatlicht“, wenn man das so bezeichnen will. Aber für all die, die das vielleicht nicht wissen, oder es vergessen haben, als Kommissionshändler war man selbst 100 %ig verantwortlich für den Einkauf, für den Verkauf, für das verwaltete Geld. Wenn etwas fehlte, hatte ich das aus der eigenen Tasche draufzulegen. Ich hatte mich um alle Dinge zu kümmern, wo ich Handel betreibe etc. Das war alles mein Bier. Ich habe in einer relativ großen Selbständigkeit weiter handeln können. Dann kamen die Ereignisse 1989/90. Hier muß ich jetzt sagen, es war eine irre Zeit, und als Leipziger ist man ja auch um den Ring „geschlappt“, und irgendwann hat man dann gesagt, das alleine tut es nicht. Du mußt etwas tun, nur hier noch rumlaufen, das geht nicht. So haben auch andere darüber nachgedacht, und es war die Zeit der großen Gründung von Verbänden, Interessengruppen etc. Übrig geblieben ist auf meinem Gebiet z. B. der Handelsverband, dessen Vorsitzender ich bin, d. h. ich bin Vorsitzender vom Handelsverband Westsachsen. Das begann damals alles und es war eine irre Zeit. Wir wußten gar nicht wo uns der Kopf steht. Wir sind nur noch vorwärts marschiert und haben gesagt, jetzt müssen wir etwas anpacken. Jetzt müssen wir etwas verändern. Als dann im Juli 1990 die Währungsunion stattfand, habe ich einem sehr guten Geschäftsfreund nach Mainz geschrieben: „Ich bin überglücklich, ich bin wieder freier Kaufmann“. Ab 1. Juli 1990 hatte ich mein Geschäft wieder auf voller privater Basis zurück. Das hat natürlich auch beinhaltet, dieses wieder Frei-Sein, ich habe die Freiheit vorwärts zu marschieren oder ich habe die Freiheit mit Pauken und Trompeten unterzugehen. Ich habe mich damals, wie alle anderen auch, mächtig ins Zeug gelegt. Ich bin damals Mitglied der VEDES – einer Einkaufskooperation – geworden, als Spielwaren- und Bürobedarfsmensch von Einkaufskooperationen bin ich bei Büro aktuell Frankfurt. Allein diese Möglichkeit, mit solchen Kooperationen zu arbeiten, hat so viele Vorteile und so viel Gutes gebracht und auch Sicherheit. Das ist kaum mit Worten zu beschreiben. Es ist dann weitergegangen, zu der damaligen Zeit sind dann ja auch die Banken zu uns gekommen, und wir lernten ein völlig neues Bank- und Kreditwesen kennen. Wenn ich daran denke, und das ist einer meiner größten Fehler gewesen, daß ich das nicht richtig gemacht habe. Ich habe damals meine Bank angerufen und gesagt: „Ich brauche Sicherheit, ich brauche Kontokorrent“. Als man mir antwortete: „Ja, das ist in Ordnung, das glaube ich Ihnen, wieviel brauchen Sie denn?“ Da dachte ich, naja, was machste denn, du willst dich doch nicht so verschulden, da habe ich 40.000 DM gesagt. Ich Knallkopp! Das habe ich am Telefon alles klargekriegt. Ich hätte 100.000 DM sagen sollen, die hätten mir das am Telefon gegeben. Heute fällt mir das Ding auf die Füße. Ich habe heute einen Umsatz von über 3 Mio. DM und das mit etwa über 40.000 DM Überziehungskredit. Das muß mir mal einer nachmachen, also das ist nicht einfach. Da sind einmal die Vorteile gewesen, die damals auf uns zukamen, und es sind natürlich in der Zwischenzeit Dinge passiert, und nicht zuletzt durch unseren „Schneider“. Aber ich glaube, wir Leipziger werden ihm auch noch einmal ein Denkmal setzen. Denn wenn der nicht gewesen wäre, würde manches in Leipzig nicht vorwärts gehen. Aber, ich will ja über mich sprechen und nicht über

Herrn Schneider. In der Zwischenzeit habe ich also zwei Spielwarengeschäfte, um nur zu verdeutlichen, wie die Entwicklung vorwärts ging. Ich habe noch einen Papeterieladen und ein Verkaufslager für gewerblichen Bürobedarf, d. h. ich habe gute Erfahrungen mit Ausschreibungsgeschäften. Wenn ich „gute Erfahrungen“ sage, dann meine ich das in Anführungsstrichen. Wir haben Partner, die sind ganz vernünftig, aber wir haben auch Partner, und dazu gehört u. a. die Kommune, die sind nicht ganz so vernünftig. Am Anfang waren sie ganz unvernünftig, da haben sie so gut wie gar nicht mit uns gearbeitet, weil wir für sie nicht zuverlässig waren. Oder sie glaubten, daß wir es nicht bringen, daß wir es nicht können, das mußten wir denen erst beweisen. Wir waren eben doof.

Ich bin im klassischen Bereich der Büroartikel tätig. Und dann habe ich mich mächtig geärgert, und das tue ich auch heute noch. Warum vergeben Kommunen und die öffentliche Hand nicht Aufträge an bodenständige Firmen? Die sollten doch den Firmen Lohn und Brot geben, die auch in ihrem Ort, in ihrer Kommune, in ihrem Gebiet die Steuern lassen. Aber nein, da werden zum x-ten Male an irgendwelche Betriebe Aufträge vergeben, und die bezahlen dann ihre Steuern zumindestens nicht in Leipzig und nicht in Sachsen, sondern woanders, und da hat unser Land, unsere Stadt sehr wenig davon.

Ich empfinde es als ganz schlecht, daß wir bedenkenlos die Organisationen und die Gesetze der alten Bundesrepublik übergestülpt bekommen haben. Es war nicht in Ordnung. Ich war mir im klaren, daß wir nicht unter Naturschutz gestellt werden konnten. Aber dieses Wort von der DM, die es schon richten wird, das war auch nicht gut, genau das war ein Fehler. Das Kind ist in den Brunnen gefallen, wir müssen uns nicht mehr darüber unterhalten, d. h. wir müssen uns doch darüber unterhalten, um Fehler dieser Art in Zukunft zu vermeiden.

Wir haben in der zweiten Hälfte 1990 gute Gewinne gemacht. Keiner wußte, was für Steuern gezahlt werden. Wir hätten diese Gewinne nutzen müssen, um uns Eigenkapital zu schaffen. Aber nein, 1991/92 war ja der Herr Waigel schon mein liebster Freund und hat uns das alles weggenommen. Wir wollen nun versuchen, das alles wieder von Herrn Waigel zurückzubekommen, aber das ist nicht so einfach. Daran sind viele Betriebe schon mal gescheitert. Die hatten auf einmal eine Steuerlast, mit der sie nicht gerechnet hatten, und hatten sich aus Leichtsinn auch mit Geldern vorwärts bewegt, und haben es leichtsinnig ausgegeben für zu große Autos oder sonst etwas. Man hat nicht richtig investiert, man hat keine ordentliche Rücklage gebildet, und jetzt haben wir den Salat. Wir sind da ein bißchen in ein Loch gefallen. Sicher standen wir nicht unter Naturschutz, aber dieser Weg hätte politisch begleitet werden müssen.

Ich will ja gar nicht das Geld in meiner Tasche haben, um ein fröhliches Leben zu haben. Ich will doch nur, daß das Geld den Betrieben zugute kommt, damit sie stabiler werden. Unser aller Problem ist, ich sage das noch einmal, fehlendes Eigenkapital. Und hier kommen wir zu dem Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung. Das ist – aus meiner Sicht – keine gute Entscheidung gewesen.

Ich selbst kämpfe damit. Ich handele in einem Gebäude, das meinen Großeltern gehört hat. Ich hatte es zuerst wegen drohender Überschuldung weggegeben, dann habe ich einen Rückgabeantrag gestellt, hatte aber vorher gemeint, das ist nicht möglich und hatte Rückkaufsrecht bzw. Vorkaufrechte angemeldet. Das wurde abgelehnt. Als das Gesetz der Rückgabe bekanntgegeben wurde, habe ich Rückgabe beantragt. Ich habe das Gebäude bis heute noch nicht zurück. Ich habe den Antrag auf Investitionsvorrang gestellt. Aber was bedeutet das? Ich kann wohl jetzt handwerkeln darin, aber genau hier liegt das Riesenproblem. Ich habe keine Sicherheiten für die Bank. Ich will und muß mich etwas vergrößern, denn unsere alten Geschäfte, wie wir sie hatten, die sind quadratmetermäßig viel zu klein, um anspruchsvoll handeln zu können, um überleben zu können.

In meiner Gegend entsteht ein großes Stadtteilzentrum mit Läden, aber auch mit vielen Wohnungen, und dort will ich ein größeres Geschäft aufmachen. Dazu brauche ich Geld. Die Bank fragt nach Sicherheiten, die ich nicht habe. Als ich mein Geschäftsgebäude erwähne, werde ich nach dem Investitionsvorrang gefragt. „Was wollen Sie denn haben, wenn dieser Rückgabeanspruch nicht genehmigt wird?“ lautet die Frage der Bank. Ich sage, eine halbe Mio. DM und die Bank lehnt ab. Das ist mir vor 14 Tagen passiert, seit dem schlafe ich manchmal ein bißchen schlechter, denn in meinem Betrieb arbeiten meine Kinder mit. Ich baue nicht mehr für mich selbst, denn ich könnte auf meiner kleinen Klitsche die paar Jahre bis zur Rente „runterreißen“. Wir haben aber 15 Beschäftigte, von den 15 Beschäftigten sind fünf Familienmitglieder. Bei uns ist die Nachfolgeregelung dadurch gesichert. Meine Beschäftigten haben alle ihre Berufe aufgegeben. Ich bin in der Verantwortung, ich muß das Geschäft erhalten und vorwärtsbringen. Ich muß den Grundstein legen und das Gebäude darauf aufbauen. Jetzt kämpfe ich wie wir alle mit Geld, um Geld, fürs Geld. Nun wollen wir mal schauen, was kommt. Ich bin von Natur aus Optimist. In der nächsten Woche ist die Deutsche Ausgleichsbank in Leipzig, und da habe ich ein weiteres Gespräch. Vielleicht verläuft es nicht ganz so zappenduster, wie ich es im Moment sehe. Aber Sie merken, wenn Rückgabe leichter gemacht worden wäre, in meinem Fall zum Beispiel, dann wäre es natürlich für mich günstiger. Wenn eine klare Entscheidung vom Gesetzgeber gekommen wäre, bezüglich der Entschädigung, dann hätten wir gesagt, wir kaufen das und hätten unsere Produktionsstätte, in der wir seit Jahrzehnten arbeiten. Aber so wußten wir nicht, was der eventuelle alte Eigentümer jetzt macht, und wir mußten uns fragen, „verklitscht“ der das Ding wieder? Es ist ja sehr häufig passiert, daß der alte Eigentümer sein Eigentum zum soundsovielten Male als Spekulations- und Gewinnobjekt gesehen hat. Das ganz einfach noch einmal zu der Frage Rückgabe oder Entschädigung. Sie hatten recht wißbegierige Fragen, und ich habe versucht, darauf zu antworten.

Mittelstand, was heißt denn Mittelstand, was ist ein mittelständischer Betrieb? 5 Mio Mark Umsatz, weniger oder höher? Was sind wir denn im Osten? Wir sind Kleinbetriebe. Mit unseren Umsätzen, die wir haben, sind wir doch alles Kleinbetriebe. Mittelständischer Betrieb – wann fängt der an, mit zwei Be-

schäftigten, mit 100 Beschäftigten? Karstadt ist z. B. ein mittelständischer Betrieb. Karstadt selbst bezeichnet sich als mittelständischen Betrieb. Die „Metro“ bezeichnet sich als größten Kaufhauskonzern Europas, als mittelständischer Betrieb. Was sind wir denn dann? Sind wir noch Mittelstand? Hier liegen also große Probleme und da sehen wir auch schon die Problematik bezüglich eventueller Marktchancen, die gar nicht so ohne weiteres gegeben sind.

Die Wettbewerbssituation ist eigentlich nicht so verkehrt bei uns. Wir sind an die Region gebunden. Frau Lotzmann muß raus, die muß in die Welt hinaus. Ich muß das nicht. Ich spreche die Menschen in der Region an, und hier kann ich natürlich durch meine Bodenständigkeit und durch mein Wissen im Wettbewerb vielleicht noch gut mithalten. Aufträge von westdeutschen und ausländischen Abnehmer haben wir im übertragenen Sinne auch. Wir arbeiten mit Betrieben, die ihren Stammsitz in der alten Bundesrepublik haben, zusammen. Und die haben uns was Feines beigebracht. Die haben uns beigebracht, drei Wochen nach der letzten Zahlungsfrist erst zu bezahlen, und dann gebe ich 2 % Skonto, und die nehmen grundsätzlich dann noch 3 % Skonto und sitzen dann immer noch auf dem hohen Roß. Das Negative nimmt man sehr schnell an und hier kommt eigentlich auch die ganze Geschichte, die vorhin schon einmal genannt wurde, wenn von schlechter Zahlungsmoral die Rede war. Ich kann schlecht meine Lieferanten bezahlen und damit kommt eine Lawine ins Rollen, die nicht so ohne weiteres zu stoppen ist. Ich selbst bin sehr unglücklich darüber. Herr Dirschka hatte vorhin gesagt, früher galt noch ein Handschlag etwas unter Kaufleuten. Man konnte sich in die Augen sehen und konnte sich aufeinander verlassen. Das kann man heute nicht mehr.

In Leipzig gibt es eine Initiative, ich bin dieser noch nicht beigetreten, aber ich bin dort sehr engagiert. Diese Initiative ist wie ein Gütesiegel und nennt sich die „Gilde der ehrbaren Kaufleute“. Die Mitglieder wissen voneinander, daß sie sich vertrauen können. Ich glaube, daß das schöne Wort „Ehre“ zum Teil umgemünzt worden ist. Was ich unter Ehre verstehe, das ist oftmals etwas ganz anderes, als das, was andere unter Ehre verstehen.

Es ist ein Wahnsinnsproblem, daß wir in den neuen Bundesländern keine Industrie haben. Darüber ist bereits ausführlich gesprochen worden. Ich möchte noch etwas zum Problem der Förderung sagen. Der Handel hat ganz wenige Fördergelder bekommen. Es gibt für den Handel so gut wie keinen Fördertopf. Existenzgründungen werden zwar gefördert, aber was andere Investitionen etc. im Handel betrifft, sieht es schlecht aus. In letzter Zeit gibt es zwar die 10 % Förderung, das ist aber auch alles und herzlich wenig.

Ich bin eigentlich fast am Ende. Ein Wort noch zu den Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“. Ich glaube hier hat auch die Politiker versagt. Die Politiker haben heute zum Teil schon soviel Schelte bekommen, und ich kann mich eigentlich dem nur anschließen. Manchmal bin ich krank vor Zorn, daß viele Menschen in Bonn nicht sehen, wie es in diesem Land aussieht, und wie es da zugeht, und ich bin voller Angst, was geschehen kann. Ich habe einen Zusammenbruch des Systems 1945 erlebt, und ich habe einen zweiten großen Zu-

sammenbruch erlebt, als unser Staat zusammenbrach. Ich war froh darüber, aber ich befürchte, und darüber bin ich nicht froh, daß wir Dingen entgegen-schlittern, die uns irgendwann einmal aus der Hand gleiten. Hier appelliere ich an Sie, tun Sie alles und machen Sie Ihre Kollegen in Bonn munter. Es ist schlimmer als Sie glauben. Die breite Meinung der Bevölkerung ist schlecht und das hat mit der „grünen Wiese“ nichts zu tun. Die „grüne Wiese“ macht uns zu schaffen. Immerhin ist es so, daß wir 60 % aller Einkaufsmöglichkeiten auf der „grünen Wiese“ haben, in Westdeutschland sind das 30 %. Unsere Einkaufskraft ist viel geringer als die im Westen. Es besteht ein arges Mißverhältnis.

Das Schlimme ist, daß am Anfang Fördermittel für den Aufbau von Gewerbe-gebieten verschleudert wurden. Auf diesen Gewerbegebieten wurden Handels-einrichtungen mitgefördert. Große Unternehmen wie C&A u. a. haben die För-dergelder abkassiert. Wir haben nichts bekommen. Die vielen kleinen Dinge haben im Endeffekt große Probleme hervorgerufen. Ich danke Ihnen fürs Zu-hören.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Werner. Diese Anhörung dient dazu, daß die Partner in Bonn ein bißchen besser erfahren, was hier in denen neuen Bundesländern passiert. Insofern sind wir Ihnen sehr dankbar, daß Sie uns so offen und unkompliziert sagen, was Sie für Probleme haben und wie Sie damit leben. Wir wissen aber auch, daß die „grüne Wiese“ eben nicht in Bonn gepflastert wird, sondern hier, und daß wir eine gestaffelte Verantwortung haben. Insofern denke ich auch, daß uns die Anhörung hier hilft. Ich bin mir sicher, daß auch der Beitrag von Herrn Fell uns in dem Sinne helfen wird.

Wolfgang Fell: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist mehr als Routine, wenn ich Ihnen zunächst einmal dafür danke, daß Sie sich mit Ihrer Arbeit, den ganz besonderen Problemen des Mittelstandes zuwenden, und daß Sie mich eingeladen haben als Präsident der Industrie- und Handelskammer Halle/Dessau, hierzu ein paar Anmerkungen zu machen.

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Wolfgang Fell. Ich bin verheiratet, habe zwei Söhne, gebürtiger Hallenser, Schulabschluß Polytechnische Oberschule, anschließend die Lehre als Koch und Kellner in Halle, habe anschließend in Leipzig Gaststätten- und Hotelwesen studiert, 1980 aus dem volkseigenen Sektor ausgestiegen und bin nun in der private Wirtschaft tätig. Als damaliger Kohlenhändler in Halle hatte ich einen Fuhrpark von 1953, LKW's mit einigen Anhängern aus dem Jahre 1936, heute ist der Betrieb total modernisiert. Ich bin für meine Kollegen als Vorsitzender des mitteldeutschen Handelsverbandes für Brennstoffe, Mineralöle im Wärme-Service verantwort-lich für die Händler in Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg, Präsident der Industrie- und Handelskammer Halle/Dessau und als Vizepräsident des Deut-schen Industrie- und Handelstages in Bonn tätig.

An wen kann man, an wen soll man nun denken unter der Überschrift Mittelstand in den neuen Bundesländern? Dies ist eine wichtige Frage. Die andere wichtige Frage ist dann sicherlich, wie erlebt der Mittelstand den noch immer turbulenten Um- und Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern? Wenn ich also der Frage nachgehe, wen sollte man in den Blick nehmen, dann denke ich zunächst einmal daran, daß es auch zu sozialistischen Zeiten noch eine kleine verschworene Gruppe von Selbständigen gegeben hat. Ich möchte sie vielleicht die Alt-Selbständigen nennen, und zu dieser Gruppe zähle ich selbst. Wie gesagt, im Jahr 1980 habe ich eine auskömmliche und sichere Stellung als Großgaststättenleiter aufgegeben und bin Brennstoffhändler geworden. Ich verrate Ihnen nichts Neues, daß diese Alt-Selbständigen natürlich mit großen Hoffnungen in die Marktwirtschaft hineingegangen sind. Vielen ist dieser Sprung in das kalte Wasser auch gelungen. Viele sind aber auch auf der Strecke geblieben, und darunter namhafte, über 100 Jahre alte, Unternehmen. Da man sich in den Städten und Dörfern als Selbständige gut kannte, sind dies immer auch bedrückend menschliche Ereignisse gewesen. Oft stimmten unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen die Standorte nicht mehr. So mancher Handwerker mit Laden und Werkstatt in der Innenstadt mußte aufgeben. Ganz entscheidend dürfte aber gewesen sein, daß Selbständigkeit in der sozialistischen Wirtschaft völlig andere unternehmerische Kompetenzen herausgebildet hatte, als das unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen notwendig war. Schlagwortartig läßt sich das kennzeichnen mit dem Hinweis, im Sozialismus kam es darauf an, Ware zu beschaffen, der Verkauf lief von allein. Und jetzt ist es umgekehrt. War früher der Lieferant der umworbene König, so ist jetzt der Kunde, der unter allen Umständen und aller Überfülle auswählen kann.

Eine andere Gruppe von neuen Mittelständlern sind sicherlich diejenigen, die ihre enteigneten Betriebe wieder zurückbekommen haben. Vor allem die Reprivatisierungen machen bis heute große Probleme. 1990/91 galt der Grundsatz: alles oder nichts. Die Betriebe mußten also vollständig, hinsichtlich Gebäuden und Grundstücken, und auch der Schulden übernommen werden. Das hat viele überfordert. Marode Gebäude und Ausrüstungssubstanz, oftmals ökologisch belastete Grundstücke und Schulden, deren Verzinsung und Tilgung nicht erwirtschaftet werden konnte.

Eine dritte Gruppe sehe ich dann in den Privatisierungen von Unternehmen. Eine besonders auffällige Gruppe sind hier viele Bauunternehmen, die sich aus den Kreisbaubetrieben heraus entwickelt haben. Hier finden wir die größten Gefahrenpotentiale für Unternehmen und Beschäftigte. In vielen Fällen ist es nicht gelungen, Vorarbeiter und Mitarbeiter in ihrem Denken aus sozialistischer Zeit herauszuholen und auf Qualität, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit einzustellen. Wesentlich erfolgreicher sind da die Alt-Selbständigen, kleine Handwerksbetriebe. Hier können sich die Meister unmittelbar einbringen und sie wirtschaften daher auch durchweg erfolgreicher als die 50 oder 100 Beschäftigte umfassenden größeren Baubetriebe.

Bleibt eine weitere ganz wichtige Gruppe, das sind die Neugründungen. Einen wahren Gründungsboom haben wir in den Jahren 1990 bis 1992 erlebt. Jetzt hat sich das Geschehen etwas beruhigt. Dennoch steigt die Zahl der Neugründungen immer noch leicht an. Vor allem, und das ist erfreulich, im Bereich technischer Dienstleistungen und im gewerblichen Bereich. Im Handel beobachten wir eine Stagnation bei einer hohen Anzahl von Abmeldungen und Neuanmeldungen von Geschäften. In den ersten zwei bis drei Jahren dürfte die Zahl derer, die aus Freude an der Selbständigkeit diesen Weg gewählt haben, in der Mehrzahl gewesen sein. Heute haben wir es sicherlich überwiegend mit Neugründungen von Geschäften zu tun, deren Besitzer aus der Not, das heißt Arbeitslosigkeit, die Tugend Selbständigkeit gemacht haben. So ist unter dem Strich die Zahl der Unternehmen hier im Kammerbezirk Halle/Dessau von etwa 3.500 Alt-Selbständigen und 2.000 volkseigenen Betrieben auf über 50.000 gestiegen. In diesem Zeitraum haben insgesamt über 100.000 ein Gewerbe angemeldet, die Hälfte davon ist noch am Markt. Das mag erschreckend klingen, nur die Hälfte hat überlebt. Man kann es aber auch positiv ausdrücken und sagen, immerhin die Hälfte hat es geschafft. Denn es ist ja bekannt, daß auch im Westen davon auszugehen ist, daß nach fünf Jahren höchstens noch die Hälfte der Neugründungen am Markt ist. Aus diversen Untersuchungen, beispielsweise solcher Unternehmen, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt worden sind, wissen wir, daß die Überlebenswahrscheinlichkeit der Ostfirmen im Vergleich zum Westen sogar etwas höher ist. Hier zahlt sich möglicherweise die sehr intensive Betreuung der Existenzgründer durch die Industrie- und Handelskammer und auch der Handwerkskammer in den neuen Bundesländern aus. Der Weg zur Kammer wird sehr viel öfter beschritten, als das im Westen der Fall ist.

Wie können wir nun die Lage des Mittelstandes einschätzen? In Durchschnitt sollte man in den neuen Bundesländern nicht denken. Deshalb möchte ich zunächst auf die schwierige Situation vieler mittelständischer Unternehmen eingehen. Wir schätzen, daß etwa 20 % der Unternehmen im Kammerbezirk, das sind etwa 10.000, akut in ihrer Existenz gefährdet sind. Gemeinsam mit der Deutschen Ausgleichsbank sind in allen Kammerbezirken in den neuen Bundesländern sogenannte Runde Tische eingerichtet worden. Hier wirken Hausbanken, öffentliche Förderinstitute, Unternehmensberater zusammen, um solchen Firmen rasch zu helfen. Das ist uns im vergangenen Jahr in 100 Einzelfällen gelungen. Einer großen Anzahl von Firmen mußte aber auch gesagt werden, daß nur die Gesamtvollstreckung zu beantragen ist. Wenn die Schulden einmal zu groß geworden sind, helfen auch keine öffentlichen Fördermittel mehr. Es ist aber nicht das ganze Bild. Wir schätzen, daß etwa 50 % der Unternehmen ein ordentliches und tragfähiges Konzept erarbeitet haben. Es bleiben dann 20-30 % der Firmen, die nur mühevoll Verluste vermeiden können. Ihr Bedarf ist dann oft externe Unterstützung durch qualifizierte Unternehmensberater zu erschwinglichen Konditionen. Dies ist aber nur sehr schwer zu finden. Weder gibt es ausreichend qualifizierte Unternehmensberater, diejenigen, die als qualifiziert angesehen werden können, können dann Preise verlangen.

gen, die von vielen Firmen nicht aufzubringen sind. Das führt mich zu einer Grundsatzfrage der Förderpolitik in den neuen Bundesländern. Die Förderpolitik ist im wesentlichen an Investitionshilfen und an Eigenkapitalhilfen bei der Gründung festgemacht. Die Eigenkapitalhilfe leistet gute Dienste und sie ist aus meiner Sicht auch unverzichtbar. Die Nachfrage nach investitionsorientierten Hilfen, vor allem also die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sind, wie Sie wissen, sehr rückläufig. Das hat etwas damit zu tun, daß bei den meisten Unternehmen die notwendigen Ausrüstungen vorhanden sind. Die Kosten stimmen aber dennoch nicht, weil man erhebliche unausgelastete Kapazitäten hat und das führt zu einer hohen Fixkostenbelastung. Die eigentliche Problematik besteht dann mehr darin, den Markt für die Kapazitäten zu schaffen. Und Märkte schaffen, ist ein kompliziertes Zusammenspiel aus zielorientierter Kalkulation in Verbindung mit geeigneten Marketingmaßnahmen. Hier gibt es zwar auch den einen oder anderen Förderansatz, z. B. Beratungshilfen für Markterschließung und Messerförderung. Es gibt aber kein wirklich geschlossenes Programm, welches von der Produktentwicklung über die Kalkulation bis hin zum Markt reichen würde. Vielleicht liegt hier eine Anregung zur Neuordnung des Fördervolumens. Ich möchte hier ausdrücklich Neuordnung sagen und nicht von einer pauschalen Erhöhung des Fördervolumens reden.

Lassen Sie mich abschließen mit einem Hinweis auf die Gesamtsituation des Aufbaus und Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft. Wichtig ist mir, voranzustellen, daß die Währungsunion mit einer Umstellung 1:1 bei Preisen und Löhnen die Exportwirtschaft nicht verkraften konnte. Die mit der Währungsunion verbundene Aufwertung aus der Sicht der Exportwirtschaft um 300 %, in Verbindung mit einer Vervierfachung der Löhne bis heute, hat dazu geführt, daß die Exportbasis gerade mal noch ein fünftel dessen ausmacht, was im Westen die Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. Und deshalb haben wir auch ein riesiges Importdefizit, in einer Größenordnung von etwa 200 Milliarden DM in den neuen Bundesländern. Ich möchte hinzufügen, daß ich weit davon entfernt bin, die Währungsunion zu kritisieren. Man muß aber die ökonomischen Folgen, insbesondere für die Exportwirtschaft, als Preis einer Politik der Wiedervereinigung im Auge behalten. Die Zukunft des Mittelstandes, meine Damen und Herren, der sich bis jetzt herauskristallisiert hat mit einer großen Zahl tragfähiger neuer Unternehmen, aber auch mit einer großen Zahl stark gefährdeter Unternehmen, wird nur dann einen guten Weg nehmen, wenn die Transfers von West nach Ost in absehbarer Zeit ihre jetzige Höhe behalten. Ohne diese Transfers würde ein Drittel der Nachfrage hierzulande wegbrechen mit allen offenkundigen Folgen für den Unternehmensbestand, wie er von mir beschrieben worden ist. Auch damit möchte ich nicht klagen, Sie verstehen mich richtig, wenn Sie dies als Hinweis auf eine Wirklichkeit deuten, die so ist, wie sie ist. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Fell. Sie haben zu Recht gesagt, daß die Überlebensfrage für

den Mittelstand ein Kernproblem für den Aufbau bei uns hier in den neuen Bundesländern ist.

Wir sind noch im Zeitrahmen. Ich möchte Ihnen allen herzlich dafür danken, und wir haben nun eine Stunde Zeit für die Diskussion. Ich bitte Sie, davon rege Gebrauch zu machen. Ich habe bisher eine Wortmeldung, und zwar die des Kollegen Kuhn.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Ich möchte hier doch noch ganz kurz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Werner, etwas ergänzen oder korrigieren. Es tut mir richtig leid, daß Sie so wenig vernünftige Berater gehabt haben, die eigentlich Sie als kleinen Unternehmer gerade im steuerrechtlichen Bereich so wenig beraten haben. Sie hatten dadurch nicht die Möglichkeit, im investiven Bereich einzusteigen.

„Grüne Wiese“ ist immer das Reizwort in Ostdeutschland. Aber erinnern wir uns doch einmal zurück. Wie war es denn, als die Revolution 1989/90 ihren Lauf nahm? Was waren denn die ersten Forderungen nach der Währungs- und Sozialunion? Als das richtige Geld da war, wollten unsere Bürger nicht mehr die Waren aus ihren eigenen Betrieben kaufen. Sie hatten Bedürfnisse in westlicher Richtung, nach Westwaren, und sie haben konkret gesagt: Herr Bürgermeister, was tun Sie endlich dafür, daß wir „Aldi“, „Quelle“ etc. hier haben, damit wir auch letztendlich nicht die teuren Waren kaufen müssen? Also, das war schon ein dynamischer Prozeß. Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, wir brauchen unbedingt ein Programm, das die Revitalisierung unserer Innenstädte beinhaltet. Im Bereich der Rückgabe vor Entschädigung sind Sie mir ein sehr seltenes Beispiel, weil Sie eigentlich als ehemaliger Eigentümer das nutzen sollten, aber das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Leipzig hat ausgesprochen langsam gearbeitet. Da müßte man doch dort mit den zuständigen Bearbeitern auch mal reden. Wenn Sie also schon eine Investitionsvorangbescheinigung bekommen haben, dann muß natürlich irgendwann die Entscheidung komplett sein, die Eintragung ins Grundbuch, damit die Belastbarkeit mit der Grundschuld funktionieren kann. Darüber würde ich mich ganz gern mit Ihnen nachher mal unterhalten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Darf ich vielleicht bitten, Herr Kuhn, daß wir doch zu Fragen kommen.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Gut, in der Beziehung kenne ich die Programme, so wie sie existieren. Ich kann nur sagen, Handelseinrichtungen haben keinen Pfennig Förderung bekommen, ob sie sehr groß waren, ob sie auf der „grünen Wiese“ waren, spielt keine Geige. Die Erschließung der Gewerbegebiete ist passiert. 70 % Gewerbe, 30 % Handel, das mußte gegeneinander aufgerechnet werden. Ich kann keine Bevorteilung erkennen. Fragen habe ich diesbezüglich nicht, aber das hat mich erst einmal inspiriert, weil ich das selber am Praktischen in meiner kommunalpolitischen Zeit miterlebt habe.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dr. Karl Wilhelm Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe nur eine ganz kurze Frage. Herr Werner hat von den Schwierigkeiten oder den Erfahrungen mit Banken gesprochen. Mich würde von den anderen Teilnehmern, von Frau Lotzmann, Herrn Fischer oder Herrn Fell ihre Erfahrung interessieren, was der Mittelstand im Umgang mit dem Bankgewerbe für Erfahrungen sammeln konnte. Man liest ja häufig in den Zeitungen, ich gestehe, ich bin kein Ökonom, ich kann das also nur als Zeitungsleser und Konsument von Medien beurteilen, daß die Banken in den neuen Ländern bei der Vergabe von Investitionskrediten oder auch von Dispositionskrediten besonders streng, besonders schikanös prüfen, und häufig eher zu einer negativen Entscheidung neigen, als zu einer positiven, die im Sinne einer Förderung des Mittelstandes wünschenswert wäre. Wie sind da Ihre Erfahrungen?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Lotzmann, Herr Fischer oder Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Also wenn keiner antworten will, möchte ich versuchen, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Ich kann Ihnen nicht für alle 50.000 kammerzugehörigen Unternehmen eine globale und für alle aussagefähige Antwort geben. Es ist richtig, daß es viele Ablehnungen gegeben hat. Es ist auch richtig, daß viele Auflagen erteilt worden sind, die manchen Unternehmen zu hoch erscheinen. Ich gebe aber auch zu bedenken, daß die Banken auch Verwalter von privatem Vermögen sind. Jeder, der sein privates Vermögen auf seiner Bank liegen hat, möchte natürlich auch, daß seine Bank sein Vermögen soweit wie möglich vermehrt, und nicht sein Vermögen für irgendwelche spekulativen Kredite vergibt, die nicht entsprechend abgesichert sind. Darüber gibt es wohl keinen Dissens. Ich wehre mich auch, eine allgemeine Bankenscelte zu erteilen. Dagegen wehre ich mich, weil es so nicht stimmt. Die Kammer hat, wenn der Unternehmer zur Kammer gekommen ist, versucht, zu helfen. Der Unternehmer sollte auch den Weg über die Kammern suchen, einschließlich der Beratung über mögliche Fördermittel. Und da wird natürlich schon das eine oder andere Konzept auf seine Tragfähigkeit abgeklopft, das ist richtig. Aber daß eine Bank eine Sicherheit für den Kredit braucht, daß ist wohl selbstverständlich.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Zu dieser Frage will Frau Lotzmann noch etwas beitragen.

Martina-Elvira Lotzmann: In einem bestimmten Umfang habe ich das vorhin schon gesagt, aber ich kann mich der Bankenscelte überhaupt nicht anschließen. Sicherlich habe ich sowohl in dem Unternehmen, das Osteuropageschäfte gemacht hat, als auch mit dieser Lotzmann-Bekleidung GmbH, obwohl die Textilindustrie ganz besonders auch von den Beamten sehr kritisch beäugt wird, eine Bankenfinanzierung bekommen. Natürlich mußte auch ich meine Unternehmenskonzepte unglaublich detailliert darlegen etc. Das ist aber ganz normal. Und natürlich hat auch die Bank ein Problem mit neu gegründeten Unternehmen, das ist ja nun kein Geheimnis. Es ist für die Banken schwierig zu beurteilen, ist das nun ein Unternehmer, der in der Lage ist, dieses Unter-

nehmen zu führen oder nicht. Ich habe an meinem Beispiel schon erleben müssen, obwohl es ja nun gerade Felder sind, wo die Banken eigentlich besonders zähe sind, daß sie sich an meine Seite gestellt haben. In der bereits beschriebene Situation im Sommer diesen Jahres, als wir diesen Crash-kurs mit Lohnarbeitswegfall hatten, hat die Bank an meiner Seite gestanden und hat gesagt, wir stellen uns neben dich, kläre deine Zukunft, und wenn du sie klären kannst, dann werden wir dich weiter begleiten. Und ich weiß es auch von einer ganzen Reihe anderer Unternehmen, wo die Banken hilfreich tätig waren und sind.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Professor Dr. Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Frage richtet sich zunächst an Herrn Fell, aber zum Teil auch an Frau Lotzmann. Wir haben heute morgen wieder mal erfahren dürfen, was wir schon wußten, daß der Mittelstand eine tragende Säule des nationalen Marktwirtschaftssystems insgesamt ist. Nun wissen wir aber auch, daß dieses marktwirtschaftliche System seit geraumer Zeit vor einer fundamentalen Strukturkrise steht. Stichwort Globalisierung. Meine Frage jetzt an Sie: Erreicht diese umfängliche Globalisierungskrise und Strukturreform nicht auch den Mittelstand? Gibt es im Mittelstand neue Ansätze, um die Globalisierungskrise und Strukturreform zu bewältigen?

Wolfgang Fell: Die Globalisierung der Märkte ist ein Stichwort, aber die Globalisierung der Märkte trifft natürlich nicht auf den Mittelstand zu. Wir müssen uns natürlich darüber im klaren sein, wie der Mittelstand definiert wird. Was ist der Mittelstand? Ist der Mittelstand ein Betrieb, der wie die „Metro“ oder wie „Karstadt“ geführt wird? Oder ist der Mittelstand, wie hier vor allem im Osten, ein Kleinstunternehmen, wo der Inhaber und seine Ehefrau, vielleicht noch ein Angestellter oder der Sprößling mitunter das Geschäft bewerkstelligen?

[Aufnahme defekt, Tonband völlig unverständlich!]

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich kann genau anknüpfen an das, was jetzt diskutiert wurde. Ich habe den Eindruck, wenn wir die Zahl hören, 200 Milliarden Defizit in Ostdeutschland, dann liegt dort eine erhebliche Schwäche. Es ist nicht gelungen, ausländische Märkte zu erhalten oder neue zu erschließen. Da wir über den Mittelstand reden, habe ich den Eindruck, daß der Mittelstand keine ausreichende Zuwendung erfährt, wie es bei der Großindustrie der Fall ist. Ich denke an die Hermesbürgschaften, an Unterstützungsleistungen für Messen usw. Sie haben das ja bereits angesprochen. Ich glaube, daß es notwendig ist, und dazu würde ich gerne Ihre Meinung erfahren, den Mittelstand in seiner Tätigkeit stärker im Ausland beim Verkauf oder beim „global playing“ zu unterstützen. Westdeutsche mittelständische Firmen haben enorme internationale Verkaufserfolge erzielt. Ist es nicht notwendig, das Förderinstrumentarium um diesen Aspekt zu ergänzen? Dazu würde ich gerne Ihre Meinung hören.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Auch dazu meine Meinung, ein bißchen habe ich es vorhin anklängen lassen. Man darf natürlich die Förderung nicht überziehen. Irgendwo gibt es da auch schon ein Problem in der Wettbewerbsgleichheit. Wenn wir hier zu sehr eingreifen, werden wir sehr schnell die Kritik der westdeutschen Unternehmen gegen uns haben, die sagen, es käme zu einer Wettbewerbsverzerrung. Diesen Grad der Förderung zu suchen, da könnten wir die Hilfe gebrauchen. Wie sinnvoll kann die Förderung angesetzt werden, daß sie wirklich nützlich ist, aber eine unangreifbare Förderung bleibt? Ich glaube, das ist sehr wichtig, und an der Stelle ist die Messförderung sicherlich ein Thema, das den Unternehmen in Ostdeutschland enorm helfen könnte, in neue Märkte zu gehen. Was sie mit keinem Fördermittel auch nur im Geringsten beheben können, ist die Kritik meiner Kollegen Unternehmer. Ich beobachte sie und die beobachten mich. Wenn ich sage, ich fliege jetzt nach Kanada, weil ich dort mit einer Agentur verhandle, dann sagen die zu mir, die ist ja verrückt, was macht denn die da in der Welt, die soll sich doch erst einmal in ihr Büro setzen und soll mal schauen, daß sie hier in Deutschland ihre Ware verkauft. Es gehört schon Überwindung dazu, wirklich ins Ausland zu gehen. Schauen Sie sich an, was an Messförderung möglich ist und wie wenige Firmen diese Mittel in Anspruch nehmen. Wir dürfen ja auch eins nicht vergessen, bei der Messförderung ist ja nach wie vor ein bestimmter Anteil Eigenfinanzierung erforderlich, der aufgebracht werden muß. Bei den Messen muß ich natürlich als Unternehmer meine Prioritäten setzen und sagen, ich muß mir das dann leisten, den Eigenanteil auch aufzubringen. Messförderung ist häufig ein mühseliger Prozeß.

Ein zweites Problem, wo ich selbst keine Lösung weiß. Es betrifft vor allen Dingen solche Unternehmen, die irgendwelche Muster produzieren müssen. In Leipzig gibt es einen Turmuhrenhersteller. So eine Turmuhr kostet viele Tausende Mark. Ich war mit diesem Turmuhrenhersteller zusammen in Amerika. Dort haben sie ihn alle überrollt und fanden die Uhren ganz schick. Absatz hat er dort noch nicht. Er müßte jetzt an verschiedenen Stellen in den USA so eine Uhr aufstellen mit der Adresse, wo diese Uhren produziert werden. Das kostet dem Produzenten viel Geld, was er nicht hat. Und diese Markteinstiegsprobleme, die sind durch kein einziges Förderprogramm geregelt. Ich weiß auch nicht, wie es gehen kann. Aber das halte ich für unheimlich wichtig. Es gibt einen weiteren Unternehmer in Dresden, der braucht 1 Mio. DM, um in Taiwan mit seinem Produkt in den Markt zu kommen. Das hat er ganz genau analysiert. Der weiß aber auch, wenn er es tut, hat er dort Erfolg. Nun fragen ich Sie, wie er zu der Million kommen soll? Das kann ihm keiner beantworten. Wir müßten auch für solche Unternehmen spezielle Programme zur Eigenkapitalhilfe anbieten.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke Frau Lotzmann. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Ich würde den Satz von Ihnen, Herr Hiller, nicht so stehen lassen wollen, daß es keine Zuwendungen für den Mittelstand gebe, und daß alle Fördermittel nur an die großen Firmen gehen. Es ist natürlich viel an die Großen gegangen, und das sind natürlich die sogenannten Highlights, die dann im Blätterwald stehen, die natürlich auch schon ein bißchen weh tun. Wenn ich daran denke, daß an die französische Firma Elf Aquitaine allein 350 Mio. geflossen sind, und ohne Erfolg. Diese Dinge tun weh. Wenn Sie von einer Milliarde Fördergelder ausgehen und wissen, daß die französische Firma Elf Aquitaine 2.500 Beschäftigte zugesagt hatte, aber in der Raffinerie nur 850 Arbeitskräfte beschäftigt sind, so ist das für einen Mittelständler schwer zu verstehen. Mit der Milliarde könnten Sie vielen Mittelständlern unter die Arme greifen und unzählige Mittelständler unterstützen. Das sind so Dinge, die nicht stimmen, aber ich möchte es auch nicht unkommentiert lassen. Auch die Bemerkung, der Handel habe nie Fördermittel bekommen, ist nicht ganz richtig. Ich habe zwischen 8 % und 12 % Investitionszulagen vom Staat erhalten. Ich weiß nicht, wie das bei den Bäckern des Landes war. Sie haben heute auch noch eine 10 % Förderung im Handel. Auch das ist ein Problem, über welches man zu reden hat, damit der Handel weiter in der Förderung bleibt. Es ist natürlich nicht einzusehen, warum man den Handel großflächig ausnimmt. Man muß sich natürlich darüber unterhalten, was ist Handel und wen will ich fördern? Will ich den Handel fördern, der eine Verkaufsfläche von 300 qm hat, das ist dann wieder der kleine Mittelständler, oder will ich Aldi oder Edeka oder wen auch immer fördern? Der Handel sollte natürlich gefördert werden. Auch die Unterstützung von Messen ist notwendig. Die Kammern haben ein Förderprogramm für Messen aufgelegt. Das Unternehmen muß mit seinen Produkten auf die Auslandsmärkte, denn woher soll das Ausland wissen, daß es so viele hervorragende Produkte gibt. Frau Lotzmann, ich gebe Ihnen völlig recht, daß der hiesige Mittelstand sich diesen Speck noch nicht angefuttert hat, um Investitionen in Messen zu tätigen. Dazu braucht der Unternehmer die Förderung, auch vom Land. Es wäre mir schon wichtig, diese Messeförderung breiter anzulegen. Aber ich sagte es auch schon eingangs, wir brauchen nicht allein nur solche Fördermittel, sondern wir brauchen wirklich die Begleitung und Förderung von der Produktion der Waren bis zum Vertrieb und Absatz.

Wenn ich noch etwas zu der Aktion sagen darf, die gerade in Sachsen-Anhalt angelaufen ist, Pakete aus Sachsen-Anhalt in den Westen zu schicken. Wir machen das also auch. Wir haben übermorgen in Halle eine konstituierende Sitzung, und ich werde dort den neugewählten Vollversammlungsmitgliedern den Vorschlag machen, daß die 78 Vollversammlungsmitglieder ihren 78 Kollegen aus Karlsruhe, das ist unsere Partnerkammer, daß sie denen ein Paket aus dem Osten zusenden mit Produkten, die hier im Osten erzeugt worden sind, damit sie sich von der Qualität überzeugen können.

Ich muß Ihnen sagen, wenn man im Jahre 1991 den damaligen Wirtschaftsminister Möllemann erklären mußte, was Listungsgebühren sind, das ist natürlich fatal. Wenn ein ostdeutsches Produkt nicht auf Augenhöhe im Regal liegt, ist es schwer zu verkaufen. Und unsere Produzenten sind überrascht worden,

als man ihnen 1991/92 mitgeteilt hat, wenn er z. B. schon mit seinem Zorbiger Pflaumenmus in den Markt will, aber dann bitte für Edeka von Garmisch-Partenkirchen bis hoch nach Schleswig-Holstein. Damit waren damals und sind auch heute noch viele ostdeutsche Firmen überfordert. Sie haben das nicht geschafft, sie haben das Potential nicht gehabt und dazu braucht man ganz einfach Verständnis. Ich hoffe, wenn die Pakete bei unseren Karlsruhern angekommen sind, daß das eine oder andere Produkt auch auf dem Markt im Westen in den Regalen erscheinen wird.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Fell. Ich habe jetzt noch acht Fragen. Ich schlage vor, daß wir dazu übergehen, die Fragen ein bißchen zu sammeln. In dem Sinne wäre der nächste Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Lotzmann. Sie haben in Ihrem Beitrag vorhin darauf hingewiesen, nach Ihrem Eindruck gebe es in Westdeutschland nach wie vor sehr viele Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Produkten. Und nun ist das ja etwas verblüffend, weil Sie aus einer Branche kommen, die eigentlich über Jahrzehnte einen sehr guten Absatz bei westdeutschen Großabnehmern hatte. Eine Branche, die allerdings auch nie die Chance hatte, bei dem Endkunden, dem Endverbraucher, auch die eigene Marke zu präsentieren, sondern sie wurde immer versteckt. Es war sozusagen ein anonymer Lieferant, da kam allenfalls noch ein Markenzeichen des Vertreibers hinein. Wenn Sie sagen, da sind immer noch Vorbehalte, dann glaube ich, daß es auch umgekehrt eine ganze Reihe Grundsympathien gibt, daß man eigentlich gerne kaufen möchte. Was müßte geschehen, um solche Vorbehalte abzubauen?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Kutzmutz bitte.

Abg. Rolf Kutzmutz (PDS): Eine Frage, die sich mit der Zukunft von Unternehmen beschäftigt. Vorhin wurde gesagt, man solle im Osten nicht mit Durchschnittszahlen rechnen. Nun ist aber immer wieder gesagt worden, 500.000 Unternehmen mit etwa 3,4 Mio Beschäftigten seien im Mittelstand entstanden. Jetzt gibt es den aktuellen Steuerstreit zwischen Kommunen und Unternehmen und Herrn Waigel. Ich nenne das Stichwort Gewerbesteuer. Jetzt meine Frage an Sie, die Praktiker. Inwieweit denken Sie, wenn die Gewerbesteuer eingeführt würde, das ist ja der Streitgegenstand, inwieweit denken Sie, wie viele Betriebe oder Unternehmen würde das in Ostdeutschland betreffen?. Ich weiß, daß die Steuer etwa 500 bis 600 Mio. DM einbringen würde. Auch die Ausfälle wurden ausgerechnet, aber mit welcher Anzahl von Betrieben rechnen Sie etwa in Ostdeutschland, die davon betroffen wären?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Wen wollen Sie fragen, Herr Kutzmutz?

Abg. Rolf Kutzmutz (PDS): Ich frage das allgemein, wer sich dazu äußern will.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Es ist natürlich etwas bequemer, wenn wir wissen, wen wir ansprechen sollen. Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine Frage richtet sich an Frau Lotzman und Herrn Fell. Mich würde interessieren, und die Frage schließt gewissermaßen an eine Bemerkung von Frau Lotzmann an, inwieweit Sie denn prinzipiell und perspektivisch die Möglichkeiten einer Kooperation des ostdeutschen Mittelstandes mit osteuropäischen Unternehmen sehen bzw. überhaupt einer Kooperations- und Arbeitsgemeinschaft nach Osteuropa Erfolg beimessen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich möchte fragen, wer auf die Frage nach der Gewerbekapitalsteuer antworten möchte, weil das wohl das komplizierteste Thema ist. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Ich werde es versuchen. Ich habe natürlich den Vorteil, daß ich eine Kammer hinter mir habe, und ich zu solchen Sachen schon sehr oft gesprochen habe. Es dürfte wohl klar sein, daß die Gewerbekapitalsteuer eine Substanzsteuer ist. Wir haben das mal durchgerechnet und gehen davon aus, daß im Kammerbezirk Halle/Dessau 85 % der Unternehmen zur Gewerbekapitalsteuer herangezogen werden würden. Und das wäre für viele Unternehmen das Aus. Die Unternehmen müßten sich einen Kredit holen, um die Gewerbekapitalsteuer zu bezahlen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke. Herr Fell, wollen Sie auf die anderen Fragen gleich mit eingehen, weil Sie einmal dabei sind?

Wolfgang Fell: Zur Kooperation mit osteuropäischen Firmen. Die Kammer Halle/Dessau hat am 21. November 1996 in Moskau einen Vertrag mit Baschkurdistan unterzeichnet, mit der Industrie- und Handelskammer in Baschkurdistan, ehemals Baschkirien, und hier gibt es schon verschiedentliche Kontakte, die auch als sehr positiv einzuschätzen sind, wo Unternehmen aus unserem Kammerbezirk mit Unternehmen in Baschkurdistan kooperieren werden. Das führt auch dazu, daß z. B. die Deutsche Bank mit der Staatsbank in Baschkurdistan einen Vertrag abgeschlossen hat. Zum zweiten ist man aktiv dabei, eine direkte Fluglinie von dem Flughafen Leipzig/Halle nach Baku bzw. Ufa einzurichten. Es ist notwendig, nach Osteuropa zu gehen, aber immer auch mit dem Blick, daß nichts wegbricht. Es ist natürlich auch gar nicht so einfach, Produkte dahin zu liefern. Das geht recht schnell, aber man braucht dafür auch Geld, und das möchte man möglichst in bar haben und wenn das alles nur über Banken abläuft, über Verrechnung, das ist schon recht kompliziert. Am besten ist es, wenn man mit dicken Koffern mit dem Geld wieder zurück in Leipzig oder in Halle angekommen ist.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön. Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Bei der Bemerkung von Herrn Fell möchte ich einsteigen. Also mit dem Koffer Geld bin ich nicht einverstanden, obwohl ich nun sicherlich in diesem Jahr sehr schwierige Erfahrungen gemacht habe. Die politische Entwicklung in Weißrußland konnte man erst richtig einschätzen, als Lukaschenkow vom Volk gewählt wurde. Aber ich arbeite ja seit sieben Jahren dort drüben, und habe eigentlich die Jahre davor eben genau das nicht gemacht, daß ich mit dem Koffer Geld über die Grenze bin. Ich glaube, wenn wir über seriöse Kooperationen reden wollen, wenn wir darüber reden wollen, mit Osteuropa in Partnerschaft etwas aufzubauen, dann dürfen wir nicht davon ausgehen, daß wir mit einem Koffer Geld über die Grenze kommen müssen, dann können wir die Kooperation vergessen.

Ich sage Ihnen, jeder Russe fragt sich, wenn es ein neues Gesetz gibt, zu allererst, wie kann ich das Gesetz unterwandern. Und das kann ja nicht Sinn der Sache sein, so in einem Wirtschaftssystem zu arbeiten. Daß es im Moment keinen anderen Weg gibt, ist eine andere Frage. Nur ich glaube, wenn wir auf der Ebene nicht nur ein einmaliges Geschäft zwischen Unternehmen anstreben, wenn wir über Kooperationen reden, die dringend notwendig sind, dann müssen wir auch Ordnungsmäßigkeit einfordern, um eine Kooperation aufzubauen.

Ein zweites Thema in dem Zusammenhang, was mich unglaublich bewegt: Wir haben doch immer davon geredet, daß wir Ostdeutschen know-how in Osteuropa hatten, und daß wir uns alle in Osteuropa gut auskennen würden. Ich sage Ihnen eins, wenn Sie nach Samara oder sonstwohin gehen, dort finden Sie massenweise deutsche Betriebe, aber Sie finden kaum einen ostdeutschen Betrieb. Die Westdeutschen sind zum größten Teil nicht selbst dort drüben gewesen, oder wenn, dann sind sie gerade mal bis Moskau gekommen, und glauben, das sei Rußland. Sie haben sich alle die nützlichen Ostdeutschen geködert und die sind jetzt da drüben unterwegs. Und jetzt kommt eigentlich das Problem, was uns Ostdeutsche bewegt. Wir haben einfach die „Kohle“ nicht, um nach Osteuropa zu gehen und das durchzustehen. Ich habe es getan, auch Prioritäten gesetzt, und tue es auch heute noch, aber irgendwo ist es schon für ein mittelständisches Unternehmen ein finanzielles Problem. Das betrifft ja andere Länder genauso. Ich kann in den USA genau so schnell arm werden wie in Rußland.

Zur Frage der Vorbehalte gegenüber ostdeutschen Produkten: Das ist, glaube ich, eines unserer Probleme, daß wir früher so gut und billig für den Westen produziert haben. Sie glauben, daß sie die Strumpfhose immer noch für 32 Pfennige oder 18 Pfennige kaufen können. Da die Firma Esda heute 98 Pfennige für die Strumpfhose haben will, oder was auch immer, ist das schon ein Problem. Und das zweite Problem besteht darin, daß der Westdeutsche von uns nicht eine Eigenkollektion haben will. Solange ich für Louis Ferault genäht habe, und ich bin in der ganze Branche bekannt dafür, was wir für eine Superqualitätsarbeit gemacht haben, und Louis Ferault ist einer der Anspruchsvoll-

sten in der Fertigung seiner Kostüme, war alles in Ordnung. Aber wenn ich sage, ich komme jetzt mit meinen Kostümen, in denen dann „Edition Lotzmann“ steht – das war jetzt der Werbespot – dann bin ich nicht mehr das geliebte Kind, weil ich ja inzwischen Mitwettbewerber geworden bin. Der Vorbehalt hinsichtlich der Ostprodukte resultiert eigentlich daraus, daß man uns einfach nicht zutraut, nach wie vor nicht zutraut, daß wir richtige Spitzenprodukte herstellen können. Das betrifft nicht die Fertigungsqualität, sondern eher das Design. Was man dagegen tun kann, weiß ich nicht. Hier muß jedes Unternehmen einfach in die Offensive gehen. Es nützt sicherlich auch keine Staatsdoktrin mit der Einkaufsinitiative Ost, wenn Unternehmen im Westen gesagt bekommen: Ihr müßt jetzt nach Dresden gehen und Ihr müßt Euch dort anschauen, was da für Produkte entstehen. Das haben wir in der DDR 40 Jahre erlebt, und der Zwang hat eigentlich nichts bewirkt. Wenn z. B. Tengelmann aber jetzt aufgrund der Ostpakete-Initiative von selbst sagt, da sind ja ein paar Produkte dabei, die gut sind, und wenn die Preise stimmen sollten, dann kommen wir sicherlich auch ins Geschäft. Das eigentlich der Weg, den man keinem Unternehmen ersparen kann. Ich glaube nicht, daß wir das über eine Doktrin erreichen können, damit Ostprodukte besser in den westdeutschen Markt kommen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, das war die erste Dreierunde. Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Drei Fragen habe ich. Davon eine, die ich vorhin schon einmal gestellt, aber keine Antwort bekommen habe. Ich versuche es noch einmal. Die erste Frage an Herrn Fell, die zweite und die dritte Frage, wenn Sie wollen, an alle.

Es gibt eine ganze Reihe von Insolvenzen im Mittelstand. Mich interessieren jetzt nur die in den neuen Bundesländern im mittelständischen Bereich. Läßt sich sagen, wieviel Prozent von diesen Insolvenzen alleine darauf zurückgehen, daß eine mangelnde Zahlungsbereitschaft der Kunden der Grund gewesen ist? Wieviel Prozent der Firmen gebe es heute noch, wenn die Kunden, nachdem sie die Ware oder die Dienstleistung erhalten haben, sofort bezahlt hätten?

Zweite Frage: Die Koalition hat sich in den letzten Monaten gequält, um das ihrige dazu beizutragen, damit es mehr Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland gibt, zum Teil auf dem Hintergrund von Erwartungen, die die Industrie oder der Mittelstand an uns herangetragen haben. Wie beurteilen Sie das, was die Regierung in diesem Bereich getan hat? Müßte möglicherweise noch mehr passieren? Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, neue Arbeitsplätze im Mittelstand unter den gegenwärtigen Bedingungen zu schaffen, auf dem Hintergrund dessen, daß fast alle der Meinung sind, die Industrie wird diese neuen Arbeitsplätze nicht schaffen, sondern neue Arbeitsplätze kämen im wesentlichen aus dem Mittelstand und aus dem Handwerk.

Die Frage, die ich vorhin schon einmal gestellt habe: Fördermittel heißt ja – zum Teil zumindest – öffentliche Fördermittel oder öffentliche Begünstigung,

d. h. da haben wir alle etwas dazu gegeben. Gleichzeitig höre ich, daß Sie große Schwierigkeiten haben, was das Eigenkapital angeht. Was halten Sie von Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bzw. in Steuerzahlerhand, und wäre das nicht auch ein Akt der Fairneß, daß diejenigen, die jetzt etwas dazu geben, nachher auch etwas davon erhalten, wenn es Gewinne gibt?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Professor Dr. Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich hätte zwei Fragen an jeden, der darauf antworten möchte. Die eine Frage betrifft die Zahlungsmoral. Es ist heute vormittag schon angesprochen worden, daß natürlich das Bürgerliche Gesetzbuch Ihnen ja die Möglichkeit eröffnet, einen Verzugsschaden beim säumigen Schuldner geltend zu machen, und, wenn dieser noch liquide ist, ihn zur Not auch zwangsweise durchzusetzen. Meine Frage: Die Zahlungsmoral betrifft ja nicht nur die Firmen hier in den neuen Bundesländern, sondern ist wahrscheinlich ein gesamtdeutsches Problem. Haben Sie nur auf Grund Ihrer dünneren Eigenkapitaldecke besonders darunter zu leiden, oder ist es gar kein spezifisches Problem, was Sie hier als ostdeutsche mittelständische Unternehmen angeht?

Zur zweiten Frage: Alle vier Referenten haben mit mehr oder weniger deutlichen Nebensätzen auf die Rolle der Verwaltung beim Aufbau Ihrer Unternehmen hingewiesen. Die Stellungnahmen waren insoweit jedoch nicht ganz einheitlich. Herr Werner hat sich über die Steuerverwaltung beklagt und über die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen; Herr Fischer hat über die Überregulierung geklagt; Frau Lotzmann hat dagegen die Treuhand und die BvS positiv bewertet, und Herr Fell hat von der „Aufbaufunktion“ der Kammern und ihrer Beratungstätigkeit gesprochen.

Meine Frage betrifft deshalb Ihre ganz persönlichen Erfahrungen. Haben Sie die Verwaltung, und wenn ja, in welchen Bereichen, eher als Förderer oder eher als Hemmschuh Ihrer unternehmerischen Tätigkeit erlebt? Lag das an objektiven Hemmnissen oder möglicherweise an einem noch überlieferten (preußischen) Beamtenelbstverständnis, das den Bürger nicht so sehr als Kunden, sondern als „Bittsteller“ begreift?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich habe zwei Fragen. Alle Jahre wieder kommt nicht nur Weihnachten, sondern auch das Problem der Lehrstellen in Deutschland. Nun haben wir ja heute gehört, daß der Mittelstand und das Handwerk die tragende Säule unserer Volkswirtschaft sei. Finden Sie es richtig, daß jetzt alle Welt sozusagen still und heimlich dem Mittelstand alleine die Ausbildung unserer jungen Menschen überläßt? Immer mehr klinkt sich auch die Öffentliche Hand aus der Ausbildung aus, ebenso die Großindustrie. Wie ist Ihre Erfahrung mit der Lehrlingsausbildung? Wie sieht es in Zukunft aus?

Haben wir da noch mehr Probleme, weil ja in den nächsten Jahren auch stärkere Jahrgänge zu erwarten sind? Das wären die Fragen an alle vier Referenten.

An Herrn Fell noch einmal eine Nachfrage: Wir haben gerade von der Gewerbesteuer gesprochen, und Sie haben etwas gesagt, das war für mich überraschend, daß 85 % aller Unternehmungen im Kammerbezirk Halle/Dessau Gewerbesteuer zahlen, einschließlich der Banken und der noch vorhandenen Großbetriebe. Mir ist aber aus den Altbundesländern bekannt, daß da nur 15 % der Betriebe Gewerbesteuer zahlen. Können Sie mir das erklären?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Persönlich angesprochen sind Frau Lotzmann und Herr Fell. Ich fange mit Frau Lotzmann an. Und die anderen, die nicht benannt sind, denken bitte einmal darüber nach, welche Frage sie als ihre eigene Frage betrachten wollen. Frau Lotzmann bitte.

Martina-Elvira Lotzmann: Ich fange bei der Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze an. Ich bin nicht ganz der Auffassung, daß die wenige Industrie, die da ist, nicht in der Lage sei, auch weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Ich mache es aber auch wieder an meinem Beispiel transparent. Ich überlege mir schon bei jeder einzelnen Arbeitskraft, ob ich sie wirklich einstellen muß oder nicht, da es erhebliche Pflichten des Unternehmers gegenüber den einzustellenden Arbeitskräften gibt. Ich wünsche mir eigentlich jetzt nicht eine spezielle Förderung oder zusätzliches Geld, auch keine Abgaben für wegfallende Arbeitsplätze oder für fehlende Lehrstellen, oder so etwas, weil das alles Dinge sind, die nur restriktiv wirken. Ich glaube aber, wenn ein Unternehmen wirklich Arbeitsplätze schafft, und so etwas wird z. B. bei den Investitionen über Steuern vergolten, wenn man bestimmte Voraussetzungen und bestimmte Grundbedingungen vom Gesetzgeber schaffen würde, würde mancher Unternehmer über zusätzliche Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze nachdenken.

Mit der zweiten Frage bin ich Moment selbst etwas überfordert. Der Staatssekretär Ludwig war unlängst mit uns zusammen und sprach davon, daß das Arbeitsförderungsgesetz in einem bestimmten Rahmen überarbeitet wird, bezüglich der Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften. Wenn so etwas eintritt, dann ist das eine Alternative dazu, die mit Sicherheit äußerst nützlich wäre, um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu stimulieren. Andererseits baue ich selbst Lohnarbeitnehmer im Moment um mich herum auf, die juristisch selbständig sind, aber von mir Arbeit bekommen, auch hier in Ostdeutschland, nicht nur im Ausland. Es ist eigentlich egal, wo ich die Arbeitsplätze schaffe, die Hauptsache ist, es wird Arbeit geschaffen.

Zur Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ich weiß es nicht so genau. Ich kann das nicht so genau überschauen, was dann irgendwann auf mich zukäme. Im Prinzip habe ich gegen die Grundidee eigentlich gar nichts. Warum soll das Geld nicht auch an die Öffentliche Hand bzw. an den Arbeitnehmer zurückfließen, wenn der Betrieb richtig läuft und Geld verdient wird?

Aber es muß in einer gerechtfertigten Form sein, so daß das Unternehmen dadurch nicht geschädigt wird.

Zur Frage der Zahlungsmoral der Westdeutschen. Da meine ich schon, daß wir Ostdeutschen mehr davon betroffen sind, weil wir einfach zu wenig Geld haben. Wir können schon den kleinsten Zahlungsausfall kaum ausgleichen. Ich sprach vorhin davon, wir sind inzwischen so weit, daß der Vorlieferant Vorkasse will, und der Nachlieferant sowieso nicht nach 60 Tagen zahlt. Damit wird die Decke immer kürzer. Bei westdeutschen Unternehmen ist es natürlich genauso ein Problem, der hat ja inzwischen auch Liquiditätssorgen, nur ist er natürlich ein bißchen reicher als wir und hat somit ein bißchen länger Zeit, bis ihm die Luft abgeschnürt wird. Die Bürokratie ist ein Hemmschuh, das ist schon wahr. Aber aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen, es sind mir Gesetze und Regelungen lieber, als ins Bodenlose zu fallen. In Osteuropa ist es schwieriger, da dort überhaupt keine Gesetze oder Regelungen existieren. Daß uns die Bürokratie Probleme macht, und daß auch vieles überorganisiert ist, daß ist eine ganz andere Frage.

Einige Bemerkungen zum angesprochenen Problem der Lehrstellen: Ich bin ja sehr für Lehrstelleninitiativen. Ich habe dieses Jahr Lehrlinge gesucht, ich habe keine gefunden. Wir haben eine Umfrage im Groß- und Außenhandel gemacht. Von allen ostdeutschen Präsidenten kam die gleiche Antwort. Es gebe in den einzelnen Ländern mehr Lehrstellen als Lehrlinge und es gebe Lehrlinge, die haben keine Lehrstelle, aber die wollen auch gar keine haben. Also auch hier glaube ich, das ist wieder der typische Fall, wir sollten dem Mittelstand, der willig ist, Lehrlinge auszubilden, eine Chance geben und ihn entlasten. Ich würde auch gerne noch ein paar Lehrlinge ausbilden, aber ich bin nicht bereit, 1.000 DM für einen Lehrling zu bezahlen, wenn meine Näherinnen 1.200 DM Leistungslohn bekommen. Hier sollte man Entlastungen für den Mittelstand schaffen. Wir müssen m.E. aber aufhören, nur nach Lehrstellen zu schreien und die Entwicklung, die etwas überproduzierte Sorge um die Jugend, vernünftig betrachten. Wir müssen beim „Krebsschaden“ anfangen, nämlich die Jugend dazu erziehen, daß sie sich wieder bemüht, eine Lehrstelle zu bekommen. Wenn ich höre, daß der Lehrling sagt, nach seiner Lehre suche er sich sowieso keinen Job, und er sei froh, daß er gar nicht in dem Unternehmen bleiben brauche, weil er sowieso erst einmal zu Hause bleiben und sich ausruhen wolle, dann glaube ich, sind wir wieder bei diesen „Krebsschäden“, weil wir einfach sozial zu gut abgesichert sind. Die Sache ist also zweischneidig. Letztlich braucht der Mittelstand aber eine Unterstützung, um Lehrlinge auszubilden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, Frau Lotzmann. Herr Fell bitte.

Wolfgang Fell: Zu ihrer Frage bezüglich der Insolvenzen und mangelnden Zahlungsbereitschaft, Herr Vorsitzender. Wieviel Prozent von diesen Insolvenzen allein darauf zurückgehen, daß eine mangelnde Zahlungsbereitschaft der Kunden dazu geführt haben, daß die Firmen zur Gesamtvollstreckung ka-

men, das kann ich Ihnen nicht sagen. Bezüglich der Prozentzahl bin ich wirklich überfragt. Aber es ist natürlich auch ein Teufelskreis. Es ist ja mitunter nicht immer böse Absicht. Aber ich muß hier auch noch einmal ganz eindeutig sagen, daß ich aus meiner Sicht als Brennstoffhändler nicht zulasse, daß man die Öffentliche Hand einseitig kritisiert. Ich habe innerhalb von 14 Tagen mein Geld. Ich habe damit kein Problem. Wen es am meisten trifft, das ist die Bauindustrie. Aber das ist auch eine Frage der Qualität und da ich selbst jetzt einen neuen Firmen- und Privatsitz gebaut habe, muß ich Ihnen sagen, was ich dort erlebe, ist eine Katastrophe. Und daß dann natürlich der Bauherr nicht die volle Summe bezahlt, und daß das beim Kleinunternehmen natürlich auch zu Schwierigkeiten führen kann, das ist wohl normal. Unsere Lieferungen an den Einzelhandelskunden werden cash kassiert. Bei den Betrieben, außer der Öffentlichen Hand, werden Zahlungsziele von 90 Tagen von den Unternehmen in Anspruch genommen. Das ist keine Seltenheit Und wenn ich heute vom Leuna-Raffinerie-Standort wegfare, liegt morgen die Rechnung bei mir im Briefkasten. Aber diese schlechte Zahlungsmoral, muß ich ganz eindeutig sagen, ist vom Westen übergeschwappt, und das haben sich die hiesigen Kunden sehr schnell angenommen. Es ist natürlich für mich schon, und da komme ich auf Ihre Frage zurück, wichtig, die Gerichtsbarkeit in dieser Hinsicht zu verstärken. Aber wenn wir die Kraft aufwenden, einen Parksünder, der im Parkverbot steht und 30 DM nicht bezahlt, bis zur Haftandrohung verfolgen, dann stimmt in diesem Land etwas nicht. Das ist für mich eigentlich das Fatale. Wir müssen uns darauf konzentrieren, denjenigen, der das Geld hat, eine Leistung bestellt hat, die Lieferung dazu bekommen hat, den müssen wir so schnell wie möglich, notfalls per Gericht, dazu bringen, auch dem Vorlieferanten sein Geld zu geben.

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Mittelstand: Es ist richtig, daß 80 % der Arbeitsplätze im Mittelstand geschaffen werden und nicht in der Großindustrie. Nun haben wir hier nicht mehr die Großindustrie, wie sie mal zu DDR-Zeiten existierte. Da ich ein bißchen wegen der Brennstoffe mit denen zu tun hatte, darf ich Ihnen sagen, daß bei der Mitteldeutschen Braunkohle zu DDR-Zeiten 55.000 Beschäftigte in Lohn und Brot standen. Wir haben heute noch 7.000 Beschäftigte, und das ist durch viele Maßnahmen sozialverträglich geregelt worden. Es ist natürlich nicht einfach, wenn ein Mann mit 40, 45 Jahren heute zu Hause ist. Die Braunkohle existiert heute ohne Subventionen, und im westdeutschen Steinkohlenbergbau sind es heute 12 Milliarden Subventionen, da ist die Frage der Einsparungspotentiale in diesem Land recht groß.

Zur Bürokratie in der Verwaltung: Ja Gott, Bürokratie, wo ist sie nicht überall, der Amtsschimmel wiehert überall. Es ist eben ein Gesetz und ein Beamter zieht das durch nach Treu und Glauben. Dem entgegen zu treten, ist natürlich ganz schwer. Aber die Gesetzesflut, die haben wir ja nun mal mit dem 3. Oktober 1990 überstülpt bekommen, und damit müssen wir nun leben. Es ist wirklich angesagt, die Gesetze, nicht nur das Steuerrecht, sondern allgemeine Gesetze zu reformieren, und ein bißchen Licht in den Dschungel der Gesetzeschlangen zu bekommen, um auch ein bißchen wieder atmen zu können.

Komplizierter wird es wahrscheinlich, wenn Sie sich mit einem produzierenden Unternehmer unterhalten würden. Er hat Auflagen z. B. zur Umweltverträglichkeit etc. einzuhalten, wobei sie hier im Osten Deutschlands schnellere Genehmigungsverfahren durchziehen als in den alten Bundesländern. Da gibt es also auch positives zu vermelden.

Herr Eppelmann, zu Ihrer Frage Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Da bin ich auch nicht der kompetente Mann, ebenso wenig wie Frau Lotzmann. Da müßte man hinterfragen, was kommt nachher auf den Unternehmer zu? Was passiert Ihnen, wenn sie mit ihrer Firma und dem Geld der Arbeitnehmer baden gehen? Ich muß sagen, Geld gibt es auch im Osten genug. Der Sparkassen- und Giroverband hat vor einigen Tagen erklärt, daß zwar die Ostdeutschen auf der hohen Kante prozentual nicht so viel haben wie die Westdeutschen. Aber die Summe soll nicht unerheblich sein, was dort auf der hohen Kante liegt. Der Sparkassen- und Giroverband sagt aber auch, das Kapital muß in den Kreislauf der Wirtschaft. Da fragt man sich natürlich, wie man das Kapital auch wieder vermehrt zurückbekommen kann. Es gibt so ein dummes Sprichwort, Kapital ist so scheu wie ein Reh. Daher muß man natürlich Möglichkeiten schaffen, daß der private Geldgeber sein Geld, auch mit der entsprechenden Rendite, wieder zurückbekommt.

Frau Kurzhals, Ihre Prozentangaben zur Gewerbekapitalsteuer heben sich sehr von meinen Prozentangaben ab. Die Gewerbekapitalsteuer ist ja bis zum 31.12.1996 in den neuen Bundesländern ausgesetzt. Von unserer Steuerabteilung habe ich die Zahl erhalten, daß 85 % aller Unternehmen im Kammerbezirk Halle/Dessau zukünftig Gewerbekapitalsteuer zahlen müßten. Das leuchtet mir auch irgendwo ein, weil sie Gewerbekapital nicht nur aus ihrem Eigenkapital, sondern auch aus den Anlagen, aus den Krediten und aus den Immobilien haben. Wenn Sie einen Betrieb haben, der über die entsprechenden Gebäude verfügt – DM-Eröffnungsbilanz, Stichtag 1.7.1990 – wissen Sie, ist es häufig passiert, daß man die Bewertung der Unternehmen ziemlich hoch angesetzt hat, und so stehen sie heute da und ihre Kredite, die sie haben, haben sie zu 50 % der Gewerbekapitalsteuer zu unterziehen. Damit kommen sie insgesamt im Kammerbezirk Halle/Dessau auf 85 %, das ist getestet worden. Man hat in verschiedenen Branchen angerufen, und hat sich deren Zahlen geben lassen, und so kommen Sie auf einen Wert von 85 % Natürlich sind dort auch Altschulden dabei. Schon alleine Firmen, die zu DDR-Zeiten im Westen einkaufen durften, die sind mit einem Umrechnungskoeffizienten von 1:4,3 belastet worden. Wer also für eine Mio. DM eingekauft hat, ist mit 4,3 Mio Ost-Mark belastet worden. Und das sind Altschulden.

Zur Frage der Lehrstellen im Mittelstand und der Behauptung, die Öffentliche Hand ziehe sich bei der Ausbildung der Lehrlinge zurück. Ich habe im vorigen Jahr zur letzten Vollversammlung im November des Jahres 1995 gesagt, wir werden wohl dieses Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr mit der Lehrstellenkampagne in der Öffentlichkeit stehen, und so war es auch. In den neuen Bundesländern haben sie bei 1.000 Beschäftigten im Durchschnitt 9,5 bis 9,8

Lehrlinge. In den alten Bundesländern liegt die Zahl bei sieben Lehrlingen pro 1.000 Beschäftigte. In den neuen Bundesländern wird somit in den Betrieben mehr ausgebildet als in den alten Bundesländern, das sollte man wissen. Zweitens: Die Gewerkschaften bilden überhaupt nicht aus. Drittens: Wir haben jetzt durch das Rüttgers-Programm Gelder freibekommen, um Lehrlinge in einem Ausbildungsring, das ist ein Zusammenschluß der Kammer mit den Landräten, auszubilden. Wir sind in der Lage, 850 Lehrlingsplätze zu vergeben. Ausbildungsring bedeutet, die Bezahlung erfolgt über das Arbeitsamt inklusive des Ausbilders, aber der Lehrling ist in der Arbeitswelt und im Betrieb integriert. Er bekommt eine Ausbildung über dreieinhalb Jahre, davon drei Jahre kaufmännische und ein halbes Jahr technische Ausbildung. Wenn er ausgebildet hat, kennt er den Betrieb und dessen Umwelt. Also nicht wie bei überbetrieblichen Ausbildungsträgern, wo die Lehrlinge mehr oder weniger nur in einem Raum sitzen, und dort beschult werden. Wir haben für die 850 Ausbildungsplätze 850 Lehrlinge angemeldet. Es haben sich 65 Lehrlinge zurückgemeldet, wie ich heute erfahren habe, die Interesse an einer Ausbildung haben. Wir haben im vergangenen Jahr in unseren vier Außenstellen, unserer Bildungs-GmbH – die Kammer Halle/Dessau hat eine 100 %-Tochter – 205 Lehrlinge eingestellt. Das sind die Maßnahmen nach § 40 Abs. II. Von diesen 205 Lehrlingen, die am 15. August eingestellt worden sind, sind jetzt nur noch 165 Lehrlinge da. Die anderen sind zwangsläufig wegen Krankenscheinfälschungen, Bummeleien etc. entlassen worden. Das sind also die Lehrlinge, die eigentlich nicht willens sind, sich auszubilden zu lassen. Das ist die Kehrseite der Medaille. Wir haben natürlich auch, und da stimme ich völlig mit der Frau Lotzmann überein, viele Betriebe, die ihre Stellen auch gemeldet haben. Kein Betrieb ist verpflichtet, seine Lehrlingsstellen dem Arbeitsamt zu melden, und da sehen Sie schon die Diskrepanz, weil das Arbeitsamt nur ca. 30 % der Stellen gemeldet hat und 100 % der jungen Menschen gehen dahin und melden sich, weil sie einen Lehrlingsplatz suchen, und da geistern dann Zahlen im Blätterwald herum, die eigentlich so nicht stimmen. Wenn von 850 freigemeldeten Stellen im Ausbildungsring sich nur 65 Jugendliche ausbilden lassen wollen, in den verschiedensten Berufen, das finde ich schon traurig. Aber auch bei allen Problemen, die es irgendwo geben wird, die es überall gibt, und man kann nicht jeden Winkel in den neuen Bundesländer ausleuchten, das Gros der Lehrlingsausbildung haben wir auch in diesem Jahr geschafft.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich bin gezwungen, auf die Uhr zu schauen, unsere Zeit ist eigentlich um. Natürlich möchte ich gerne Herrn Fischer und Herrn Werner abschließend noch einmal das Wort geben. Herr Fischer bitte.

Martin Fischer: Die Lehrausbildung im Handwerk läuft an und für sich sehr gut. Da gibt es keine Schwierigkeiten, jedenfalls nicht in unserer Branche. Die ausgebildeten Lehrlinge unterzubringen, bedeutet für unsere Branche auch keine Schwierigkeiten. Sie werden gerne in den alten Bundesländern Richtung Hannover/Braunschweig nach Beendigung der Lehre aufgenommen, weil sie natürlich sehr gut sind, da wir unsere Lehrlinge immer noch belehren, nicht

aus der Tüte zu produzieren, sondern mit Mehl und Wasser ein anständiges Brot zu backen, ohne viel Chemie. Das hat sich langsam herumgesprochen, ohne das Wort „Bio“ nun besonders hervorzuheben.

Zum Thema Mittelstand und Arbeitsplätze einige wenige Bemerkungen: Ich möchte Sie daran erinnern, Förderstedt liegt in der Nähe von Staßfurt. Da gab es einmal ein sehr großes Fernsehgerätewerk, und dieses Fernsehgerätewerk hat natürlich sehr viele und große Federn lassen müssen. Darunter leidet die gesamte Region. Von den ehemals 3.000 Brötchen, die das Fernsehgerätewerk von mir bezogen hat, wurden es immer weniger, und heute sind es 300 Brötchen. Das ist natürlich auch nicht planmäßig verlaufen. Die gesamten Zulieferbetriebe waren mittelständische Unternehmen aus dem Magdeburger Raum bis nach Thüringen. Die Unternehmen sind alle weggebrochen, bis auf wenige Ausnahmen. Ich denke z. B. an die Mode und die Miederwarenproduktion in Staßfurt, die heute ein schweizerisches Unternehmen übernommen hat. Das ist gerade für unsere Frauen besonders wichtig, da das ja eine ausgesprochene Frauendomäne ist. Diese Firma hatte einmal Weltruf, auch, wenn auf den Produkten „Triumph“ stand.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Werner bitte.

Bernd Werner: Noch einmal ganz kurz zu einigen aufgeworfenen Fragen aus meiner Sicht. Es ist schwierig, im Handel Arbeitsplätze zu schaffen. Die Firma muß expandieren und im Rahmen der Expansion kann ich dann Arbeitsplätze schaffen, aber das muß genau überlegt werden. Ich habe gelernt und es hat sich wieder einmal bestätigt, daß wir unter dem Begriff Mittelstand alle Unternehmen gleichsetzen, tatsächlich aber hat jede Branche ihre Eigenheiten. Das zeigt sich u. a. darin, daß z. B. Frau Lotzmann wunderbar mit den Banken auskommt und ich komme mit ihnen nicht so gut zurecht. Die Banken sind in der gesamten Bundesrepublik, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, außerordentlich hartleibig, was den Handel betrifft, und das ist ein großes Problem.

Einige Bemerkungen zur Zahlungsmoral: Es ist bereits festgestellt worden, daß wir in ganz Deutschland Probleme mit der Zahlungsmoral haben. Im Osten wird es schwieriger, weil eine zu dünne Kapitaldecke uns zunehmend in Schwierigkeiten bringt. Ich habe viele, viele Leute gesprochen, die sagen „Du bist doch blöd, wenn du gleich bezahlst. Schiebe es doch auf die lange Bank, das bringt erst noch einmal Zinsen.“ Also wer gleich zahlt ist blöd und klug ist der, der es nach hinten schiebt.

Es wurde nach der Treuhandanstalt gefragt, und ob sie Förder- oder Hemmschuh sei. Ich erzähle Ihnen mein eigenes Erlebnis. Wir handeln alle in ganz kleinen Geschäftseinheiten. Die Treuhandanstalt hatte in der Anfangszeit HO- und Konsumgeschäfte ausgeschrieben. Ich will Ihnen gar nicht erzählen, unter welchen Bedingungen das geschah. Ich habe mich um ein Geschäft in der Innenstadt Leipzig beworben. Heute bin ich froh, daß ich es damals nicht bekommen habe. Ich hatte mehrere 10.000 DM dafür geboten, der Zuschlag ist

nach Nürnberg, zur Vereinigung der Spielwarenfachgeschäfte (VEDES), gegangen. Nun bin ich durch Zufall VEDES-Mitglied. Ein VEDES-Vertreter kam jetzt zu mir nach Leipzig und fragte, ob ich das Geschäft haben wolle, denn sie hätten den Zuschlag bekommen. Nebenbei muß ich erfahren, daß die VEDES 1.000 DM geboten hatte. Ich habe später Gelegenheit gehabt, mit jemanden darüber zu sprechen. Man hat mir zu verstehen gegeben, daß ich nur der Herr Werner aus Leipzig sei und wir heute eine freie Marktwirtschaft hätten. Die Firma VEDES sei eben ein Begriff, mit dem man etwas anzufangen wußte, und mit dem Namen Werner konnte man nichts anfangen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, der Mittelstand ist die Säule der Wirtschaft. Das ist richtig, aber verlassen sollten wir uns nicht zu sehr auf die Säule. Wir sind in einer wirtschaftlichen Umschichtung in unserem Land. Ein Konzentrationsprozeß geht in einer rasanten Schnelligkeit voran und auch der Mittelstand verändert sich. Wir werden immer mehr zu kleinen Betrieben. Gerade in meiner Branche sind ausländischen Konzerne angetreten. Gilbert, und wie sie alle heißen, sie kaufen die Geschäfte auf, die mit 30 Mio., 50 Mio. und 100 Mio. DM Umsatz handeln.

Trotz aller Schwierigkeiten würde ich den Weg nochmals gehen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, das ist eigentlich ein schönes Schlußwort. Ermutigung für uns alle. Ich möchte mir eine Zusammenfassung ersparen, das wird sicher an anderer Stelle noch passieren. Ich danke allen, die hier mitdiskutiert haben, die unseren Blick geweitet haben, die uns auch Schularbeiten nach Bonn mitgegeben haben. Dies ist auch der Sinn der Anhörung. Wir wollen ja nicht nur rückwärts schauen. Ich danke insbesondere den Referenten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Kollege Jork. Ich bitte jetzt den Kollegen Spiller, die Moderation zu übernehmen. Gleichzeitig bitte ich die Herren Dr. Wagner, Pöpping, Hühn, Oehler und Dr. Lageman, im Podium Platz zu nehmen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Auch wenn man daran denkt, daß Mittelstand ein sehr unpräziser Begriff ist, haben wir vorhin überwiegend über die Chancen und Risiken von kleinen Unternehmen gesprochen. Zum Mittelstand gehört in Baden-Württemberg mit Sicherheit auch ein Unternehmen, das 3.000 Beschäftigte hat, und das in der ganzen Welt Absatz für seine Produkte findet. Umgekehrt frage ich mich: Ist denn die ganze Förderung der ostdeutschen Wirtschaft nicht fast identisch mit der Mittelstandsförderung, weil es Großunternehmen nur noch in bescheidenem Umfang gibt?

Hier auf dem Podium ist Herr Matthias Hühn vertreten. Er ist Geschäftsführer der Hoffmann-Fördertechnik GmbH in Wurzen. Für das Bundesministerium für Wirtschaft ist anstelle des Parlamentarischen Staatssekretärs Herrn Kolb, Herr Pöpping gekommen. Für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg ist Herr Oehler und für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen Herr Dr. Lageman

vertreten. Ich freue mich, daß es auch Herr Dr. Wagner noch geschafft hat, zu kommen. Herr Dr. Wagner ist der Vorstandsvorsitzende der Thüringer Aufbaubank Erfurt.

Ich schlage nun vor, daß wir uns zunächst die Referate der Experten anhören, mit der Bitte, zehn Minuten nicht zu überschreiten. Ich möchte zunächst einen Betroffenen, nicht jemanden, der fördert oder lenkt, sondern der ein Unternehmen führt, Herrn Matthias Hühn, um einleitende Bemerkungen bitten. Insbesondere würde mich interessieren, welches denn nach Ihrer Auffassung und Ihrer Erfahrung die wichtigsten positiven Faktoren, welches die größten Hemmnisse für den Aufbau und Erfolg mittelständischer Unternehmen in den neuen Bundesländern sind.

Matthias Hühn: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich bedanken, daß Sie mir die Gelegenheit geben, aus meiner Sicht die vorgegebenen Diskussionspunkte zu erläutern. Ich muß sagen, zum Beginn des heutigen Vormittages war ich erst etwas erschrocken, denn wir begannen in der Vergangenheit zu wählen, die wir ohnehin nicht mehr ändern können. Ich bin der Meinung, wir sollten all unsere Dinge zukunftsgerichtet tun, und sollten auch bei den Dingen, die wir hier besprechen, daran denken, wie wir dem Mittelstand zukünftig helfen und stärken können. Auf jeden Fall ist ja eines klar geworden: Wir brauchen diesen Mittelstand. Wichtig ist auch die Erkenntnis, daß sich die Sorgen und Nöte in der Industrie und alle Unternehmensformen doch sehr unterscheiden.

So möchte ich mit einem ganz kurzen geschichtlichen Abriss beginnen. Unser Unternehmen, in der ehemaligen DDR ein privates Industrie- und Produktionsunternehmen, ist von Herrn Hoffmann im Jahre 1947 gegründet worden, und ich führe als Schwiegersohn dieses Unternehmen seit drei Jahren weiter. Herr Hoffmann war damals 21 Jahre alt. Aus diesem Grunde war er einer der Männer, die noch in Deutschland eine Wirtschaftsschule besuchten, in Deutschland das marktwirtschaftliche System gelernt, erlernt und studiert haben. Insofern ist er auch heute noch in der Lage, uns zu beraten, da er aus eigenem Erleben weiß, wie die Marktwirtschaft funktioniert. 1947 begann das Unternehmen mit der Produktion von landwirtschaftlichen Geräten, die zu Festpreisen produziert und verkauft werden mußten. Diese Festpreise lehnten sich an Vorkriegsprodukte an, die damals in Schlesien produziert wurden, und es gab keine Chance zu einer Preisveränderung, d. h. man konnte sich ausrechnen, wieviel Verlust an jedem Produkt gemacht wurde. Es wurde dann begonnen, Hebezeuge, unsere heute Produktion, sprich Seilzüge, zu bauen. Ein Kapitalaufbau bei 91 % Steuerprogression war unmöglich. Mit der Demontage aller seilproduzierenden Betriebe in Ostdeutschland und deren Verbringung in die damalige Sowjetunion, begannen wir 1953 mit der Produktion von elektrischen Kettenzügen als einer der ersten Produzenten, und das ist auch heute noch unser Finalprodukt. Anders als das vielleicht heute zum Ausdruck gekommen ist, wurde von diesem Unternehmen – als privatwirtschaftliches Unternehmen – bereits in den 60er Jahren in das westliche Ausland exportiert,

d. h. auch als Privatunternehmen exportierten wir nach Finnland, nach Schweden, nach Westdeutschland. In den 70er Jahren begann die Spezialisierung und Kooperation im damaligen RGW, und es wurde unserem Unternehmen ein schriftliches Verbot der Weiterproduktion von Kettenzügen erteilt, weil diese Produktion in Bulgarien stattfinden sollte. Mit der Androhung von 50 Entlassungen aus unserem Unternehmen, haben wir die Erlaubnis bekommen, dieses Produkt weiter zu entwickeln, weiter zu produzieren, bis 1972 die Verstaatlichung einsetzte. Nach einem Belegschaftsentscheid durfte Herr Hoffman weiterhin Direktor des Unternehmens bleiben, bis er 1983 in einer weiteren, damals politisch schärferen Aktion abgesetzt wurde, da er kein Mitglied der geforderten Partei war. Glücklicherweise hat er weiter das Exportbüro des Unternehmens geleitet, hat dadurch Exportbeziehungen aufgebaut und sie auch personifizieren können.

1989 hat er sich bereits für die Reprivatisierung der Unternehmen eingesetzt und hat als Berater unter Modrow das Unternehmensgesetz mit ausgearbeitet. Weil drei dieser beratenden Unternehmer damals die Situation ostdeutscher Betriebe kannten, wurde die Steuerfreiheit für drei Jahre in das Programm aufgenommen. Die Steuerfreiheit wurde aber im Juli, mit Einführung der DM, gekippt. Aus diesem Grunde standen wir vor diesem Steuerballon, von dem wir heute schon einmal gehört haben. Die Beratertätigkeit bei Modrow hatte natürlich auch einen Vorteil, denn ab 1.5.1990 waren wir als einer der ersten 10 Betriebe in Ostdeutschland wieder eine völlig selbständige Familien-GmbH.

Meine Damen und Herren, es gibt bis heute kein Lehrbuch, wie man zwei ehemals zusammengehörende Staaten, die 40 Jahre politisch getrennt waren, wieder vereinigen sollte, und es gibt auch keinen Lehrer für diesen Prozeß. Aus diesem Grunde ist es müßig, sich zu unterhalten, was wir richtig und was wir falsch gemacht haben. Wir müssen aus dem, was wir heute haben, etwas machen, und das mit allem Optimismus.

Einige Bemerkungen zur finanzielle Ausstattung und Förderung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern. Meine Ausgangs- und Betrachtungsposition ist hier ein kleines Maschinenbauunternehmen. Wir sind 60 Mitarbeiter, Finalproduzent Hebezeuge mit einer Inland- und Exportumsatz-Relation von 45:55, d. h. 45 % in Deutschland, 55 % weltweit. Zu den Fragen: Sollte sich ein kleines Unternehmen am Export beteiligen? Wie beurteilen Sie die Eigenkapitalbasis und Ertragsentwicklung der meisten mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland? Welche Unterschiede existieren und worauf führen Sie die zurück? Wir gehen von einer Unternehmenssituation aus, die jeweils branchenunterschiedlich ist. Zunächst muß man sagen, der Maschinenbau ist investitionsintensiver als viele andere Produktionszweige, als Handelshäuser, Dienstleister, Rechtsanwälte und Beratungsunternehmen. Die Analyse der Kapitalstruktur eines Unternehmens stellt sich für mich als verlorene Zeit dar, wenn wir nicht folgende Analyse durchführen. Ein Unternehmen hat, bevor wir überhaupt eine Kapitalanalyse durchführen sollten, zwei Dinge zu erfüllen:

Erstens sollte es ein wettbewerbsfähiges Produkt haben bzw. ein wettbewerbsfähiges Handels- oder Dienstleistungsprogramm, zum zweiten einen Markt für selbiges Produkt, Handels- oder Dienstleistungsprogramm. Ich verstehe unter einem wettbewerbsfähigen Produkt, daß es hinsichtlich seines technischen Standes, seiner Qualität und seines Preises wettbewerbsfähig sein muß. Ich stimme mit den Vorrednern nicht überein, daß das bei allen ostdeutschen Betrieben gegeben ist. Das ist eines unserer größten Probleme. Technischer Stand setzt eine Forschungs- und Entwicklungstätigkeit voraus, Qualität, eine qualitativ durchdachte Produktion, rationelle Produktionsorganisation und Produktionsanlagen. Der Markt für dieses Produkt setzt Werbung, Markterschließung, Marktsicherung, also ein komplettes Marketing voraus.

Um nun die Ausgangssituation feststellen zu können, sollten wir uns fragen, wie ein ostdeutsches Unternehmen entstanden ist. Dort gibt es aus unserer Sicht drei Unternehmenstypen: Den Existenzgründer, der sein Eigenkapital und seine Sicherheiten aus seinem eigenen Privatbesitz, aus seinen Grundstücken, Wohnhäusern, Barmittel und dgl. rekrutiert. Zweitens den Reprivatisierer. Dabei gibt es auch wieder zwei Unterschiede, zum einen die Reprivatisierung nach DDR-Bedingungen, nach Unternehmensgesetz, und zum anderen die Reprivatisierung nach dem späteren Vermögensgesetz. Bei diesen Betrieben ist die Kapitalausstattung in der Regel Null, Sicherheiten sind Grundstücke oder Vermögen des Unternehmens, seiner Besitzer oder Gesellschafter. Und ein weiterer Unternehmenstyp in Ostdeutschland ist ein von der Treuhandanstalt veräußertes Unternehmen, in der Regel mit einer hohen Kapitalgrundausrüstung.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Hühn, denken Sie daran, langsam zum Schluß zu kommen. Zehn Minuten waren angesagt.

Matthias Hühn: Ich mußte etwas weiter ausholen, ich bitte das zu entschuldigen. Der Unternehmenstyp der Reprivatisierer ist mehrheitlich aus Privatbetrieben, die 1972 enteignet wurden, hervorgegangen und hatte bis 1972 keine nennenswerte Möglichkeit der Kapitalbildung bei einer Steuerrate von 91 %. Wir hatten es mit unterlassenen Instandsetzungen, unterlassenen Investitionen und danach als verstaatlichte Unternehmen mit Verschleiß im Unternehmen zu tun. Gebäude und Maschinenpark waren verschlissen und der Personalstamm weniger qualifiziert als in den größeren Unternehmen, da die ehemals verstaatlichten Unternehmen nur die zweite Garde der Mitarbeiter bekamen, und u. a. auch die, die aus politischen Gründen in staatlichen Großunternehmen nicht beschäftigt wurden.

Der häufigste Fehler der ostdeutschen Unternehmen seit der Wende war die unüberlegte Investition in Gebäude, Maschinen und Anlagen, ohne marktfähige Produkte sowie die Weiterführung eines unbeweglichen, überfrachteten und damit nicht wettbewerbsfähigen Apparates.

Die Kosten für Neuentwicklung und Produktionsüberleitung sind heute für ein solches Produktionsunternehmen wesentlich höher als in den alten Bundeslän-

dern. Ein Nachbau und eine Nacherfindung bereits existierender Produkte schafft noch lange keine Evolution. Folgerichtig hätte mit dem geringen Vorteil ostdeutscher Lohn- und Lohnnebenkosten ein solches Unternehmen zunächst durch Reorganisation wettbewerbsfähig gemacht werden müssen. Ein Kapitalaufbau wäre hier notwendiger gewesen, als mit Krediten Investitionen in Maschinen und Anlagen zu finanzieren. Die zweite notwendige Schiene wäre der Aufbau eines Marktes. Ich darf ganz kurz die Kostenfaktoren für einen solchen Marktaufbau nennen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Hühn, ich muß Sie wirklich bitten, zu straffen. Wir wollen ein Podiumsgespräch führen, bei der uns insgesamt eine Stunde zur Verfügung steht. Es sollen nach Ihnen noch vier Herren reden, und da bitte ich Sie wirklich, in den nächsten zwei Minuten zum Schluß zu kommen.

Matthias Hühn: Gut, ich meine, dann sollten wir aufhören, denn man versteht die Probleme eines ostdeutschen Unternehmens nicht, wenn man die Grundlagen nicht darlegt. Aus diesem Grunde möchte ich wenigstens aus praktischer Sicht noch auf einige Probleme ostdeutscher Unternehmen bei der Markterschließung und der Straffung der Fördermittel eingehen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Dann würde ich Sie ganz präzise bitten, in zwei Minuten darzulegen, was nach Ihrer Auffassung geändert werden sollte.

Matthias Hühn: Leider müssen wir nun praktisch die Voraussetzungen auslassen.

Zur Frage 3: Welche Förderinstrumente haben sich nach Ihrer Auffassung am besten bewährt, welche als eher fragwürdig erwiesen? Positiv ist die Messerförderung für den Marktaufbau, die auf Bundesebene 1997 stark zurückgefahren werden soll. Positiv sind desweiteren diverse FuE-Förderprogramme, Investitionszulagen und Zuschüsse, die aber nur sinnvoll sind, wenn Gewinne erwirtschaftet und AfA-Möglichkeiten genutzt werden können, sonst gehen die AfA gegen das Eigenkapital. Positiv sind auch Förderprogramme für Patentrecherchen und -anmeldungen. Ein Problem bei FuE-Förderprogrammen sind aber sehr aufwendige Beantragungen, hoher Personalaufwand und auch das hohe Risiko für den Unternehmer, denn er haftet bei Insolvenz und Nichteinhaltung des Zeitplanes für die Rückzahlung.

Einige Bemerkungen zu den Fragen: Inwieweit könnte durch eine direkte und systematische Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Unternehmensneugründungen die Bereitstellung von Risiko- und Beteiligungskapital der Aufbau der neuen Bundesländer effektiver vorangebracht werden? Halten Sie zusätzliche Hilfen zur Absatzförderung für zweckmäßig und worin sollten solche Maßnahmen ggf. bestehen?

Verschiedene Politiker forderten kürzlich FuE-Förderung solle entfallen, da dies Unternehmersache sei. Diese Forderung zeugt von fehlender Sachkenntnis

der ostdeutschen Wirtschaft. FuE-Förderung und Maßnahmen der Markterschließung sind aus unserer Sicht die wichtigsten förderungswürdigen Bereiche, denn nur hier verbirgt sich unsere Zukunftschance. Heute werden in unserem Unternehmen Umsatzsteigerungen nur mit Produkten durchgeführt, die seit 1990 erheblich weiterentwickelt oder neuentwickelt wurden. Ohne diese FuE-Fördermaßnahmen wäre dieser Weg nicht gelungen. Absatzförderung ist äußerst wichtig. Nutzlose Marktanalysen zweifelhafter Unternehmensberater, Unternehmensgruppenreisen mit fragwürdigen Ergebnissen sollte man jedoch nicht fördern.

Unser persönlicher Weg zu neuen Märkten führte über Messeteilnahme und Messebesuche. Dabei werden Informationen über Land, Markt, Wettbewerbssituation, Preise, potentielle Kunden etc. beschafft. Markterschließungskosten sind heute für uns Messeteilnahme, Prospektdruck, Werbemaßnahmen, Reisekosten, technische Schulungen für Kundenpersonal, Testmuster, Marktuntersuchung, Einstiegspreise und Abnahmen bei Prüforganisationen und technischen Zulassungen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich darf mich bedanken. Ich wäre Ihnen besonders dankbar, wenn Sie uns das Manuskript hinterlassen könnten.

Ich möchte nun Herrn Dr. Wagner bitten, der als Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank eine „Mittlerposition“ bezieht, uns aus seiner Erfahrung darzustellen, welches die wichtigsten Instrumente der Mittelstandsförderung sind, und welche Probleme er bei der Förderung des Mittelstandes in den neuen Bundesländern sieht.

Dr. Carl-Ludwig Wagner: Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen ein kleines Manuskript übersandt, in aller Kürze folgende Bemerkungen: Die Förderung muß vor allem da ansetzen, wo die wichtigsten Probleme sind, soweit mit Geldförderung überhaupt diese Probleme überwunden werden können. Das ist nicht durchweg der Fall, man kann mit Geld nicht alles machen, aber man kann mit Förderung einiges bewirken. Die größten Probleme der mittelständischen Unternehmen, wie überhaupt der Unternehmen im Osten Deutschlands, liegen im Marktzugang, im Vertrieb, aber auch vielfach noch im nicht ausreichendem Know-how bei der Vertriebstechnik, zum Teil auch noch im kaufmännischen Know-how, obwohl sich das in den letzten Jahren deutlich gebessert hat. In der Modernisierung der Produktion hat sich einiges deutlich gebessert, es sind erhebliche Fortschritte in der Entwicklung moderner Produkte gemacht worden. Die Löhne und Lohnnebenkosten sind in den letzten sechs Jahren, im Vergleich zur Produktivität, zu schnell gestiegen. Letztlich bildet fehlendes oder zu geringes Eigenkapital im Mittelstand ein Problem. Das ganze ist von erstrangiger Bedeutung, weil von der Entwicklung des Mittelstandes, namentlich auch des industriellen Mittelstandes, der Erfolg oder Mißerfolg des wirtschaftlichen Aufbaus im Osten Deutschlands abhängt. Wir haben zu wenige Großunternehmen. Die wenigen Großbetriebe, die wir in den neuen Bundesländern haben, sind über-

wiegend noch Filialen von großen Konzernen aus dem Ausland oder aus dem Westen Deutschlands. Wenn ich an Thüringen denke, wo ich die Verhältnisse am besten kenne, existieren nur zwei, drei Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Selbst wenn ich die Unternehmen dazurechne, die mehr als 500 Beschäftigte haben, komme ich auf nur wenige. Ein Land wie Thüringen hat 1.380 Unternehmen des industriellen Mittelstandes. Darunter verstehen wir Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl liegt bei 80 bis 90, aber viele Unternehmen haben eben 20, 25, 30 und andere 120, 160 Beschäftigte. Auf diese 1.380 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des industriellen Mittelstandes, wird es zukünftig in Thüringen ankommen.

Was sind die wichtigsten Förderungen des Mittelstandes in den neuen Bundesländern? Wir tun gut daran, zwischen dem industriellen Mittelstand und dem nichtindustriellen Mittelstand zu unterscheiden, weil die Förderwege und auch die Förderlevels völlig verschieden sind. Die Gemeinschaftsaufgabe hat aus der Sicht des Mittelstandes den Nachteil, daß sie nur für das verarbeitende Gewerbe sowie eine begrenzte Anzahl anderer mittelständischer Unternehmen mit Primäreffekt zur Verfügung steht. Diese Förderung ist sehr begehrt und gleichwohl aber eine ständige Quelle des Ärgernisses, weil diejenigen Wirtschaftszweige, gerade auch des Mittelstandes, also das Handwerk, der Handel, die Dienstleistungen, die nicht zum verarbeitenden Gewerbe gehören, diese große Förderung nicht bekommen. Es gibt in den Ländern Versuche, auch in Thüringen, dieses etwas ausgleichen, indem bestimmte Landesprogramme mit günstigen Darlehen geschaffen werden. Thüringen hat ein Landesinvestitionsprogramm, in anderen Ländern heißt es Darlehensprogramm, oder es gibt auch bescheidene Zuschußprogramme, die ersatzweise für die Unternehmen, die nicht zum industriellen Mittelstand gehören, eine Förderung gewähren. Generell muß man sagen, daß in den letzten fünf, sechs Jahren das absolute Schwergewicht auf den Investitionen gelegen hat und noch liegt. Thüringen hat gegenwärtig jährlich aus der Gemeinschaftsaufgabe für die Investitionsförderung 1,4 Mrd. DM zur Verfügung. Das ist viel Geld. Wenn ich alles addiere, was wir für den nichtinvestiven Bereich haben, also für die Begleitung der Unternehmen nach der Investitionsphase, z. B. für die Markteinführung, den Messebesuch, die Durststrecke, bis ein Produkt zum Tragen kommt, für all das, was wir als „weichere“ Faktoren bezeichnen, dann haben wir noch nicht einmal 200 Mio. DM in einem Lande wie Thüringen zur Verfügung. Deswegen bin ich der Überzeugung, daß wir, ohne die Mittel zu erhöhen, umschichten müssen. Wir müssen versuchen, Mittel und Wege zu finden, um die Gewichte der Förderung zu verlagern. Es ändert sich nichts entscheidend, wenn wir bei der Gemeinschaftsaufgabe in Thüringen statt 1,4 nur 1,3 oder nur 1,25 Mrd. DM bekommen. Das würden wir zwar spüren, aber wenn wir das Geld, das dort eingespart wird, für andere Zwecke zur Verfügung hätten, wäre es wirksamer.

Wir müssen den Bestand erhalten, wir müssen den Bestand pflegen, und wir müssen den Bestand entwickeln. Die Unternehmen, die wir haben, die sich

hochgerappelt haben, die bis heute durchgehalten haben, die in der Entwicklung sind, die müssen wir halten. Wenn eines wegfällt, kommt so schnell keines mehr nach. Konkurse sind nicht immer zu vermeiden, so steht es auch in den Lehrbüchern. Aber die Vorstellung, daß dann ein neues Unternehmen nachkommt, von der Vorstellung müssen wir in weiten Teilen Abschied nehmen, und deswegen müssen wir versuchen, die Unternehmen, die wir haben, zu stabilisieren und voranzubringen. Dazu genügt eben die reine Investitionsförderung nicht.

Zu einem letzten Punkt, da ich nur noch zwei, drei Minuten Zeit habe. Wir brauchen mehr Geld für die Sanierung von Unternehmen, die nahe am Umkippen sind, die aber nach sachverständigem Urteil eine vernünftige Chance haben, denn die kriegen nirgends mehr einen Kredit.

Zur Verfügung stehen in solchen Fällen insbesondere Kredite und Bürgschaften. Konsolidierungskredite werden den mittelständischen Unternehmen in Thüringen durch die Thüringer Aufbaubank gewährt. Diese Kredite werden durch Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zinsverbilligt und entlasten somit die Kostenrechnung der Unternehmen. Bei solchen Schwierigkeiten kann nur dadurch geholfen werden, daß das öffentliche Förderinstitut, das die Refinanzierung zur Verfügung stellt, auch einen Teil des Risikos übernimmt. In Thüringen geschieht dies durch eine Haftungsfreistellung für 60 % des Kredits. Die Erfahrung hat längst gezeigt, daß ohne diese Möglichkeit der Risikoverteilung in einer Vielzahl von Fällen der lebensnotwendige Kredit nicht zustande käme. In solchen Sanierungsfällen steht im allgemeinen nur der – 1994 von der Treuhandanstalt initiierte – Konsolidierungsfonds zur Verfügung. Nur der Konsolidierungsfonds gibt die Möglichkeit, mit 100 % Risiko bei der Öffentlichen Hand, also bei der Treuhandanstalt oder auch bei den Ländern, den Unternehmen zu helfen. Aus diesem Grund ist der Konsolidierungsfonds in der jetzigen Lage in Ostdeutschland noch für einige Jahre unentbehrlich. Seine Verlängerung und Wiederauffüllung durch den Bund und die Länder sind zwingend. Es wäre unverantwortbar, diesen Fonds fallen zu lassen.

Abschließend möchte ich den Damen und Herren Abgeordneten noch folgendes ans Herz legen. Die Beihilfenkontrollen der EU werden seit längerem zu einem immer dichterem, bürokratischen Netz ausgebaut. Das ist ein dramatisches Ärgernis und zwar von Monat zu Monat mehr. So kann das nicht weitergehen. Die Richtlinie über den Konsolidierungsfonds, also die allgemeine Vorschrift, hat, bis sie in Brüssel genehmigt wurde, ein Jahr gebraucht. Jeder weiß, daß in diesem Jahr eine Menge Unternehmen den Fonds dringend gebraucht hätten und jeder kann sich vorstellen, welche Folgen es gehabt hätte, wenn wir das Jahr gewartet hätten, womit ich auch gleichzeitig frei bekenne, daß wir nicht das Jahr abgewartet haben. Und jetzt geht das so weiter mit den Einzelentscheidungen. Nur bis zu einer Höhe von 2 Mio. DM innerhalb eines geregelten, genehmigten notifizierten Beihilfesystems kann ohne Einzelnotifizierung nach Brüssel entschieden werden. Das muß man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn wir einen lächerlichen Betrag von 3 oder 4 Mio DM

– 5 Mio DM ist sowieso die Obergrenze bei dem Fonds – geben wollen, muß der mit allen Begründungen nach Brüssel notifiziert werden. Dann kommen Fragebögen, mehrere Seiten lang, und wenn diese beantwortet wurden, dann kommen wieder Fragebögen zurück, immer gerade so ein paar Tage vor dem Ablauf der Zweimonatsfrist. In zwei Monaten muß Brüssel entscheiden aber es gibt dauernd Rückfragen, die eine neue Zweimonatsfrist in Gang setzen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Dr. Wagner, Sie haben recht, vieles könnte wirklich schneller gehen.

Dr. Carl-Ludwig Wagner: Ich will das auch nicht weiter ausmalen. Es führt auch dazu, daß wir Personal beschäftigen müssen, nur um die Fragen zu beantworten. Ich sage nur, das, was Herr Stoiber in den letzten Monaten nicht müde wird zu verkünden, mit den übermäßigen Eingriffen und der übermäßigen Kontrolldichte, ist berechtigt. Das ist auch meine Meinung aus der Praxis, und ich habe mich immer für einen sehr überzeugten Europäer gehalten, und glaube, das auch jetzt noch zu sein. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. Ich darf jetzt Herrn Pöpping vom Bundesministerium für Wirtschaft bitten, sein Manuskript zu straffen und die zehn Minuten Redezeit einzuhalten. Herr Pöpping, Sie haben das Wort.

MR Veit Pöpping: Vielen Dank Herr Spiller. Ich habe ein Manuskript auslegen lassen, und möchte hier einige Schwerpunkte vortragen.

Zur Frage: Wie beurteilen Sie die Eigenkapitalbasis und die Ertragsentwicklung der meisten mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland? Gibt es dabei markante Unterschiede und wenn ja, worauf führen Sie diese zurück?

Zur Eigenkapitalbasis und zur Ertragsentwicklung liegen Bilanzanalysen der KfW, der DtA und der Deutschen Bundesbank vor. Allerdings – und dies gilt für alle vorliegenden Auswertungen – können nur die Jahresabschlüsse bis 1994 analysiert werden. Für 1995 liegen noch keine Untersuchungen vor. Bilanzen des Jahres 1996 werden frühestens in der 2. Jahreshälfte 1997 beurteilt werden können.

Die Deutsche Bundesbank kommt bei ihrer Auswertung des Bilanzmaterials von knapp 2.000 Unternehmen im Monatsbericht Juli 1996 zu dem Ergebnis, daß sich die Ertragsituation im Jahre 1994 weiter positiv entwickelt hat, per Saldo aber immer noch Verluste gemacht wurden. Die Eigenmittelausstattung verbesserte sich – gemessen an der Bilanzsumme – vor allem aufgrund der umfangreichen Entschuldung von Treuhandunternehmen durch die Treuhandanstalt im Rahmen der Privatisierung deutlich. Dies kam jedoch überwiegend größeren Unternehmen zugute, wohingegen die Eigenmittelquote in den untersuchten kleineren Firmen 1994 erneut gesunken ist.

Für die Eigenkapitalbasis der Unternehmen mit einem Umsatz bis unter 50 Mio DM gilt: Die Eigenkapitalquoten dieser ostdeutschen Unternehmen sind über die Jahre 1992, 1993, 1994 stetig gesunken. Bei Unternehmen mit einem

Umsatz bis unter 5 Mio. DM von 15,6 % in 1992, über 13,2 % in 1993 auf 11,4 % in 1994. Bei Unternehmen mit einem Umsatz von 5 Mio. DM bis unter 50 Mio. DM von 17,3 % in 1992, über 16,7 % in 1993 auf 16,0 % in 1994.

Daraus folgt: Auch wenn sich die Eigenkapitalsituation der Unternehmen in den neuen Ländern außerordentlich differenziert darstellt und nicht bei allen Unternehmen von einer Eigenkapitalschwäche gesprochen werden kann, haben doch sehr viele Unternehmen Probleme mit der Eigenkapitalausstattung. Diese Probleme stehen im Zusammenhang mit einer Ertragschwäche, die auf Managementfehler, fehlenden Absatz oder mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurückgeführt werden kann.

Trotz positiver Tendenzen in der Ertragsentwicklung in den Jahren 1992 bis 1994 beurteilt die Deutsche Bundesbank es als bemerkenswert, daß die Zahlen der Unternehmen, die 1994 Gewinne oder ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschafteten, niedriger war als 1992.

Nur 63 % der von der Bundesbank analysierten Unternehmen erwirtschafteten 1994 Gewinn oder ein ausgeglichenes Ergebnis (zum Vergleich: in Westdeutschland lag der entsprechende Anteil bei 77 %).

Insgesamt läßt sich sagen: Der Spielraum zur Bildung von Eigenkapital aus Gewinnen ist immer noch zu klein. Die Umsatzrenditen der ostdeutschen Unternehmen waren in allen Unternehmensgrößenklassen 1994 insgesamt negativ. Die untersuchten Unternehmen weisen zusammengenommen einen Verlust aus minus 1,3 Mrd. DM, d. h. 2,8 % vom Umsatz. Gegenüber 1993 ist in absoluten Zahlen der Verlust allerdings um etwa ein Drittel, gegenüber 1992 um 60 % gesunken.

Kleinere Unternehmen haben generell eine bessere Umsatzrendite als große Unternehmen. Bei Unternehmen bis unter 5 Mio. DM betrug diese 1992 minus 3,1 % 1993 minus 0,7 % und 1994 minus 1,2 %; während bei Unternehmen mit einem Umsatz von 50 Mio DM und mehr die Negativwerte deutlich höher lagen, sich aber im Zeitablauf relativ stärker verbessert haben: 1992 minus 11,5 %, 1993 minus 7,0 %, 1994 minus 3,8 %. Der Personalkostenanteil am Rohertrag (Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand und Wareneinsatz) lag mit 59,5 % deutlich über westdeutschem Niveau (51,5 %).

Berücksichtigt man die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmendaten, so besteht die Befürchtung, daß die Zahlen für 1995/96 eher wieder schlechter sein dürften. Die Gründe sind seit Herbst 1995 ein verlangsamter Aufschwung in den neuen Bundesländern, die konjunkturelle Schwäche im Westen, die sich aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung auch in den neuen Bundesländern auswirkt und die seit 1993 stagnierende schlechtere Wettbewerbsfähigkeit der neuen Bundesländer gegenüber den alten Bundesländern – gemessen an den Lohnstückkosten.

Verwiesen wird dabei auf den deutlichen Anstieg der Konkurse in den neuen Bundesländern im Jahr 1996. Gründe, die hierfür genannt werden, sind klassi-

sche Probleme der Neugründer, die schwierigen, meist verlustreichen Anlaufphasen und eine Fremdfinanzierung des Wachstums sowie fehlende stille Reserven. Hinzu kommen „Alltagsprobleme“ wie rückläufige Umsätze, Forderungsausfälle und schlechte Zahlungsmoral der Kunden, die zu Liquiditätsproblemen führen. Diese Liquiditätsprobleme führen zu Zusammenbrüchen. Ich habe wenige Unternehmen gesehen, die durch Überschuldung zusammengebrochen sind. Die meisten sind durch Zahlungsunfähigkeit in Gesamtvollstreckung geraten.

Schlußfolgerungen aus wirtschaftspolitischer Sicht: Wir haben massiv die Investitionstätigkeit finanziert, allein aus ERP-Mitteln über 50 Mill. DM in nur fünf Jahren. Die Produktionskapazität ist möglicherweise im Augenblick schon etwas zu groß. Die Schwierigkeiten liegen im Liquiditätsbereich und der Unternehmer fragt sich: Wie kann ich meine Umsätze finanzieren, wie kann ich den Forderungsbestand ausgleichen und auch die schleppenden Zahlungseingänge der Kunden sind Probleme. Deshalb haben wir versucht, durch eine ergänzende Liquiditätskomponente, die Investitionsfinanzierung zu ergänzen.

Es ist wichtig, daß wir die Banken, die in Deutschland ein sehr konservatives Sicherungsdanken haben, sicherungsmäßig entlasten können, d. h. das Risiko ist auf mehrere Stellen zu verteilen.

Erforderlich ist in erster Linie, so wie es Herr Eppelmann in seinen Eingangsworten gesagt hat, Förderung von Existenzgründungen, Festigung von Unternehmen, Modernisierung der vorhandenen Unternehmen, Entwicklung neuer Produkte und Verfahren zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Beratungs-, Informations- und Schulungsmaßnahmen.

Wichtig ist auch die Stärkung der Eigenkapitalbasis. Sie wissen, daß wir die Eigenkapitalhilfe jetzt in die ERP-Finanzierung übernommen haben. Damit ist sie von kürzungsbedrohten Bestrebungen des Haushalts etwas entlastet, und wir können zum ersten Mal dieses sehr wichtige Instrument auf eine dauerhafte Basis stellen.

Liquiditätshilfen zur Überbrückung von kurzfristigen Zahlungseingängen und dann natürlich die Absicherung von Fremdkapital durch öffentliche Bürgschaften über die Bürgschaftsbanken oder Haftungsfreistellung stehen im Zentrum der Förderung. Mit einem neuen Risikokapitalprogramm der KfW wird ferner Beteiligungsgesellschaften in Ost und West eine zusätzliche Risikoabsicherung angeboten, um so den Beteiligungsmarkt weiter zu stärken. All das sind wesentliche Eckpfeiler für die Bereitstellung von mehr Beteiligungs- und Risikokapital.

Vielleicht noch kurz zur Rolle der Banken: Die Rolle und Aufgabe der Hausbanken bestehen darin, die Unternehmen in kritischer Partnerschaft finanziell zu begleiten. Dazu muß allerdings der Unternehmer die Banken von seinem Konzept überzeugen. Ich weiß, es gibt Kritik am Bankenverhalten und es ist sicher auch nicht alles richtig gelaufen. Im Grunde genommen kommt kein Unternehmen um eine Hausbank herum. Die Unternehmen brauchen die Ban-

ken, die sie begleiten, nicht nur in der Startphase, sondern auch in der Wachstumsphase und auch in kritischen Phasen, wie Frau Lotzmann richtig bemerkte.

Die Hausbanken sind unverzichtbar. Kritische Fragen zum Unternehmenskonzept, zur Umsatz- und Ertragsersparung sind nicht immer angenehm. Kreditablehnungen sind oft schwer zu akzeptieren. Das führt zu der Forderung, die Förderkreditentscheidung nicht länger bei den Hausbanken zu belassen, sondern auf eine „neutrale“ Institution zu verlagern. Dieser Vorschlag ist mehrfach, auch mit veränderten Prämissen, geprüft worden. Jedesmal hat sich aber gezeigt, daß der Durchleitungsweg für Förderkredite über Hausbanken zwar Schwächen hat, es jedoch keine realistische Alternative dazu gibt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herzlichen Dank, Herr Pöpping, auch für Ihre Disziplin bei der Einhaltung der Zeit.

Ich darf jetzt Herrn Oehler vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg bitten, das Wort zu nehmen.

MDg Reinhardt Oehler: Es ist sehr schön, wenn ein Wirtschaftsministerium auch die Bezeichnung Mittelstand in seinem Namen führt. Das sollte ja immer ein Signal sein. Allerdings wird man sich dann auch die Frage stellen müssen, ob denn die übrigen Bezeichnungen eigentlich noch gerechtfertigt sind, denn in Brandenburg haben wir vielleicht noch ein Dutzend Unternehmen, die mehr als 500 Beschäftigte haben, also oberhalb der Grenze liegen, die die EU für den Mittelstand vorschreibt. Im Grunde sind alle eigentlich mittelständische Unternehmen.

Zweite Bemerkung: Ich habe glücklicherweise zu dem, was Dr. Wagner und Herr Pöpping vorgetragen haben, relativ wenig hinzuzufügen. Die Analyse der Situation deckt sich im Grunde auch mit einer Analyse aus brandenburgischer Sicht oder aus der Sicht eines Landeswirtschaftsministeriums.

Ich will einige Bemerkungen noch kurz unterstreichen. Es scheint auch mir wichtig zu sein, was Dr. Wagner gesagt hat, daß wir vielleicht von dem unbedingten Glauben an die absolute Wichtigkeit von Investitionsförderung ein wenig Abstand nehmen sollten. Die Bestandspflege und die Erhaltung der Unternehmen, die bislang überlebt haben, scheint mir sehr wichtig zu sein. Da ist das Instrument zur Investitionsförderung, nämlich die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA), vielleicht nicht unbedingt das wichtigste Instrument.

Wir haben leider in Brandenburg, wie sicher auch in den anderen ostdeutschen Ländern, zu wenig finanzielle Mittel, um die Bestandspflege von Unternehmen sicher zu stellen. Bestandspflege ist in erster Linie – aus meiner Sicht – Managementbegleitung, betriebswirtschaftliche Begleitung von Unternehmen, und hier kommen wir in ein haushaltsrechtliches Problem. All diese schönen Programme, über die wir gesprochen haben und die notwendig sind, wie Messerförderung, Beratungsförderung, Absatzförderung, Markterschließungsförde-

rung fallen haushaltstechnisch, wenn ich das richtig sehe, unter konsumtive Ausgaben. Und die müssen ja immer gekürzt werden, die sind ja per Definition offensichtlich ein Werk des Teufels, und die Investitionen sind immer etwas Gutes. Nur wage ich die Behauptung, daß ein Großteil der Mittel, die wir für „Investitionen“ ausgeben, nichts weiter sind als Mittel für Sanierungen oder für Konsolidierung. Wenn wir rechtzeitig genügend Mittel für die betriebswirtschaftliche Begleitung der Unternehmen einsetzen könnten, hätten wir wahrscheinlich sogar noch einen haushaltstechnischen Gewinn.

Ich unterstreiche auch die Bemerkung von Dr. Wagner zum Thema Beihilfenkontrolle der EU. Was nützt es, wenn man all diese Verfahren auf sich nimmt und das Unternehmen geht dabei in der Zwischenzeit kaputt, also unternimmt man etwas. Die Folge ist, daß möglicherweise die Prüfberichte kommentarlos an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Damit kann man Mitarbeiter auch im eigenen Hause nicht sonderlich motivieren. Ich gebe ganz offen zu, daß ich mir nicht habe träumen lassen, daß die Bäume, aus denen eines Tages einmal die Marterpfähle von Rechnungshöfen und der EU-Kommission geschnitzt werden, so schnell wachsen würden. Aber das ist in der Tat so gewesen. Dies ist, auch wenn man über die Bürokratie schimpfen mag, das ist heute auch schon angeklungen, sicher ein Problem, über das wir auch einmal gemeinsam nachdenken müssen. Es geht ja nicht darum, daß die Verwaltung das Recht bekommen möchte, leichtfertig mit anderer Leute Geld umzugehen, sondern uns geht es in der täglichen Arbeit darum, oft sehr schnell eine Entscheidung treffen zu müssen. Ich will nicht über die Unternehmen richten, die natürlich erst dann zu uns kommen, wenn es eigentlich schon fünf nach zwölf ist. Das ist ein Problem für sich, aber da kommen wir wieder auf das Thema Coaching, Beratung, Begleitung im Vorfeld. Die Unternehmen kommen in der Regel, wenn es zu spät ist, und dann müssen wir schnell handeln. Wir können dann nicht mit sämtlichen Beihilfavorschriften der EU pausenlos hantieren.

Eine letzte Bemerkung noch: Natürlich ist es wichtig, den industriellen Mittelstand zu erhalten, denn er und andere mittelständische Unternehmen schaffen die Arbeitsplätze, schaffen die Ausbildungsplätze. In der Diskussion der letzten Jahre ist mir allerdings zu kurz gekommen, daß offensichtlich viele Menschen in Ostdeutschland genauso wie in Westdeutschland, der Meinung sind, man könne 200 Jahre Industriegeschichte linear in die Zukunft fortschreiben. Das ist nicht der Fall. Wir haben auch in Brandenburg immer versucht, dort industrielle Regionen zu erhalten, wo Menschen vorher in der Industrie tätig waren. Wir setzen alles daran, daß sie auch in der Zukunft in der Industrie tätig sein können, wobei das eine andere sein wird, als sie es in der Vergangenheit war. Wir machen hier neben den konjunkturellen Problemen auch einen sehr starken strukturellen Wandlungsprozeß durch, auf den wir die Menschen auch im Grunde einstimmen müssen, und wir müssen ihnen sagen, daß diese Entwicklung der nächsten Jahrzehnte eine völlig andere sein wird.

Eine allerletzte Bemerkung zur Förderung der Forschung und Entwicklung im Mittelstand: Die für Forschung und Entwicklung ausgegebenen Mittel reichen

aus meiner Sicht auch nicht aus. Wir haben in Deutschland ein etwas konservatives Verständnis von Geldanlage. Da ist die Anlage in Immobilien und Schiffe immer möglicherweise noch interessanter und lukrativer als in den menschlichen Geist und in die menschliche Erfindungsfähigkeit. Auch das Instrument des Risikokapitals ist bei weitem noch nicht so ausgeprägt, wie das in den skandinavischen Ländern oder in den angelsächsischen Ländern der Fall ist. Hier könnte ich mir einige gemeinsame Initiativen vorstellen, und wenn es gelingt, bestimmte Aktien eines bestimmten Unternehmens so gut und so schnell an den Mann oder an die Frau zu bringen, wäre es vielleicht des Schweißes der Edlen wert, dies einmal mit Risikokapital im Bereich Forschung und Entwicklung zu tun. Mit Blick auf die Uhr schließe ich an dieser Stelle ab.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank, Herr Oehler. Ich darf nun Herrn Dr. Lageman vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung um sein Referat bitten.

Dr. Bernhard Lageman: Meine verehrten Damen und Herren, die Mittstandsförderung hat in den neuen Bundesländern im Zuge des Transformationsprozesses ein Gewicht erhalten, das weit über ihre Bedeutung in den alten Bundesländern hinausgeht. Diese Aussage bezieht sich nicht nur auf den Umfang der ausgereichten Mittel. Vielmehr kommt der Mittstandsförderung angesichts der bisherigen Ergebnisse des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Ländern heute eine strategische Bedeutung für das Gelingen des weiteren Aufbauprozesses zu, die sie im früheren Bundesgebiet und in anderen entwickelten Industrieländern nie besaß.

Im Jahre 1995 wurden in den neuen Ländern durch Bund und Länder rd. 3,9 Mrd. DM für Zwecke der Mittstandsförderung aufgewendet (ohne Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ohne Steuervergünstigungen). Damit belief sich der für die KMU-Förderpolitik eingesetzte Betrag fast auf das Doppelte der Fördermittel in den alten Ländern mit knapp 2 Mrd. DM.

Im Zusammenhang mit Einsatzzweck und Umfang der Fördermittel stellt sich, meine Damen und Herren, die Frage nach wirtschaftspolitischer Begründung und Wirkungen der Förderung.

Förderpolitiken werden auf unterschiedlichste Art begründet. Am häufigsten wird darauf verwiesen, daß strukturelle Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen, die aus einem Marktversagen herrührten, zu kompensieren seien. Vor allem bei der Finanzierung stoßen kleine und mittlere Unternehmen auf spezifische Probleme. Ein Marktversagen im Finanzierungsbereich liegt zum Beispiel dann vor, wenn ein Kreditgeschäft, das an sich für den potentiellen Kunden wie die Bank vorteilhaft wäre, aufgrund der unzureichenden Informationen der Bank über den Kunden nicht zustande kommt. Das Marktversagensargument wird indessen bei der Begründung der mittelstandsbezogenen Förderpolitiken zuweilen überstrapaziert.

Bei einer einseitigen Fixierung der Begründung der Fördermaßnahmen auf Marktversagen und „strukturelle Nachteile“ kleiner und mittlerer Unternehmen wird übersehen, daß ein erheblicher Teil der Maßnahmen darauf abzielt, die wirtschaftlichen Auftriebskräfte zu stärken und Impulse für den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Beschäftigung auszulösen.

Die große Bedeutung der dynamischen Aspekte der Förderpolitiken wird insbesondere in den neuen Bundesländern deutlich. Diese sind nach der Wiedervereinigung zum Test- und Bewährungsfeld der Förderinstrumente der deutschen Mittelstandsförderung geworden. Zwar läßt sich die grundsätzliche Förderaufgabe in den neuen Ländern nur bedingt mit derjenigen im früheren Bundesgebiet vergleichen. Die Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern ist angesichts des zu bewältigenden wirtschaftlichen Erbes der DDR-Ära und der Herausforderung des wirtschaftlichen Integrationsprozesses eine eigentlich transformations- und entwicklungspolitische Aufgabe. Jedoch bestehen hinsichtlich der Ziele, Instrumente und angestrebten Wirkungsmechanismen der Mittelstandsförderung so viele Gemeinsamkeiten, daß sich von einem Testfall der Förderung sprechen läßt.

In die Mittelstandsförderung in den neuen Ländern wurden nach der Wiedervereinigung sehr große Hoffnungen gesetzt. Hierfür war neben dem grundsätzlichen Optimismus bezüglich der Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen im wirtschaftlichen Strukturwandel die Einschätzung maßgebend, daß die bislang in eine marginale Position verwiesene mittelständische Wirtschaft sich nach Einführung der Marktwirtschaft höchst dynamisch entwickeln würde.

Festzuhalten ist, daß die mittelständische Wirtschaft in den neuen Bundesländern sich in den vergangenen Jahren insgesamt äußerst positiv entwickelt hat. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigung (rd. 55 % aller Erwerbstätigen) und zur Bruttowertschöpfung (45-50 %) der neuen Bundesländer und stellt mittlerweile – wie in Marktwirtschaften üblich – über 99 % aller Unternehmen. Freilich hat sich der Mittelstand vor allem in den Bereichen stark entwickelt, die auf lokale und regionale Märkte orientiert sind. Defizite bestehen hingegen nach wie vor bei der Entwicklung mittelständischer Unternehmen in den auf den überregionalen und den Auslandsabsatz hin ausgerichteten Wirtschaftssektoren – d. h. bei der Entwicklung der mittelständischen „Exportbasis“.

Zweifellos hat die Mittelstandsförderung erheblich zum Existenzgründungsboom in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und zur positiven Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen beigetragen. Die vorliegenden Informationen sprechen dafür, daß ohne die umfangreichen Fördermaßnahmen – vor allem die ERP-Existenzgründungshilfen und die Eigenkapitalhilfe – die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen langsamer verlaufen, es zu einer bedeutend höheren Quote von Marktaustritten gekommen und die Position des Mittelstandes in den exportorientierten Bereichen noch weitaus schwächer wäre, als sie dies heute faktisch ist.

Zugleich ist aber auch festzustellen, daß in der empirischen Wirtschaftsforschung noch ein erheblicher Untersuchungsbedarf bezüglich der genauen Auswirkungen der Mittelstandsförderung besteht. Die Wirkungen von derartigen wirtschaftspolitischen Fördermaßnahmen sind höchst komplexer Natur, und ihre wirtschaftlichen Effekte lassen sich mittels des heute verfügbaren methodischen Instrumentariums kaum erfassen. Die vorhandenen Analysen lassen zwar Plausibilitätsaussagen hinsichtlich positiver Effekte der Gründungsförderung und der Maßnahmen zur Unterstützung bestehender Unternehmen zu, eine exakte Quantifizierung ist aber in der Regel nicht möglich. Es läßt sich somit zum Beispiel nicht im Detail beziffern, wie viele der heute bestehenden Unternehmen ihre Existenz der in Anspruch genommenen Förderung verdanken oder – um ein anderes Beispiel zu wählen – wie viele der heute marktaktiven Unternehmen ohne die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zum Marktaustritt gezwungen gewesen wären.

Allerdings sollten die Wirkungsmöglichkeiten der Förderung auch nicht überschätzt werden. Die Erfahrungen mit den KMU-Förderpolitiken lassen darauf schließen, daß diese überall dort besondere Erfolge zeitigen, wo das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umfeld für die unternehmerische Betätigung besonders günstig ist. Mittelstandsförderung kann niemals die Initiative des einzelnen ersetzen, sondern nur als Katalysator der unternehmerischen Betätigung wirken. Die Förderpolitiken können zudem niemals widrige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen oder Fehlentwicklungen bei einzelnen wirtschaftlichen Rahmensetzungen ausgleichen, die für die unternehmerischen Entscheidungen besonders wichtig sind.

Bei der künftigen Gestaltung des Förderinstrumentariums sollte, meine Damen und Herren, ein Aspekt berücksichtigt werden, der in der heutigen Anhörung nur am Rande erwähnt wurde: die bisherige Entwicklung der Exportbasis in den neuen Bundesländern und die Rolle des industriellen Mittelstandes. In diesem Zusammenhang empfiehlt sich ein Blick auf die aktuelle Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern.

Nachdem die Wirtschaft der neuen Bundesländer in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung ansehnliche Zuwachsraten von Produktion und Investitionen aufgewiesen hatte, hat sich das Wachstum inzwischen deutlich verlangsamt und droht, hinter die im Westen Deutschlands erreichten Zuwachsraten zurückzufallen. Damit würde sich der ohnehin noch beträchtliche Abstand zwischen den westlichen/südlichen Teilen und dem östlichen Teil der Bundesrepublik wieder vergrößern.

Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern gibt vor allem dann Anlaß zur Sorge, wenn man die Antriebskräfte des wirtschaftlichen Wachstums in Ostdeutschland betrachtet. In den frühen neunziger Jahren haben sich vor allem diejenigen Bereiche der Wirtschaft schnell entwickelt, die auf lokale und regionale Märkte hin orientiert sind – wie Handwerk, Handel und konsum-orientierte Dienstleistungen. Die Nachfrageentwicklung in diesen Wirtschaftsbereichen wurde in starkem Maße durch die West-Ost-

Einkommenstransfers gestützt, welche insbesondere die Konsumgüternachfrage und die Nachfrage nach Bauleistungen begünstigt haben. Die vornehmlich überregional und auf internationale Märkte hin orientierten Wirtschaftsbereiche haben sich hingegen nur sehr zögerlich entwickelt.

Dieses Wachstumsmuster trägt mittlerweile nicht mehr. Zwar wird die Nachfrage nach Konsumgütern und Bauleistungen weiterhin kräftig aus den Einkommenstransfers gespeist, die Wachstumsspielräume sind aber gegenüber den Vorjahren denkbar schmal geworden. In der Bauwirtschaft hat sogar eine deutliche Schrumpfung der Nachfrage eingesetzt, die über kurz oder lang eine große Zahl von mittelständischen Baubetrieben vor äußerst kritische Ertragsprobleme stellen dürfte. Beim Aufbau der exportorientierten Wirtschaft wurde zugleich bislang kein entscheidender Durchbruch erzielt. Viele der mittelständischen Industrieunternehmen der neuen Bundesländern haben sogar weiterhin mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die ohnehin schmale Exportbasis der neuen Bundesländer scheint vor diesem Hintergrund im Moment eher von weiterer Erosion bedroht, denn vor einem entscheidenden Wachstumsdurchbruch zu stehen.

Diese Hinweise sollten nicht als Kassandrarufo mißverstanden werden, die ein angeblich schicksalhaftes wirtschaftliches Entwicklungsszenario ankündigen. Im Gegenteil, es geht darum, die möglichen Gefährdungen des wirtschaftlichen Aufbauprozesses nüchtern und rational ins Kalkül zu ziehen, und rechtzeitig über Konsequenzen für den wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatz nachzudenken. Hier liegt die große Herausforderung für die Mittelstandsförderung in den nächsten Jahren. Zwar sollte man – wie oben festgestellt – die Mittelstandsförderung nicht mit gänzlich unrealistischen Erfolgserwartungen überfrachten. Darüber, wie man die zur Verfügung stehenden Mittel noch effizienter für den wirtschaftlichen Aufbauprozess einsetzen kann, sollte indessen verstärkt und schnell nachgedacht werden.

Welche Schlußfolgerungen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Gestaltung des Förderinstrumentariums zu ziehen?

Zunächst ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß jetzt der denkbar falscheste Zeitpunkt ist, über einen raschen Abbau der Förderpolitiken in den neuen Bundesländern nachzudenken. Frühere, zu optimistische Pläne, die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen bereits jetzt stark zurückzufahren, sollten ad acta gelegt werden. Auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wird mit Sicherheit eine massive Förderung der mittelständischen Wirtschaft notwendig sein. Sobald der wirtschaftliche Aufholprozeß dann wieder an Fahrt gewinnt, könnte auch wieder über eine stärkere Rückführung der Förderung – eher mit langfristigen als mit mittelfristigen Zeithorizont – nachgedacht werden.

Des weiteren ist festzustellen, daß sich das Förderinstrumentarium in den vergangenen Jahren in wesentlichen Punkten bewährt hat und daher nicht als Ganzes in Frage gestellt werden sollte. Angesichts der kritischen Wirtschafts-

entwicklung in den neuen Bundesländern sollte jetzt aber verstärkt über innovative Lösungen nachgedacht werden, die auf eine wesentliche Stärkung des industriellen Mittelstandes abzielen. Bei nüchterner Prüfung des derzeit Praktizierten, neu Angedachten und auf dem „Markt der Ideen“ Gehandelten ist aber von einem Defizit an originellen, praktikablen und nicht in einfallsslose dirigistische Lösungen zurückfallenden Konzepten auszugehen. Politik und Wissenschaft sind gefordert, hier Abhilfe zu schaffen. Die Entwicklung der Förderkulisse in den neuen Ländern erklärt sich wesentlich daraus, daß bei Auswahl des Förderinstrumentariums weitgehend auf bereits im früheren Bundesgebiet eingesetzte Maßnahmen zurückgegriffen wurde. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Die ergänzenden Konzepte, deren man heute bedarf, wird man allerdings weder in Nordrhein-Westfalen, noch in Bayern finden.

Während die wichtigsten Instrumente der Mittelstandsförderung überwiegend positiv zu beurteilen sind, läßt die Konsistenz des Fördersystems und – noch weitaus stärker – seine Transparenz viel zu wünschen übrig. Problematisch wirkt sich dabei vor allem die große Programmvielfalt aus. Im August 1996 waren in der Förderprogrammdatenbank eines bekannten Wirtschaftsinformationsdienstes allein 71 Förderprogramme des Bundes und der Europäischen Union sowie 193 Programme der fünf neuen Bundesländer und Berlins verzeichnet. Berücksichtigt man, daß die Länderprogramme jeweils nur die im jeweiligen Land tätigen Unternehmen ansprechen, so reduziert sich die Summe der durchschnittlich erreichbaren Förderprogramme auf rd. 100 (32 Länder- und 71 Bundes- und EU-Programme). Freilich haben diese Programme ein äußerst unterschiedliches Gewicht; für das einzelne mittelständische Unternehmen dürften faktisch kaum mehr als 30 Programme wirklich von Belang sein. Festzuhalten ist indessen, daß die Ausuferung der Förderkulisse, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, wesentlich zur Unübersichtlichkeit der Förderszene beigetragen hat.

Dem gegenwärtigen System der Mittelstandsförderung ist in mehrfacher Hinsicht ein eklatanter Mangel an Transparenz anzulasten: Adressaten und Mittler der Fördermaßnahmen können sich nur mit erheblichen Anstrengungen ein Bild davon machen, welche Programme im einzelnen für sie relevant sind. Die Ziele der Förderung sind für Adressaten und Mittler der Förderung ebenso wenig überschaubar wie die grundsätzlich förderungswürdigen Tatbestände. Die Rolle der Intermediäre – Banken, Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften – in der Förderung ist für Außenstehende oft kaum einsichtig. Auch auf Ebene der Fördergeber stellt sich ein Transparenzproblem, hier allerdings weniger aufgrund der Programmvielfalt, sondern eher aufgrund der unbefriedigenden Informationsflüsse.

Die Transparenz der Mittelstandsförderung könnte dann wesentlich verbessert werden, wenn die institutionellen Mechanismen, die zur Generierung immer neuer Programme und damit zu dem viel beklagten „Wildwuchs“ in der Mittelstandsförderung führen, einer grundlegenden Reform unterzogen würden. Hier sind vor allem Bund und Länder gefordert, für eine bessere Abstimmung

ihrer jeweiligen Programmangebote zu sorgen. Dies könnte mittels klarer und verbindlicher Absprachen über die künftige Arbeitsteilung und die Einrichtung einer gemeinsamen, mit hinreichenden Entscheidungskompetenzen ausgestatteten Clearingstelle geschehen. Auf der Ebene des Bundes ist die stärkere Bündelung der Förderkompetenzen in einer Hand zu befürworten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß meiner Ausführungen zwei Punkte hervorheben, denen – so scheint mir – für die Förderpolitik in den neuen Ländern besondere Bedeutung zukommt:

Erstens: Die Mittelstandsförderung hat in den neuen Bundesländern in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Umstrukturierung geleistet. Ohne die Fördermaßnahmen wäre die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen mit Sicherheit langsamer vonstatten gegangen und mit mehr Friktionen verbunden gewesen. Angesichts dessen, daß der wirtschaftliche Aufholprozeß in den neuen Ländern in jüngster Zeit ins Stocken geraten ist, und der Aufbau des einheimischen Mittelstandes noch längst nicht als abgeschlossen gelten kann, sollten frühere Pläne, die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen bereits jetzt stark zurückzufahren, ad acta gelegt werden. Auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wird eine massive Förderung der mittelständischen Wirtschaft notwendig sein. Dabei sollte die Transparenz der Fördermaßnahmen erhöht werden.

Zweitens: Die Stagnation des wirtschaftlichen Aufholprozesses stellt eine bedeutende Herausforderung an die Mittelstandsförderung in den neuen Bundesländern dar. Zusätzlich zur Fortsetzung des Bewährten sollte verstärkt nach innovativen Lösungen für die Förderung des industriellen Mittelstandes gesucht werden. Neue Konzepte könnten zum Beispiel an der Stärkung der Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft ansetzen, dabei aber auch gleichzeitig die besonderen Defizite vieler ostdeutscher Industrieunternehmen im Management- und Marketingbereich angehen. Die bisherige Förderpolitik in den neuen Ländern ist durch eine gewisse Ideenlosigkeit bei der Entwicklung originärer Förderkonzepte gekennzeichnet – was nicht zuletzt als Vorwurf an die Adresse der Wissenschaft aufzufassen ist. Angesichts der höchst prekären Entwicklung der Wirtschaft der neuen Bundesländer sollte die Entwicklung neuer Förderkonzepte, die der besonderen Situation der neuen Bundesländer wirklich gerecht werden und einen effizienteren Mitteleinsatz versprechen, nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank. Ich habe bisher vier Wortmeldungen. Da wir insgesamt nur noch 40 Minuten für die Diskussion haben, darf ich vielleicht am Anfang fragen, ob es noch weitere Diskussionsanmeldungen gibt? Das ist nicht der Fall.

Ich bitte Sie, damit die Herren im Podium auch die Chance haben, einigermaßen angemessen antworten zu können, daß Sie sich in den Fragestellungen kurz fassen, und daß Sie nach Möglichkeit Ihre Frage an maximal zwei Podiumsglieder richten. Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Ich möchte als erstes Herrn Pöpping fragen: Was ist denn falsch gelaufen? Was ist denn möglicherweise zu gering oder falsch eingeschätzt worden? Herr Dr. Wagner, ich würde Sie gern fragen, was sagt denn Herr Ludewig zu Ihrem Konzept? Teilen Sie mir bitte einmal mit, wie Ihr Konzept aussehen könnte? Sie sagten, Herr Dr. Wagner, 1,4 Milliarden für Investitionsförderung und 200 Millionen für „weiche Investitionen“ sei die gegenwärtige Relation und das müsse anders aufgeteilt werden. Wie würden Sie denn aufteilen, wenn Sie aufteilen dürften?

Auf dem Hintergrund, was Sie gesagt haben, Herr Lageman, eine Frage an Sie alle: Sie haben bei der Förderung des Mittelstandes eine gewisse Ideenlosigkeit festgestellt und eine zum Teil prekäre Situation des Mittelstandes gegenwärtig. Was hätte anders gemacht werden müssen? Was würden Sie anders machen, wenn Sie entscheiden könnten?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Meine Frage geht an Herrn Dr. Wagner und Herrn Pöpping vom Bundeswirtschaftsministerium. Von verschiedenen Referenten, wie Herrn Fell und Herrn Oehler aus Brandenburg, wurde betont, daß der investive Bereich aus dem Rahmenplan „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eigentlich gesättigt sei.

Welche Möglichkeiten würden Sie sehen, für ein Programm zur geschlossenen Markteinführung von Produkten und Innovation in Ostdeutschland, und gibt es Möglichkeiten, Mittel dafür umzuleiten? Wie würde das Wirtschaftsministerium das dann auch ganz konkret abrechnen können? Mit investiven Mitteln ist das nicht so problematisch. Förderungen wären jetzt im konsumtiven und personellen Bereich etc. notwendig. Haben Sie dazu Vorstellungen? Das hätte natürlich auch wieder den Effekt, daß weitere Aufträge initiiert werden.

Zeigen die Veränderungen der Eigenkapitaldecke und des Jahressteuergesetzes, die Verdopplung der Rücklagen von 300.000 auf 600.000 DM heute schon Wirkungen in den ostdeutschen Firmen oder verpufft das alles, Herr Hühn?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich möchte Herrn Hühn zum Thema der Forschung eine Frage stellen. Wie organisieren Sie die Forschung? Wie wird sie finanziert? Brauchen Sie Hilfe und bekommen Sie Hilfe?

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe auch eine Frage an Herrn Hühn und Herrn Dr. Wagner. Wenn wir zu Recht sagen, die Entwicklung des industriellen Mittelstandes sei der Schlüssel für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland, gibt es aber auch eine ganze Reihe von Zweifeln. Was wären aus Ihrer Sicht die drei wichtigsten Dinge, damit der Mittelstand gut läuft?

Ich gebe zur Beantwortung der Fragen zuerst Herrn Dr. Lageman vom RWI das Wort.

Dr. Bernhard Lageman: Ich möchte versuchen, auf die Fragen nach den Alternativen bei der Förderung des Mittelstandes, einzugehen. Meine Ausführungen beziehen sich auch auf die bisherigen Ergebnisse des Transformationsprozesses. Ich bin überzeugt, daß der massive Mitteleinsatz in den vergangenen Jahren absolut gerechtfertigt war und positive Ergebnisse gebracht hat. Im Großen und Ganzen waren vor allem die großen Bundesprogramme auf dem Gebiet der Existenzgründungshilfen und der Eigenkapitalhilfen, aber auch viele andere Förderprogramme gerechtfertigt. Da die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern aber bislang noch nicht zu den erhofften Ergebnissen bezüglich eines schnellen Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft geführt hat, und da es offenbar in allen exportorientierten Bereichen der Wirtschaft noch besondere Probleme gibt, sollte man sich jetzt verstärkt Gedanken darüber machen, welche neuen, bisher nicht praktizierten, unkonventionellen Förderinstrumente man einsetzen könnte. Ich denke, es wäre unfair, allein der Politik in den neuen Ländern bzw. auch dem Bund, den Vorwurf machen zu wollen, diese Konzepte lägen nicht auf dem Tisch.

Anzudenken wäre zum Beispiel der stärkere Einsatz von Mitteln im Bereich von Forschung und Entwicklung, die kombiniert werden könnten mit Unterstützungmaßnahmen auf dem Feld des Marketing und der Steigerung der Managementkompetenz. Nun muß man natürlich nüchtern sagen, es gibt international relativ wenig Beispiele, die man zitieren könnte. Hier muß man sich über eine innovationsorientierte Politik für den Mittelstand in den neuen Bundesländern Gedanken machen, wenn man die Dinge möglichst schnell zum Laufen bringen will. Fertige Konzepte habe ich auf keinen Fall. Ich sehe hier nur Grund für ein gewisses Unbehagen an dem, was derzeit alle Wirtschaftsforschungsinstitute, auch die gesamte universitäre Forschung, zu diesen Fragen präsentieren können.

Heute morgen kam ja die Frage: Was ist denn 1990 geschehen? Natürlich ist die Praxis der Forschung vorausgelaufen. Heute stellt sich die Frage: Sollte man nicht neue Modelle für die besondere Situation in den neuen Bundesländern entwickeln, die auch über die Erfahrungen, über das bisher Praktizierte aus den alten Ländern, hinausgehen? Ich weiß, meine Antwort ist ein bißchen unbefriedigend. Ich sehe aber dieses Unbehagen an den derzeit verfügbaren Konzepten. Man muß etwas tun. Ich denke, wirklich gute Konzepte wären, einen „Preis“ wert. Man muß aber sagen, neue Ideen und Modelle liegen nicht auf dem Tisch, sie sind wirklich nicht auf dem Markt zu haben.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Das ist eine wissenschaftlich bescheidene und Sie deshalb auch ehrende Antwort, Herr Dr. Lageman. Herr Oehler, wie sieht das aus Ihrer Sicht aus?

MDg Reinhardt Oehler: Ich habe die ganze Zeit überlegt, was man auf die Frage von Herrn Eppelmann, was hätte anders gemacht werden können, tatsächlich antworten könnte. Sicher haben in den Jahren 1991 bis 1993 neue Ideen gefehlt. Wir haben auch nicht die Zeit gehabt, über neue Ideen nachzudenken, sondern haben erst einmal versucht, die Probleme zu lösen, die vor

unseren Füßen lagen. Insofern bin ich auch der Meinung, wir sollten jetzt einmal den Mut haben, im Bereich der Förderpolitik innezuhalten, nachzudenken, vielleicht Experimente zu machen. Ein Experiment wäre aus meiner Sicht, daß von der Verwaltung nicht zu Beginn eines Jahres verlangt, genau zu wissen, was im Herbst des darauffolgenden Jahres an Geld für bestimmte Situationen gebraucht wird. Wenn wir in unseren haushaltsrechtlichen Möglichkeiten freier wären, Stichwort Budgetierung, würde uns das sehr viel weiter helfen. Ich weiß heute wirklich noch nicht, welche Probleme wir in welcher Region im Land Brandenburg Ende des Jahres 1998 haben werden. Aber ich muß bis Ende Januar meinen Haushältern entsprechende finanzielle Vorgaben machen.

Was hätte anders gemacht werden können? Wir haben vielleicht auch nicht die Zeit gehabt, über eine Art gestaltende Strukturpolitik nachzudenken. Investitionen in Unternehmen, Investitionen in bestimmte Branchen, Regionalpolitik und Infrastrukturpolitik müßten tatsächlich zu einem politischen Willen zusammengeformt werden. Dazu haben wir sicher in dem Tagesgeschäft nicht die notwendige Ruhe gehabt.

Stichwort Haushaltsrecht, Haushaltstechnik: Hier sollten wir mit neuen Förderformen möglicherweise experimentieren, insbesondere wenn es darum geht, mehr in dem Bereich der Forschungspolitik zu tun, um im Grunde aus Ideen und Patenten, Innovationen zu machen. Das ist ein Prozeß, der mal kürzer und mal länger dauert, aber die Begleitung von Erfindern, von unternehmerischen Erfindern, bis ein innovatives Unternehmen entsteht, ist etwas, wo wir uns doch einmal neue Gedanken machen müssen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Pöpping bitte.

MR Veit Pöpping: Die Frage von Herrn Eppelmann ist in der Tat eine Herausforderung. Was ist richtig, was war falsch? Ich glaube, die deutsche Einheit war ein so singuläres Ereignis, womit keiner Erfahrung hatte. Es gab auch keine Muster, die man hätte übertragen können, es war ein riesiger Lerneffekt. Wenn Sie sich nur vorstellen, plötzlich haben Tausende Mitarbeiter von Sparkassen irgendwelche Kredite ausgereicht, ohne zu wissen, nach welchen Kriterien beurteilt man eigentlich die Kreditfähigkeit eines Unternehmens. Diese Situation wäre in etwa vergleichbar. Es sind dann natürlich auch Dinge eingetreten, die man eigentlich hätte voraussehen können. Einige haben zu restriktiv gehandelt, hier war ja der Vorwurf an die Bürokratie. Ein Fehler war sicherlich, daß man so großzügig und einfach die Kredite bewilligt hat. Herr Werner aus Leipzig hat hier gesagt, ich habe 40.000 DM beantragt, hätte ich doch 100.000 DM gesagt, hätte ich sie in der Anfangsphase auch gekriegt. Die anfänglich großzügige Kreditvergabe hat wiederum dazu geführt, daß dann plötzlich die Schraube zu restriktiv zurückgedreht wurde. Von da an galt plötzlich die Parole Konsolidierung geht vor Neugeschäft, und praktisch hatte kein Gründer mehr eine Chance, mit irgendeinem Konzept durchzukommen. Vielleicht war es auch von unserer Seite, das muß man auch selbstkritisch sagen, etwas naiv zu glauben, wenn ich günstige Mittel bereitstelle und die Un-

ternehmen sie in Anspruch nehmen, dann werden sie schon das Beste daraus machen. So einfach ist das offenbar nicht.

Alles das, was mit Beratung, mit Coaching usw. zusammenhängt, ist ganz wichtig. Das große Problem ist nur, dieses ist ein Manpower-Problem. Wo nehmen Sie so viele qualifizierte Leute flächendeckend her, die für die Unternehmen immer ansprechbereit wären und Ihnen in Schwierigkeiten helfen könnten? Wir fangen jetzt an, auch etwas nachzuarbeiten. Wir haben nun flächendeckend untersucht, an wen die Kredite gegangen sind. Sind sie an die Leute gegangen, die ohnehin die Kredite bekommen hätten, oder an die, die sie wirklich gebraucht hätten? Es sieht wohl so aus, daß die Kredite nicht an die ganz kleinen Unternehmen, aber auch nicht an die kapitalkräftigen Unternehmen gegangen sind, sondern an die mittleren Unternehmen, die wirklich darauf angewiesen waren.

Der Wirtschaftsausschuß hat dann zu Recht gefragt, sind Sie denn sicher, daß die Unternehmen, die fünf Jahre lang gefördert wurden, auch das 6. Jahr überleben? Das kann man aus der Tatsache allein, wenn ein Unternehmen fünf Jahre überlebt hat, in der Tat nicht folgern. Sollten wir nicht den Unternehmen eine Art Frühwarnsystem als Hilfestellung an die Hand geben, um sich selbst diagnostizieren zu können? Nicht die Bank, sondern der Unternehmer selbst sollte seine Bilanz erstellen können, um zu sehen, wo er im Vergleich zu seiner Branche steht. Vielleicht muß man auch die Existenzgründungen besser vorbereiten, als es bisher gemacht wurde. Die Last liegt in der Tat bei den Banken, die aber natürlich nur ihr Kreditgeschäft im Kopf haben und sagen, für allgemeine Gründungsberatungen seien sie eigentlich nicht zuständig.

Die Förderung der Markteinführung ist sicher ein ganz wichtiger Bereich, denn die Exportquote der Mittelstandsunternehmen mit 2 % ist viel zu niedrig. Wir müssen den Unternehmen in Zukunft weiterhin helfen, wie hier schon mehrfach angesprochen und gewünscht, auch auf Auslandsmärkten erscheinen zu können, internationale Fachmessen zu besuchen und wir müssen eine flexible Hermespolitik betreiben. Das ist alles gar keine Frage, das muß sein. Erst jetzt kommen die Unternehmen in die Exportfähigkeit und haben auch jetzt erst Interesse, auf den Märkten international auftreten zu können. Auch die Markteinführung im Inland ist wichtig.

Ganz schwierig wird es, Herr Wagner hat es angedeutet, wenn wir mehr in den sogenannten Bereich der „weichen Investitionen“ gehen, wenn wir also Betriebsmittel geben, die möglicherweise auch zur Verlustfinanzierung benutzt werden, was man nicht kontrollieren kann. Damit haben Sie völlig Recht. Maschinen und Betriebshallen, die mit dem Geld gebaut wurden, die kann ich sehen und die sind auch gesichert. Aber wenn Sie jemandem Geld in die Hand drücken, um eine Markterschließungskampagne zu machen, kann ich nicht kontrollieren, ob er damit irgendwelche Löhne und Gehälter oder Verluste davon bezahlt. Wir müssen aufpassen, daß wir in der EU nicht andere Mitgliedstaaten dazu verleiten, auf diesem Gebiet der Fördergelder, die dann unseren eigenen Unternehmen später Schwierigkeiten machen. Da verlangen wir Dis-

ziplin und in gewisser Weise müssen wir die dann auch selbst einhalten. Das ist ein schwieriges „Spiel“, aber bisher war die EU-Kommission relativ großzügig. Wir haben z. B. ein Ausbildungsplätzeprogramm in ERP aufgelegt, wo wir gesagt haben, wenn jemand nachweisen kann, daß er einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schafft, kriegt er 30.000 DM ohne irgend einen Investitions- oder sonstigen Nachweis. Wir haben gedacht, eigentlich geht das nicht, das ist ja so eine Art Betriebsmittelkredit. Es ist ja überhaupt keine Mittelbindung da. Dieses hat die EU-Kommission genehmigt. Sicherlich, wenn wir auf 60.000 DM gegangen wären, dann wären vielleicht Fragen gekommen. Man muß vielleicht ein bißchen Gespür dafür haben, was kann man machen und wo wird es auch für die Partner schwierig.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Dr. Wagner bitte.

Dr. Carl-Ludwig Wagner: Ich möchte der Frage nachgehen, Herr Vorsitzender, die Sie so formuliert haben: Was wären denn die drei wichtigsten Dinge bei der Förderung des Mittelstandes? Im Sinne dieser drei wichtigsten Dinge werde ich auch auf die anderen Fragen eingehen.

Punkt eins wäre, daß es uns gelingt, die Lohnkosten stabil zu halten. Es wäre unter rein streng wirtschaftlicher Betrachtungsweise sogar notwendig, sie zurückzuführen, weil sie sich zu weit von der Produktivität entfernt haben. Wir müssen versuchen, einige Jahre lang einen sehr schnellen Zuwachs der Umsätze pro Kopf oder auch der Produktivität zu erreichen, ohne daß die Löhne steigen, damit sich das Gleichgewicht herstellt. Damit sage ich auch gleichzeitig, was nicht gut gelaufen ist, daß sich die Löhne zu weit von der Produktivität entfernt haben. Und das war nicht etwa, wie in allen Talkshows auch heute noch verkündet wird, der Fehler der Währungsumstellung. Als die Währung umgestellt wurde, da wurden zunächst die Löhne, wie sie in der alten DDR gezahlt worden waren, übernommen und in DM übertragen. Will jemand behaupten, man hätte das 1:2 machen können? Also hätte man zum Beispiel dem Maurer, statt der 750 Mark, die er bisher gehabt hat, 375 DM geben müssen. Das war indiskutabel. Und diese 1:1-Umstellung war auch nicht zuviel, denn die Nominallöhne waren in der alten DDR sehr niedrig. Nein, der Fehler kam hinterher in den Jahren danach, 1992 bis 1994 mit den Stufentarifverträgen, mit der zu optimistischen Annahme, wie rasant die Leistungskraft in den ost-deutschen Betrieben steigen würde, und wo man sich auf Steigerungsraten bei den Löhnen festgelegt hat, die man dann nicht verdienen konnte. Natürlich haben wir zum Glück eine Menge Unternehmen, die das können, aber der Durchschnitt kann es nicht. Ein bißchen komisch ist mir schon bei den Statistiken über die Produktivität, wenn ich also zum Beispiel lese, daß die Produktivität bei den Dienstleistungen am allerschlechtesten sei. Ich frage mich immer, wie kann das zusammenhängen? Da muß irgend etwas in den Berechnungsmethoden nicht stimmen. Es kann mir auch niemand richtig erklären. Vor wenigen Tagen las ich, daß es zum Beispiel im Bankenbereich ganz prima funktioniere. Der Bankenbereich ist ein sehr wichtiger Teil der Dienstleistungen, da liegen wir bei 90 % der Leistungen im Vergleich zu den alten Bundesländern. Wo

sind denn nun die Dienstleistungssektoren, wo es angeblich so erbärmlich sei? Ich habe also an der Statistik gewisse Zweifel und betrachte die Sache im Grunde etwas günstiger, als sie aus den Zahlen der Statistik hervorgeht.

Die Probleme der ostdeutschen Unternehmen kommen zum erheblichen Teil aus dieser angeschlagenen Wettbewerbsfähigkeit, die durch das Lohnniveau entstanden ist. Das ist sicher nicht richtig gelaufen und müßte jetzt repariert werden. Wir müssen davon abkommen, künftige Produktivitätssteigerungen gleich wieder durch entsprechende Lohnsteigerungen aufzufangen. Das können wir nicht mehr.

Zweitens etwas, was wirklich gut gelaufen ist, ist die Infrastruktur. Ich bin der Meinung, daß der Aufbau der Infrastruktur mit viel Aufwand und auch in der richtigen Weise vorangetrieben wurde. Ich bin in dieser Hinsicht ein sehr konservativer Mann. Ich bin für die Eisenbahnen, auch für die schnellen Bahnen, ich bin für die Straßen und für die Flughäfen. Ich bin natürlich für die Telekommunikation, die Leistung ist gewaltig, und es wäre ein Drama, wenn man abstoppen wollte.

Beim Kapitalstock der Unternehmen sind wir immer noch weit zurück. Ich bitte zu berücksichtigen, so schön das ist mit den vielen modernen Maschinen etc., daß der Kapitalstock im Osten Deutschlands pro Kopf der Bevölkerung quantitativ bei der Hälfte gegenüber dem im Westen liegt, und das gilt auch für die öffentliche Infrastruktur. Das Autobahnnetz ist viel dünner, und es müssen ja auch nicht immer Autobahnen sein. Die Bundesstraßen sind im Osten einfach schlechter, sie gehen durch die Ortschaften, es gibt kaum Ortsumgehungen. Es besteht überall Nachholbedarf, trotz der riesigen Leistung. Also, das ist gut gelaufen, und das muß auch so weiter gemacht werden.

Drittens, man sollte die einzelbetriebliche Förderung in ihrem Volumen aufrecht erhalten, nicht etwa kürzen, das geht in den nächsten Jahre noch nicht. Aber man sollte sie zu einem Teil umstellen. Natürlich brauchen wir weiterhin Investitionshilfen und Investitionsförderung. Aber meine Aussage bezog sich auf die riesige Disproportion von Investitionsunterstützungsmitteln, die das fünf- und sechsfache der Mittel ausmachen, und den „weichen Investitionen“. Hier sollte man etwas auflockern. Ich sage mal ganz freiweg eine Zahl. Zum Beispiel könnte man etwa die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe um 20 % kürzen und diese 20 % voll und ganz und ungekürzt in andere Zwecke investieren. Unter anderen Zwecken verstehe ich zum Beispiel Bestandspflege, Förderung weicher Faktoren, Entwicklungsförderungen der Unternehmen sowie Forschung und Entwicklung.

Wir beschäftigen uns zur Zeit intensiv mit einem hochinteressanten und hocherfreulichen mittelständischen Unternehmen in Thüringen, einem Automobilzulieferer, der es wirklich geschafft hat. Er hat ein hervorragendes Produkt, aber er sagt, in drei, vier Jahren wird es nicht mehr gehen, da muß etwas Neues her und das Neue muß ich machen, und das kostet ein paar Millionen. Und die paar Millionen fallen ihm schwer, vielleicht kann er sie gar nicht aufbringen.

Es muß für diese Fälle und für diese Zwecke gewisse Hilfen geben. Da müssen ein paar Ingenieure beschäftigt werden, da muß ein Universitätsinstitut mitbeschäftigt werden, da müssen Forschungsaufträge vergeben werden, vielleicht auch an andere, freie Ingenieurbüros usw. Es kostet einen erheblichen Aufwand und zwar über Jahre. Und wenn das Produkt dann fertig ist, dann dauert es noch einmal ein, zwei Jahre, bis es eingeführt ist. Dazu braucht man erhebliche Reserven, sehr viel finanzielle Power, und das haben die Leute nicht, auch nicht dieser Unternehmer, von dem ich gerade gesprochen habe. Für solche Zwecke brauchen wir Übergangsfinauzierungen, Soforthilfen, auch noch den einen oder anderen Zuschuß, evtl. eine Mischung von verbilligten Darlehen und Zuschüssen.

Zum Problem der Beteiligungen einige Worte: Es wird so viel von Beteiligungen und Risikokapital geredet. Ich warne vor der Illusion, daß es uns gelingt, ohne staatliche Hilfen in nennenswertem Umfang Risikokapital für unsere jungen Unternehmen in den neuen Bundesländern zu bekommen. Das ist den Leuten zu riskant. Und da liegt auch der Unterschied zum Hausbau, nicht, was Herr Späth immer anprangert. Er hat ja recht, nur, es ist nun mal sicherer, in einen Wohnungsbau zu investieren. Es kann mir zwar passieren, daß die Wohnung nicht vermietet werden kann, oder daß sie nur schlecht vermietet werden kann, aber immerhin, sie ist vorhanden. Ich habe einen realen Wert. Wenn ich aber in ein junges Unternehmen investiere, von dem ich ja nicht weiß, wie es funktionieren wird, kann das Geld weg sein.

Ohne staatliche Hilfe beim Risikokapital wird nicht viel passieren. Wir versuchen das jetzt in Thüringen mit einer eigenen Agentur, nur für Beteiligungen, um privates Risikokapital zu finden. Es wird nicht viel werden, wenn wir nicht Mittel und Wege finden, um Investitionskredite durch öffentliche Bürgschaften abzusichern, ähnlich wie der Beteiligungsfonds Ost, der das ja zumindest zur Hälfte immerhin schon getan hat. Wenn das dazu führen sollte, daß wir dann Probleme hätten, die Anträge auf Investitionszuschuß aus der GA zu bedienen, wäre es ja auch noch denkbar, sich die Fördersätze, die sich gegenwärtig bis auf 50 % addieren im mittelständischen Bereich, noch einmal ein bißchen anzuschauen, ob es nun wirklich 50 % sein müssen. Wir sind froh, daß wir sie haben, aber man kann die Birne nicht essen und behalten, und es gibt Zwecke, die sind noch wichtiger, als unbedingt an diesen Fördersatz festzuhalten. Das wären meine drei Punkte und damit ich einen vierten habe, füge ich hinzu, im Westen muß es natürlich konjunkturell laufen, sonst wird es alles sehr schwer.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herr Hühn bitte.

Matthias Hühn: Ich versuche, mich recht kurz zu fassen. Zur Vergangenheit soll nicht viel gesagt werden. Wir hatten einmal diese Wertschöpfungspräferenz favorisiert, und man sollte durchaus überlegen, ob das ein Thema für heute ist. Wir hatten gesagt, daß von der Wertschöpfung eines Unternehmens so und soviel Prozent im Unternehmen verbleiben, um Eigenkapital aufzubauen. Ähnliche Beispiele machen uns die Schweiz und andere Länder vor. Dort kann man für Investitionen Steuern einbehalten.

Ich würde den Verwaltungsaufwand senken, weil die Kontrolle, die Ausreichung und die Beantragung der gesamten Fördermittel dann nicht so umfangreich wären und nicht so viel Arbeitskräfte erfordern würde wie heute. Das wäre eine ganz tolle Sache für ostdeutsche Unternehmen.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung ist, aus den Gründen, die ich vorhin bereits gesagt habe, absolut notwendig für ein Unternehmen in Ostdeutschland. Für uns persönlich hat die Förderung von Forschung und Entwicklung hervorragend gegriffen. Das Innovationsprogramm für Produkte ist auch ein Programm, mit dem wir seit Jahren arbeiten und sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Einziger Mangel ist dabei der sehr große Personalaufwand zur Beantragung und Durchführung. Für ganz wichtig halten wir die Markterschließung, die Förderung der Markterschließung. Auch die Messeprogramme müssen unbedingt weiterlaufen. Die Kontrolle eines solchen Programms ist natürlich sehr schwierig. Wir haben in diesem Jahr etwa zwölf Messen gemacht, von Tel Aviv über Tokio bis Singapur, und wir können in jedem Land Umsätze und Erfolge nachweisen. Wir können Umsatzsteigerungen nachweisen, und über diese Schiene kann man sicherlich auch ein solches Programm abrechenbar gestalten.

Was aus unserer Sicht sehr hilfreich wäre, um damit auch Ihre Frage zu beantworten, ist die Werbung. Werbung hat uns immer geholfen, denn in solche Länder kann man nicht nur hinfahren, und eine Messe machen, man muß Werbekosten aufnehmen, und vor allen Dingen braucht man dort die unternehmerische Begleitung. Eine Markterschließung ist nicht mit einer Messeteilnahme und einem ersten Umsatz im Land beendet, speziell nicht für einen Maschinenbaubetrieb. Den größten Brocken der Kosten, der kommt, wenn die ersten Umsätze getätigt werden oder getätigt sind, sind Schulungen, Serviceschulungen, Instandsetzungsschulungen, die wir in diesen Ländern durchführen müssen. Hier sollte man überlegen, ob eine weitergehende Förderung für diese Markterschließung, selbstverständlich mit Erfolgsnachweis, möglich ist.

Abschließend eine letzte Bemerkung: Wir haben mal für unser kleines Unternehmen mit 60 Mitarbeiter für den Zeitraum 1990 bis 1996 eine Überschlagsrechnung gemacht. Wir haben an betrieblichen, an Einkommenssteuern, an Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil etwa 6,71 Mio. DM in diesen fünf Jahren abgeführt. Das habe ich ganz einfach mal den Kosten gegenübergestellt, die entstanden wären, wenn unsere 60 Personen Arbeitslosengeld bezogen hätten. Unter dem Strich steht dort ein Ausfall für den Staat von 18 Mio. DM, wenn unser kleiner mittelständischer Betrieb mit 60 Personen nicht existiert hätte, und der Staat die Arbeitslosigkeit von 60 Mitarbeiter finanzieren müßte. Und das war eigentlich das Ergebnis meiner Darlegungen. Es sollte überlegt werden, ob wir nicht über die Schiene der Wertschöpfungspräferenz oder ähnlicher Größenordnungen oder einzubehaltender Steuern bei sinnvollen Investitionen, unter Beachtung dieser gigantischen Summe, in Zukunft weiter kommen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich darf mich bei allen Herren auf dem Podium bedanken. Ich glaube, es gibt Einvernehmen darüber, daß die Entwicklung des Mittelstandes, insbesondere des industriellen Mittelstandes, in Ostdeutschland eine Schlüsselfrage bleiben wird. Ich habe auch von allen Referenten Zustimmung zu der These gehört, daß es noch über einen längeren Zeitraum erforderlich sein wird, dafür auch staatliche Förderung bereitzustellen.

Ich wage trotzdem die Hoffnung, daß diese Förderung von Schritt zu Schritt, von Jahr zu Jahr, nach Möglichkeit in geringerem Umfang erforderlich sein wird. Möge es mehr und mehr Unternehmen gelingen, jenseits von Förderung einfach erfolgreich zu arbeiten, so daß auch in nicht allzuferner Zukunft gesagt werden kann, daß die Unternehmen wettbewerbsfähig, ideenreich, mit guten Produkten, mit eigenen Entwicklungen, auf eigenen Füßen stehen, sozusagen selbständig sind, das, was den Mittelstand eigentlich ausmachen sollte. In der Hoffnung, daß nicht immer nur der Ruf nach dem Staat erklingt, wo gibt es Hilfen, sondern daß die eigene Kraft entscheidet und daß dann auch viele Mittelständler richtig gute Steuerzahler werden mögen. Ich befürchte, das wird noch ein paar Jahre dauern, aber ich wünsche mir schon, daß wir das alle noch erleben.

Herr Eppelmann, ich habe die Zeit eingehalten, und bitte Sie um Ihr Schlußwort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke Ihnen herzlich, Herr Spiller. Sie haben sogar noch fünf Minuten vor der Zeit Schluß machen können. Das ist Ihrem Geschick und Ihrer Rigorosität zu verdanken gewesen. Herzlichen Dank.

Wenn ich richtig zugehört habe, und ich meine, daß ich das habe, dann ist der heutige Tag ein Tag von uns allen gewesen. Bei allem, was an Nachdenklichem, an Kritischem, an Vorgeschlagendem zu hören war, habe ich aber auch immer wieder gehört, daß wir in den letzten sieben Jahren eine Menge geschafft haben. Wir haben eine Menge erreicht, so daß wir uns nicht klein zu reden brauchen. Wir können auch mit ein bißchen Stolz und Zufriedenheit zurückschauen. Ich habe desweiteren gehört, daß der Mittelstand, mit dem wir uns heute in besonderer Weise beschäftigt haben, einer ist, der unverhältnismäßig viel an Förderung benötigt hat, im Vergleich zum Mittelstand in den alten Bundesländern. Wir sollten an der Stelle nicht vergessen, daß dies auch damit zusammenhängt, daß in 45 Jahren DDR an der Stelle zu wenig oder etwas Falsches gemacht worden ist. Wenn ich richtig gehört habe, ist es aber heute auch ein Tag der Regierung gewesen. Egal, ob sie in Erfurt oder in Potsdam oder in Bonn sitzt. Ich habe gehört, dort gab es viele vernünftige Anregungen auch von Politikern.

Es gab aber auch an der einen oder anderen Stelle ein Stück Ideenlosigkeit, indem man nur auf die bewährten Mitteln der alten Bundesrepublik zurückgegriffen hat. Menschlich ist das verständlich. Man hat versucht, mit bewährten

Mitteln weiterzumachen, und hat vielleicht nicht ernst genug genommen, daß die Situation eine ganz andere geworden ist, immer noch dabei ist, eine andere zu werden.

Es war für mich symptomatisch, daß auch Herr Lageman, das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung, keine überzeugenden, uns alle überzeugenden wegweisenden Konzepte auf den Tisch packen konnte. Ich glaube, wir dürfen an dieser Stelle auch zur Kenntnis nehmen, nicht nur wir, die wir hier sitzen, sind Suchende. Das gilt für alle 84 Mio. Deutsche, aber auch für die Italiener, die Engländer, die Franzosen, die Amerikaner usw. Je länger ich darüber nachdenke, um so mißtrauischer werde ich, wenn es Einzelne gibt, die mir den Eindruck vermitteln, man müßte bloß das machen, was sie sagen, und dann hätten wir es geschafft.

Ein letzter Gedanke: Ich schließe mich den Ausführungen des geschätzten Kollege Spiller an, der betont hat, daß eine Menge geleistet worden ist. Wir werden aber noch weiterer gewaltiger Kraftanstrengungen bedürfen, bis wir tatsächlich über den Berg sind. Ich hoffe, daß uns dies mit Solidarität, gegenseitigem Verständnis und Ausdauer gelingt.

Schließen möchte ich mit einem Dankeschön an die heute hier Anwesenden. Soweit ich das beurteilen kann, haben Sie uns mit großer Sachlichkeit und Sachkompetenz ein Stück weiter geholfen.

Sie haben mir nicht verraten, lieber Dr. Wagner, was Sie dem Kollegen Ludwig gesagt haben. Bitte drücken Sie mir das vielleicht doch noch einmal in schriftlicher Form in die Hand. Sie merken, ich hake an manchen Stellen doch nach. Ich würde es Herrn Ludwig nämlich auf den Tisch packen wollen, wenn Sie das noch nicht gemacht haben.

Noch einmal einen herzlichen Dank Ihnen allen, aber auch den Mitgliedern aus der Berichterstattergruppe und den Mitarbeitern aus dem Sekretariat, die diese Anhörung vorbereitet haben.

Herzlichen Dank auch dem Oberbürgermeister der Stadt Halle und auch den hier Arbeitenden und Lebenden in den Franckeschen Stiftungen, daß wir hier sein durften. Nochmals alles, alles Gute, eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit. Kommen Sie gut nach Hause.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr